Nr. 71 / 36. Jahrgang — Montag, 25. März 1929 — Einzelnummer 10 Pg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. – Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telephon Sammelnummer 72206. **Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. – **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 – Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10gespalt. Kolonelzeile 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10gesp. Kolonelzeile 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10gesp. Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10gesp. Kolonelzeile 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage – Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Arbeitsmarkt und Lohnkampf

Ruhrbergarbeiter wollen höheren Lohn

Der Höhepunkt der durch die besonderen winterlichen Verhältnisse übersteigerten Arbeitslosigkeit lag in diesem Jahre später als sonst. Erst das Februarende ist in der Arbeitslosenfeststellt, durch höchstgradige Arbeitslosigkeit gekennzeichnet: statistik, die halbmonatlich oder auch nur monatlich Resultate der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund z. B. mußte für diesen Zeitpunkt feststellen, daß von den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Gewerkschaften nicht weniger als 22,3 Prozent voll arbeitslos und weitere 8,5 Prozent Kurzarbeiter waren, die durchschnittlich 13½ Stunden pro Woche einbüßten.

Es ist leicht einzusehen, daß die große Arbeitslosigkeit ihre Wirkung bei Arbeitern und Unternehmern tut. Bei den noch in Beschäftigung stehenden Arbeitern um so mehr, als sie tagtäglich arbeitslosen Kollegen begegnen, die Tatsache der großen Arbeitslosigkeit erleben. Bei den Unternehmern vor allem deshalb, weil sie wissen, daß fortwährend Lohntarife und Arbeitszeitabkommen „ablaufen", gekündigt werden können, und weil sie damit rechnen, die schlechte Lage des Arbeitsmarktes gegen die Forderungen der Arbeiterschaft ausspielen zu können. Wir weisen darauf hin, daß bereits — und nicht nur vereinzelt — „ablaufende" Tarife von den Gewerkschaften nicht gekündigt wurden, daß aber umgekehrt die Unternehmer zahlreiche Tarife kündigten mit der Forderung, die Löhne abzubauen oder die bestehenden unverändert für lange Zeit in Geltung zu lassen.

Unter solchen Umständen — Schwächung des Kraftbewußtseins in der Arbeiterschaft, Steigerung des Abwehrwillens der Unternehmer gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft — ist es dringend notwendig, immer wieder auf das Besondere der diesjährigen winterlichen Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Etwa mit dem Mittel der Unterscheidungsmerkmale, die die Statistiker des ADGB. der Oeffentlichkeit durch die Trennung der Gewerkschaftsangehörigen in solche einer Konjunktur- und einer Saisongruppe zur Verfügung gestellt haben. Als Ergebnis dieser Aufgliederung ist für Ende Februar 1929 festzustellen, daß von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften in der Saisongruppe (die von der Witterung abhängigen Außenberufe umfassend) nicht weniger als 68,1 Prozent voll und 2,1 Prozent teilweise arbeitslos waren, dagegen in der Konjunkturgruppe immerhin nur 11,4 Prozent voll und 10 Prozent teilweise arbeitslos.

Auch die Arbeitslosigkeit in der Konjunkturgruppe ist in erheblichem Maße durch die außergewöhnlich starke und lang andauernde Arbeitslosigkeit der Außenberufe verursacht. Es verwundert deshalb nicht, daß die Landesarbeitsämter bereits für Mitte März und weiterhin für die dritte Märzwoche ein starkes Nachlassen der Arbeitslosigkeit melden. Die winterliche Arbeitslosigkeit, die in ihren Wirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt so sehr bedeutungsvoll war, geht schnell zu Ende. Es bleibt eine gleichwohl recht große Zahl von Arbeitslosen (vielleicht 1—1½ Millionen), die aber weit mehr als die durch Rationalisierungs„erfolge" vermehrte „Reservearmee", denn als konjunkturell arbeitslos anzusprechen ist. Die Tatsache dieser Dauerarbeitslosigkeit ist für die Gewerkschaftskämpfe nicht ohne Bedeutung, aber sie hat nicht die gleichen deprimierenden Wirkungen, wie die erschütternd hohen Arbeitslosenzahlen während des Winters sie hatten.

*

Zu den Unternehmern, die die Situation für sich zu nützen gedachten, gehören auch die Kohlenherren im sogenannten Ruhrgebiet. Sie setzten dabei ihre Hoffnungen auf das Reichskabinett, dem sie eine Denkschrift über ihre wahrhaft erbarmungswürdige Lage zuleiteten, und das sie durch diese Aktion veranlaßten, eine Besprechung mit den „Parteien" des Tarifvertrages abzuhalten. Diese Besprechung hat am Freitag stattgefunden mit dem Ergebnis, das die folgende amtliche Meldung berichtet:

„Am Freitag fand im Reichsarbeitsministerium zwischen dem Bergbauverein in Essen und den Bergarbeiterverbänden eine Aussprache über die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus statt. Während in einzelnen Fragen Uebereinstimmung festgestellt werden konnte, gingen in wichtigen andern Fragen allerdings die Ansichten auseinander. Auch über die vom Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister gemachten Vorschläge, die auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Ruhrbergbaus und Aufrechterhaltung der bestehenden tariflichen Vereinbarungen bis zur Beendigung der Kommissionsverhandlungen hinausliefen, konnte eine Einigung der Parteien nicht erzielt werden. Der Reichsarbeitsminister behielt sich vor, die Parteien gegebenenfalls zu einer Fortsetzung der Verhandlungen einzuladen."

Die Telunion berichtet weiter, daß der Reichsarbeitsminister empfohlen habe, „gewissermaßen einen Burgfrieden" eintreten zu lassen. Die Unternehmer hätten diesen „Burgfrieden" annehmen wollen, die Gewerkschaftsvertreter jedoch hätten ihn abgelehnt. Der Berliner Börsen-Courier gibt nun bereits den Ton an, der in diesen Tagen aus der gesamten bürgerlichen Presse klingen wird: „Die Arbeitnehmerverbände, die die Vorschläge zurückwiesen, tragen die volle Verantwortung für das Scheitern der geplanten Einigung." Die Frankfurter Zeitung deutet an, was bevorsteht: „Da die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ablehnen wollen, ist die Situation nicht unbedenklich."

Der christliche Bergarbeiterverband hat am Sonnabend zur Lage Stellung genommen und beschlossen, den Lohntarif sofort zu kündigen. In der Konferenz wurde nach den uns vorliegenden Berichten „allseitig betont, daß eine Aufbesserung der unzureichenden Bergarbeiterlöhne unbedingt erforderlich sei, da der Reallohn im vierten Quartal des letzten Jahres für sämtliche Vollarbeiter nach Abzug der Arbeiterversicherungsbeiträge noch um 8,8 und für die Hauer um 12,4 v. H. gegenüber dem Friedenslohn zurückgeblieben sei". Die große Revierkonferenz des freien Bergbauindustriearbeiterverbandes hat am Sonntag ebenfalls die Kündigung des Lohntarifes beschlossen, und zwar zum 1. Mai. In dieser Konferenz wurde erklärt: Eine Lohnerhöhung sei für den Bergbau durchaus tragbar, denn die letzte im Jahre 1928 eingetretene Lohnerhöhung habe dem Bergbau keine besondere Belastung gebracht, da die Steigerung des Lohnes sich nur auf einen Pfennig belaufen habe. Demgegenüber habe aber die Förderungsleistung im Ruhrbergbau für den Mann und die Schicht eine Steigerung von 70 Kilogramm erfahren.

In beiden Konferenzen wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt. Damit haben die Bergarbeiter nicht nur die Unternehmeraktion zurückgewiesen, sondern sich auch gegen den Versuch ausgesprochen, die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie gegen ihre Interessen auszunutzen. Die bürgerlichen Korrespondenzbureaus reden nun davon, daß „Angst vor den Kommunisten" das Verhalten der Gewerkschaften bestimmt habe. Wie wenig Anlaß die Gewerkschaften im Ruhrbergbau zu solcher Angst haben, erweisen inzwischen die vorläufigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen auf 150 Schachtanlagen:

Freie Gewerkschaften . . .	**111 718 Stimmen,**	**907 Sitze,**
Christliche Gewerkschaften .	53 288 Stimmen,	409 Sitze,
Hirsch-Dunckersche	4 261 Stimmen,	7 Sitze,
Polnische Berufsvereinigung	247 Stimmen,	1 Sitz,
Kommunisten und Unorganisierte	18 945 Stimmen,	119 Sitze,
Syndikalisten	2 718 Stimmen,	15 Sitze,
Gelbe	6 368 Stimmen,	24 Sitze,
Sonstige	866 Stimmen,	6 Sitze.

Wir sehen in dem Beschluß der Bergarbeiter das erfreuliche Zeichen einer freilich notgeborenen Regsamkeit, die sich durch Konjunkturklagen und die Zahlen der Arbeitslosenstatistik nicht flau machen läßt. Den Bergarbeitern fern im Westen ein zuversichtliches Glückauf!

Auf zum Kampf!

Genossinnen und Genossen!

Der Staatsgerichtshof hat den Landtag aufgelöst. Nunmehr haben die Wähler die Macht, mit der Reaktion abzurechnen. Im Mai findet die Neuwahl statt. Rüstet zum Wahlkampf! In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges mit der riesigen Arbeitslosigkeit wird der Kampf ein schwerer sein; er erfordert die selbstloseste Hingabe, Mitarbeit und den Opfermut jedes einzelnen Parteimitgliedes. In Werkstatt, Fabrik, im Kontor und in den Betriebsstätten muß unverzüglich die Werbearbeit aufgenommen werden. Keiner darf lässig und müßig sein.

Jeder muß die Werbekraft bis zur letzter Fiber anspannen, um den Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie zu heften.

Der Kampf ist des Sieges wert!

Fünf Jahre herrscht in Sachsen die Reaktion. Die Gemeindeordnung wurde geändert, damit der Bureaukratie eine Machtfülle gegen den Volkswillen gegeben. Schule und Verwaltung wurden rückwärts revidiert. Die besitzende Klasse, die Großhausbesitzer und Gewerbetreibenden wurden entlastet, ihnen Steuergeschenke gemacht. Ein kläglicher, kleinlicher Schacher der einzelnen bürgerlichen Parteigruppen um eigenen Vorteil machte den Landtag zur Farce, zur Karikatur.

So wie im Lande, so rennen im Reiche alle bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse an. Während Großgrundbesitz und Großindustrie Subventionen vom Reiche verlangen, kämpfen dieselben Gruppen gegen den sozialen Staat.

Beseitigung der Sozialpolitik, der Erwerbslosenversicherung, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Arbeiterlöhne, Beseitigung des Mieterschutzes, Minderung der Hauszinssteuer und Beseitigung des gemeinwirtschaftlichen oder gemeinnützigen Wohnungsbaues, zurück zur schrankenlosen freien Wirtschaft: das ist ihr Kampfziel.

Es gilt, dieser geschlossenen kapitalistischen Kampffront die siegerprobte Kraft der Sozialdemokratie entgegenzuwerfen. Der Landtagswahlkampf muß ein verheißungsvoller Teilkampf werden.

Darum muß alles eingesetzt werden, den Erfolg über die Reichstagswahlen hinauszutreiben.

Zum Kampf gehört Munition. Kaum sind die Kosten des Reichstagswahlkampfes getilgt, schon steht der Landtagswahlkampf vor uns. Im Herbst folgen die Gemeindewahlen, und neue Reichstagswahlen in diesem Jahre liegen nicht außerhalb der Möglichkeit.

Ein solcher Ansturm auf die Parteimittel kann durch laufende Mitgliederbeiträge allein nicht gedeckt werden.

Wir fordern darum alle Genossen und Parteifreunde auf, unverzüglich die Geldsammlungen für den Wahl-Kampffonds einzuleiten und dauernd durchzuführen. Wir werden schleunigst Sammellisten ausgeben. Besondere Kampffondsmarken können wegen der Kürze der Zeit nicht angefertigt werden.

Die sozial bessergestellten Genossen werden gebeten, die seit 1. März fälligen, ihrem Einkommen angepaßten Parteibeiträge beschleunigt abzuführen.

Wer schnell gibt, fördert den Erfolg im Wahlkampf. Alle Vorarbeiten für den Wahlkampf werden unverzüglich eingeleitet.

Ans Werk! Durch Kampf zum Sieg!

Der Bezirksvorstand der SPD Leipzig.
Rich. Lipinski.

Die Aufstandsbewegung in Mexiko

WTB **Mexiko,** 23. März.

Präsident Portes Gil erhielt aus Mazatlan einen Bericht über Mitteilungen eines übergelaufenen Offiziers der Rebellenarmee. Der Ueberläufer sagte aus: Die Führer der Rebellen haben den vor Mazatlan stehenden etwa 3000 Mann versichert, daß in nächster Zeit etwa 20 000 sogenannte religiöse Insurgenten zu ihrer Unterstützung eintreffen würden. Die Aufständischen öffnen überall auf ihrem Vormarsch nach Mazatlan die Kirchen und kündigen die baldige Rückkehr der Priester an. Wie der Ueberläufer weiter mitteilte, ist man bei der Armee der Aufständischen unentschlossen, ob man Mazatlan weiter belagern oder nach Süden marschiern soll. In führenden Kreisen der mexikanischen Armee bezweifelt man, daß überhaupt ein ernstlicher Angriff auf Mazatlan erfolgen werde.

SPD **Mexiko-City,** 25. März.

Seit 48 Stunden richten die Rebellen ständig wiederholte Sturmangriffe gegen den Pazifikhafen Mazatlan. Die Angriffe sind von den Verteidigern unter General Carilla blutig abgeschlagen worden. Das im Hafen ankernde mexikanische Kanonenboot Progreso beschießt die Rechtsflanke der Aufständischen und hat den Rebellen schwere Verluste zugefügt. Eine Offensive einer 12 000 Mann starken Armeekolonne, die unter General Cardenas in Tepek formiert worden ist, und einer weiteren Kolonne gegen die Rebellen im Sinaloa-Staat und vor Mazatlan steht bevor. Außerdem hat Kriegsminister Calles eine 5000 Mann starke Kavalleriekolonne gebildet, um ein für alle Mal mit den Rebellen katholischer Fanatiker im Bundesstaat Jalisco und Guanajuana aufzuräumen.

Abgeschlagen

TU **Neuyork,** 24. März.

Wie aus dem mexikanischen Kampfgebiet gemeldet wird, ist der Angriff der Aufständischen in Stärke von 3000 Mann gegen Mazatlan, das von 3000 Regierungssoldaten verteidigt wurde, mit schweren Verlusten für die Aufständischen abgeschlagen worden.

Es wurde mit großer Erbitterung gekämpft und Flugzeuge und schwere Geschütz auf beiden Seiten eingesetzt. 1200 Aufständische sind getötet worden.

Hereingefallene Kommunisten

WTB **Basel,** 24. März.

Das für heute von den Kommunisten als Protest gegen den italienischen Faschismus veranstaltete sogenannte „Rote Treffen" ist vollständig ruhig verlaufen. Dank den von der Regierung getroffenen Sicherheitsmaßnahmen konnten alle Demonstrationsversuche überall sofort im Keime erstickt werden. Eine auf badischem Gebiet in Leopoldshöhe veranstaltete Versammlung deutscher Kommunisten beschloß, ihren Plan, nach Basel vorzustoßen, als aussichtslos aufzugeben. Während des ganzen Tages wurden in der Stadt selbst etwa 25 Verhaftungen vorgenommen, darunter diejenige des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Schweiz und der Agitatorin Rosa Grimm.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Ein „Warnung" Grzesinskis

Die radikalen Organisationen mit Auflösung bedroht

Die Kämpfe zwischen den rechts- und linksradikalen Verbänden haben während der letzten Monate erneut Formen angenommen, durch die das öffentliche Leben unzweifelhaft Gefahren ausgesetzt worden ist. Die Millionenziffer der Arbeitslosen, das Chaos bei der Regierungsbildung im Reiche, die Diktaturdrohungen von allen Seiten haben den Kommunisten, wie auch den Hakenkreuzlern, immerfort neues Wasser auf ihre klapprige Mühle gebracht. Wie im Jahre 1923 und in den ersten Monaten der Deflation versuchen Kommunisten und Rechtsradikale ihr Schäflein ins Trockene zu bringen. Das hat den preußischen Innenminister, den Genossen Grzesinski, zu der Ueberzeugung gebracht, wieder einmal eine öffentliche „Warnung" ergehen zu lassen, die freilich Drohungen in sich birgt, mit denen sich auch die übrigen Parteien beschäftigen müssen.

Bereits vor Wochen hat Grzesinski im Preußischen Landtag warnend seine Stimme erhoben, freilich, ohne daß er damit bei den in Frage kommenden Organisationen irgendwie Gehör gefunden hätte. Jetzt hat er nun einen Aufruf ergehen lassen, in dem er erklärt, daß mit der verfassungsmäßig gewährleisteten Vereins- und Versammlungsfreiheit, wie auch mit dem Recht der freien Meinungsäußerung während der letzten Monate schwerer Mißbrauch getrieben worden sei. Die Ausschreitungen hätten sogar Menschenleben gefordert. Zum Teil sei eine „planmäßig vorbereitete, technisch organisierte Auflehnung gegen die „Polizei" zu beobachten gewesen, bei der Beamte „erheblich zu Schaden" gekommen seien. Grzesinski verweist auf die erfolgten Denkmalsbeschädigungen, die antisemitischen Friedhofsschändungen und dergleichen. Das gebiete ihm, zu verlangen, daß dringend Abhilfe geschaffen werde. Er erklärt, „meine Warnungen und Hinweise haben bisher bedauerlicherweise nicht überall die notwendige Wirkung gehabt". Die Schlußfolgerungen seines Aufrufes lauten daher wie folgt:

„Ich wiederhole daher heute noch einmal sehr ernstlich meine Mahnung an alle politischen Organisationen, Bünde und die Führer der ihnen nahestehenden politischen Parteien, und ersuche auch die in Frage kommende Presse dringend, durch Abkehr von dem gerade in den letzten Wochen vielfach wieder beobachteten verhetzenden und die auch von ihnen für erforderlich gehaltene Autorität des Staates untergrabenden Ton auch ihrerseits zu einer Befriedigung des öffentlichen Lebens beizutragen, so daß politische Meinungsverschiedenheiten wieder in vernünftigen Formen ausgetragen werden und Andersdenkende von ihren politischen Gegnern unbelästigt bleiben.

Wenn dieser letzte Versuch, die politische Betätigung der Staatsbürger im Rahmen der Gesetze gegen jede Beeinträchtigung zu schützen und die Ausartungen des politischen Kampfes durch Anwendung gewaltsamer Mittel zu unterdrücken, ungehört verhallen sollte, werde ich zum Besten der friedlichen und friedliebenden Bevölkerung **gegen die radikalen Organisationen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln rücksichtslos einschreiten.** Dabei würde ich auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben. Die Polizeiverwaltungen in Preußen habe ich mit Erlaß vom heutigen Tage mit entsprechenden strikten Anweisungen versehen."

Im Anschluß an seinen Aufruf hat Grzesinski gleichzeitig einen Erlaß an die preußischen Polizeibehörden gerichtet, in dem er droht, daß Organisationen, die seine Warnung nicht beachten,

„soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen in Frage kommen, gemäß § 2 des Reichsvereinsgesetzes aufzulösen sind."

Oeffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge, die eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, sind **vorbeugend** polizeilich zu verbieten und zu verhindern. Versammlungen in geschlossenen Räumen, deren unfriedlicher Charakter von vornherein feststeht, sind gleichfalls vorbeugend zu verbieten; Versammlungen in geschlossenen Räumen, die nach Beginn einen unfriedlichen Charakter annehmen, sind polizeilich aufzulösen."

Wir wenden uns gegen jede wie auch immer geartete Wiederkehr des einstigen Regimes der Polizeidiktatur, und zweifellos grenzt der Aufruf des preußischen Ministerpräsidenten, insbesondere aber der Erlaß an die Polizeibehörden eng an die Befugnisse, die erst durch Artikel 48 der Verfassung gegeben sind. Zur Anwendung des § 48 aber ist, solange keine Ausführungsbestimmungen zustandekommen, lediglich der Reichspräsident bestimmt, und niemand wird den Wunsch vertreten, Herrn Hindenburg, das Ehrenmitglied des Stahlhelms, mit derartigen Angelegenheiten befassen zu wollen.

Wie das gar nicht anders zu erwarten ist, versagen die Gerichte bei allen Ausschreitungen der Hakenkreuzler nahezu vollständig, so daß die Maßnahmen des preußischen Innenministers als gerechtfertigt gelten könnten. Anderseits aber scheint — wenigstens wie die Zeitnotizen berichten — das preußische Innenministerium nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, um dem Rowdytum der Hakenkreuzler entgegenzuwirken. Die genannte Korrespondenz stellt die Behauptung auf, daß sich eine ganze Reihe von Anzeigen über Friedhofsschändungen im Pulte eines preußischen Ministerialrates angesammelt hätten, ohne daß von dieser Seite irgendetwas unternommen worden sei. Wir sind außerstande, diese Behauptungen nachzuprüfen, wir unterstützen indes jedes Bestreben, das politische Leben nicht wieder zum Kampfplatz blutgieriger Knüppelgarden werden zu lassen. Aber zuletzt ist es immer wieder die Arbeiterschaft, die unter den Maßnahmen derartiger Polizeiverordnungen in erster Linie zu leiden hat.

Von höchstem Interesse ist das Echo, die der „Warnruf" Grzesinskis in der Presse der beteiligten Organisationen gefunden hat. Die Rechtspresse, so die Deutsche Tageszeitung, insbesondere aber die Deutsche Zeitung, das Organ des äußersten rechten Flügels der Deutschnationalen Volkspartei, wüten gegen den preußischen Innenminister. Die Deutsche Zeitung erklärt, daß diese Maßnahme „selbstverständlich allein die nationalsozialistischen Deutsche Arbeiterpartei" treffen werde, „da der Rotfrontkämpferbund und die KPD als getrennte Gebilde gelten". Auf der andern Seite behauptet die Rote Fahne, es handle sich ausschließlich um die Verhängung der Polizeidiktatur gegen die Kommunisten, und zwar wegen des Sieges, den die Thälmannisten im Bunde mit den Unorganisierten unlängst bei den Betriebsratswahlen für das führende Berliner Verkehrsunternehmen errungen hätten. Die Rote Fahne bezeichnet den Warnruf als eine „ungeheuerliche Kundgebung", die absichtlich so abgefaßt worden sei, als wolle Grzesinski auch den Rechtsorganisationen zu Leibe gehen. „Die Androhung der Auflösung politischer Vereinigungen ist an die Adresse des Roten Frontkämpferbundes und an die der Kommunistischen Partei gerichtet."

Also die Hakenkreuzler und die Kommunisten stehen in den Auslegungen des Erlasses diametral gegenüber. Beiden Richtungen ist zur Zeit der Kamm geschwollen. Das Zentralkomitee der KPD erläßt einen Aufruf zu Protestversammlungen und Kundgebungen unter freiem Himmel. Was aber auch Kommunisten und Hakenkreuzler im Schilde führen, die Sozialdemokratische Partei hat, trotz all der drohenden Gefahren, darauf zu achten, daß nicht wieder, wie unter Wilhelm II., die Polizei allmächtig wird, daß nicht wieder, wie ehedem, der Knüppel haut und der Säbel sticht.

Komödie in Italien

Mussolinis „Wahlsieg"

WTB Rom, 24. März.

Nach einer Meldung der Agencia Stefani vollzogen sich die Wahlen im ganzen Königreich unter großer Begeisterung der Bevölkerung. Hervorragende Persönlichkeiten aller Berufsstände machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, unter ihnen der Kronprinz, Mussolini, Generalsekretär Turati, die Kardinäle, Bischöfe und der gesamte Klerus, die Veteranen des Weltkriegs und die Kriegsbeschädigten. Die Besatzungen der Dampfer, die sich auf hoher See befanden, verliehen auf telegraphischem Wege ihrer Anhänglichkeit an das Regime des Duce Ausdruck. Die Wahlbeteiligung betrug bis 16 Uhr 80, 90, und in einigen Bezirken sogar 95 v. H. der eingetragenen Wähler.

In vielen Ortschaften begaben sich die Bauern und Arbeiter in geschlossenem Zuge mit Musikkapellen und mit wehenden Fahnen zu den Wahllokalen. In einigen Gemeinden mußten die Bürgermeister Listen auflegen, in denen sich die Nichtberechtigten eintrugen, um ihrer Loyalität gegenüber der Regierung Ausdruck zu verleihen.

*

Aus Italien wird den Zeitungen und Nachrichtenbureaus heute ein „überwältigender Sieg" Mussolinis gemeldet. Es haben gestern in Italien die Parlamentswahlen stattgefunden. In den meisten Orten soll die Wahlbeteiligung bis zu hundert Prozent betragen haben. Die ganze „Wahl" war aber in Wirklichkeit nichts mehr als eine ebenso jämmerliche wie niederträchtige Komödie. **Die Wähler, die da zur Urne gingen, durften ihre Stimme gar nicht für einen Abgeordneten oder für eine Partei abgeben.**

Die Parlamentsmitglieder des am 24. März „gewählten" Parlaments standen schon im vorhinein fest.

Der große Rat der faschistischen Partei hatte die 400 Kandidaten aus einer Vorschlagsliste von 1000 Namen faschistischer Vertreter ausgewählt und ihre Namen auf Staatskosten im ganzen Lande anschlagen lassen. Diese 400 bildeten eine Liste, und ganz Italien war ein einziger Wahlkreis. Unter den 400 ist kein einziger Gegner des Faschismus. Das Vorschlagsrecht für die tausend Namen hatten die Vorstände der verschiedensten Organisationen und Verbände, von denen keiner ohne die Genehmigung der Faschisten fortbesteht. Manche Organisationen und mancher Verband führt noch seinen alten Namen, aber das faschistische Regime hat aus ihnen etwas ganz anderes gemacht, als sie früher waren. Da aber dennoch in ihnen Mitglieder vorhanden sein könnten, die sich nur widerwillig dem Druck der Diktatur fügen, ohne sich mit dem System auszusöhnen, so ist den Mitgliedern jede Mitwirkung bei der Aufstellung der Kandidaten vorenthalten worden. **Nur die von den faschistischen Behörden ernannten Vorstände durften zur Aufstellung von Kandidaten zusammentreten und Listen beim Großen Rat der faschistischen Parteien einreichen.** Eine Ausnahme hiervon machten nur die industriellen Verbände. Die Bank- und Industriekapitalisten lassen sich auch von Mussolini ihre Interessenvertreter nicht diktieren.

Nachdem der Große Rat der faschistischen Partei die 400 Parlamentskandidaten festgestellt hatte, erhielten gestern die etwa 9 Millionen „Wähler" — die Frauen sind vom „Wahlrecht" ausgeschlossen — im Wahllokal zwei Wahlzettel in die Hände gedrückt. Auf beiden steht die Frage:

„Stimmen Sie für die Liste der Abgeordneten, die der Hohe Rat des Faschismus bezeichnet hat?"

Auf dem einen Zettel steht die Antwort „Ja", auf dem anderen „Nein". Damit den Analphabeten die Abstimmung erleichtert wird, ist die Innenseite des Jazettels weißrotgrün gestreift, während die des Neinzettels weiß ist; von außen sollen sie beide gleich sein.

Der „Wahlgang" ging nun so vor sich:

Der Vorsitzende des Wahlbureaus setzt seine Unterschrift und den Stempel auf beide Zettel, der Wähler geht in die Wahlkabine, um seinen Zettel fertig zu machen, den er dann zukleben kann. Den Zettel, den er nicht abgeben will, muß er in eine in der Wahlzelle bereitstehende Urne werfen und mit dem anderen geht er wieder zum Vorsitzenden. Bei Androhung einer Strafe von 300 Lire hat er keine andere Möglichkeit. Der Wahlleiter stellt fest, ob der Zettel seine Unterschrift trägt. Im Namensregister der Wähler vermerkt er, daß der Betreffende gewählt hat und setzt hinter den des Wählers seinen eigenen Namen. **Dieses Verfahren ermöglicht eine genaue Kontrolle darüber, wie der Wähler abgestimmt hat.** Der Vorsitzende braucht bei seiner Unterschrift unter die beiden Zettel nur einen kleinen Unterschied zwischen dem Ja- und dem Neinzettel zu machen, um bei der Rückgabe des geschlossenen Zettels an der Unterschrift sofort feststellen zu können, wie der betreffende Wähler abgestimmt hat. Ein kleines Zeichen im Namensverzeichnis genügt, um den Wähler, wenn er nicht für die Liste des Hohen Rates gestimmt hat, der liebevollen Aufmerksamkeit der faschistischen Horden auszuliefern.

Es wird erklärlich, warum sich also in den meisten Orten bis zu 100 Prozent an der Wahl beteiligt haben. Das Nicht-an-die-Urne-kommen würde den Fernbleibenden sofort als ein Akt antifaschistischer Gesinnung ausgelegt werden. Bei dem herrschenden Terror würden sie dafür schwer zu büßen haben.

Mussolini hat aber noch einen Helfer gehabt: die ganze katholische Geistlichkeit.

Sie hat seit dem Abschluß des Vertrages des Papstes mit Mussolini von den Kanzeln für die faschistische Liste agitiert und in den kirchlichen Blättern sind in den letzten Tagen große Aufrufe an die katholischen Wähler für die faschistische Liste erlassen worden, gegen die selbst katholisch-kapitalistische Zeitungen im Ausland Bedenken hatten. Am Wahltag selbst ist in den meisten Orten die ganze Klerisei demonstrativ zum Wahllokal gezogen, um ihre gesinnungsmäßige Uebereinstimmung mit dem faschistischen Gewaltregime zu dokumentieren.

Triumphierend wird Mussolini in seiner nächsten Rede donnern: „Das italienische Volk hat einmütig seine unerschütterliche Anhänglichkeit dem faschistischen System bewiesen. Es hat in einer freiwilligen Abstimmung ohne Zwang und ohne Gewalt nahezu einstimmig die Kandidaten des Hohen Rates zu Parlamentsmitgliedern erkoren!" Mussolini braucht diesen Selbstbetrug nicht nur, um sich, sondern auch um die Welt zu betrügen. Gewiß, politisch hat er seine Diktatur befestigt. Er hat die organisatorische Macht seiner politischen Gegner zerschmettert, hat die fähigsten und einflußreichsten Führer der italienischen Arbeiterklasse ermordet oder außer Landes gejagt. Aber dennoch dämmert auch ihm, daß Kräfte wirksam sind, die sich gegen den Dauerzustand seiner Diktatur wenden. Mag er jetzt durch Wahlen, die keine sind, ein Parlament ernennen lassen, das kein Parlament ist — denn es hat weder beschließende noch ausführende Gewalt — die weitere ökonomische Entwicklung des Landes wird den Rahmen sprengen, in den Mussolini das ganze gesellschaftliche Leben eingezwängt hat. Auch der neueste „Erfolg" Mussolinis wird dieses Schicksal seiner Diktatur nicht abwenden können. Es ist die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, daß sie ihrerseits die Kräfte sammelt und mobilisiert, die jene Wendung früher herbeiführen können, als den Trägern und Nutznießern der kapitalistischen Diktatur lieb ist.

Eine neue Landesverratsäffäre

Konstruktionszeichnungen der Panzerkreuzergeschütze entwendet

Bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf ist, nach Blättermeldungen, ein Fall von schwerem Landesverrat zu verzeichnen. Ein in der Geschützabteilung des Werkes beschäftigter Techniker soll Konstruktionspläne entwendet und sie an das Ausland, angeblich an russische Agenten, verkauft haben. Der Täter soll bereits ermittelt und nach Leipzig übergeführt worden sein.

*

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung erfährt zu den Gerüchten über die Entwendung wichtiger Konstruktionspläne bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik von unterrichteter Seite, daß die Pläne, ehe damit Mißbrauch getrieben werden konnte, wieder in die Hände der Firma gelangten. Es handelte sich, dem Blatt zufolge, tatsächlich **um Konstruktionszeichnungen für die Geschütze des Panzerkreuzers A.** Die Dokumente sind von einem Ingenieur und mehreren anderen Angestellten, die das Werk vor einiger Zeit entlassen hatte, auf bisher noch unaufgeklärte Weise nach ihrer Entlassung entwendet worden. Der Diebstahl kam durch einen Mitbeteiligten ans Tageslicht. Den Erkundigungen des Blattes zufolge bestätigt es sich, daß der schuldige Ingenieur bereits verhaftet werden konnte.

Der Einheitsstaatgedanke in Braunschweig

Beschluß der Parteiorganisation

SPD Braunschweig, 25. März.

Der Bezirksausschuß der SPD im Freistaat Braunschweig und die drei Staatsminister hielten am Sonnabend eine gemeinsame Sitzung über die Frage des Anschlusses Braunschweigs an Preußen ab. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Neugliederung des Reiches ist eine Schicksalsfrage des gesamten deutschen Volkes, die vom gehässigen Parteistreit freibleiben muß. Die Sozialdemokratie des Landes Braunschweig lehnt den von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Antrag, den Freistaat Braunschweig in Preußen aufgehen zu lassen, als einseitiges Parteimanöver ab.

Für die Erklärung des Staates Braunschweig zum Reichslande fehlt zur Zeit noch jede verfassungsmäßige Grundlage. Die Arbeiten der Länderkonferenz sind noch so wenig abgeschlossen, daß ein unzeitgemäßes Vorgreifen kleinerer Länder eher eine Erschwerung, als eine Förderung der Frage bedeuten würde.

Der Bezirksausschuß der SPD im Freistaat Braunschweig wird in Uebereinstimmung mit der **Gesamtpartei jederzeit die Bestrebungen auf Schaffung eines dezentralisierten Einheitsstaates fördern."**

Zentrum und Koalition

Stegerwald über die politische Lage

WTB Büren (Westfalen), 24. März.

Auf dem heute hier abgehaltenen Kreisparteitag des Zentrums hielt der Reichstagsabgeordnete Dr. Stegerwald eine Rede über die politische Lage.

Unsere Verhältnisse im Innern, so erklärte Dr. Stegerwald im Verlauf seiner Rede, sind größtenteils bedingt durch unsere außenpolitische Lage. Deutschlands Wirtschaft krankt insbesondere an zweierlei: an der zu geringen deutschen Kapitaldecke und infolgedessen an dem zu hohen Zinssatz; dann ist, gemessen an der deutschen Gesamtwirtschaftslage, die Steuerlast in Deutschland zu hoch. Gewiß: auch die Engländer müssen etwa 18 Milliarden Steuern aufbringen, gegen rund 14 Milliarden Mark Steuern und Reparationslasten des deutschen Volkes. Dabei ist aber das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung in England etwa doppelt so hoch wie in Deutschland. England krankt sodann nicht an Kapitalknappheit, es hat einen viel größeren Lebensspielraum in der Welt und daher ganz andere wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten als Deutschland. Weite Kreise machen sich vom innerdeutschen Elend keine rechte Vorstellung. Wenn man von den Krankfeiernden absieht, beziehen gegenwärtig rund **16 Millionen Menschen, das sind mehr als 25 Prozent des deutschen Volkes, Zuwendungen aus öffentlich-rechtlichen Mitteln.** Das Jahr 1929 ist in bezug auf Steuererhebung das Kulminationsjahr; in ihm muß das deutsche Volk die höchsten Steuern aufbringen, die es in seiner Geschichte je aufgebracht hat.

Zum Schluß ging Dr. Stegerwald auf die Koalitionsfrage ein und sagte u. a.: Es gibt nur dreierlei: entweder Diktatur oder Reichstagsauflösung oder aber feste Koalition. Diktatur bedeutet praktisch: die Zerreißung der Reichseinheit. Reichstagsauflösung bedeutet Stärkung des Radikalismus. **Mithin bleibt nur der Weg zu einer festen Koalition offen.** Parteipolitisch und parteipädagogisch wäre es für die Zentrumspartei das beste, sie bliebe noch längere Zeit außerhalb der Regierung. Die Parteien sind indes nicht Selbstzweck, sie sind insbesondere im Zeitalter des parlamentarischen Regimes Instrumente der Politik und des Staates. Wer im Zentrumslager ein bewußtes Fernbleiben von der Regierung will, arbeitet praktisch, ob gewollt oder ungewollt, an der Anbahnung der Diktatur. Jede Regierungskoalition hat sich bewußt zu sein, daß die deutsche Politik in den nächsten Jahren auf allen Gebieten Ausgleichspolitik sein muß (Verfassungsfragen, Wahlrechtsfragen, Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik). Alle Parteien, die in der Regierung vertreten sind, müssen in den nächsten Jahren den Willen mitbringen, den Staatswagen, ohne Rücksicht auf vorübergehende Popularität oder Unpopularität, unter allen Umständen bergauf zu schieben.

Die amerikanischen Einwanderungsquoten

SPD Washington, 23. März.

Präsident Hoover hat die neuen Einwanderungsquoten proklamiert, die bekanntlich die Beschränkung der deutschen Einwanderer auf die Hälfte des vorjährigen Standes bringen. Die republikanische Partei will in beiden Häusern des Kongresses die Aufhebung dieser Regelung beantragen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die „Befreier" präsentieren die Rechnung

Die Tschechoslowakei als Reparationsgläubigerin und Schuldnerin

J.B. Anläßlich der Beratungen des Sachverständigenkomitees in Paris hat man sich auch in maßgebenden Kreisen in der Tschechoslowakei darauf besonnen, daß das Land in starkem Ausmaß an der Reparationsfrage mitinteressiert ist. Die Alliierten waren sich nämlich sofort nach Beendigung des Krieges darüber im klaren, daß ihnen Deutschland allein die riesigen Kriegsschäden nicht werde bezahlen können, um so weniger, als man ja nicht nur eine Entschädigung der verursachten Verwüstungen, sondern auch eine solche der eigentlichen Kriegskosten beanspruchte. Oesterreich schaltete als Reparationsschuldner infolge seiner wirtschaftlichen Hilflosigkeit von vornherein aus; es wäre wohl auch ein starkes Stück gewesen, dem verstümmelten Land die Verfehlungen der ganzen mächtigen Monarchie aufzubürden und von ihm Bezahlung der Verbindlichkeiten zu fordern.

Da erinnerten sich aber die Alliierten rechtzeitig der „Assoziierten", die sie von Habsburg befreit hatten. Man erklärte, daß die Entente mit der Befreiung natürlich Unkosten hatte, und es sei nun recht und billig, daß diese auch von den Nutznießern bezahlt würden. Um einen gewissen Rechtstitel ableiten zu können, sollte die verteilte Habsburger Monarchie bzw. ihr Staatseigentum an die Entente verkauft werden. Der Plan war und ist noch so, daß die Nachfolgestaaten des alten Oesterreich der Entente den Wert des übernommenen Staatsvermögens als Beitrag zu den Reparationszahlungen des insolventen Oesterreich leisten sollten.

Man kann füglich sagen, daß es für die Tschechoslowakei eine Finanzkatastrophe bedeuten würde, wenn sie heute mit dieser ungeheuren Summe belastet würde und sie verzinsen sollte. Die innere Staatsschuld der Tschechoslowakei beträgt gegenwärtig rund 30 Milliarden Kronen, darunter freilich auch die Schuldscheine der übernommenen Privatbahnen, die Auslandsschulden nach Abstoßung der amerikanischen Anleihe von rund 6 Milliarden, worunter sich fast 4 Milliarden Schulden an die amerikanische und englische Regierung für Lebensmittelsendungen und die Rückleitung der tschechoslowakischen Legionen aus Sibirien befinden, über 700 Millionen Zahlungen an die Caisse Commune für die Frankenprioritäten der österreichisch-ungarischen Eisenbahngesellschaft und schließlich rund 425 Millionen aus alten österreichischen und ungarischen Goldrenten, die ebenfalls an die Caisse Commune zu bezahlen sind. Dieser Schuldendienst belastet die Tschechoslowakei mit fast zweieinviertel Milliarden Kronen jährlich, mehr als einem Fünftel des ganzen Staatshaushaltes. Für 1929 sind z. B. an inländischen Zinsenzahlungen 1382 Millionen Kronen vorgesehen, an Rückzahlungen im Inland 477 Millionen. Ins Ausland sind als Zinsendienst 305 Millionen, an Rückzahlungen 60 Millionen zu leisten. Kämen nun noch die 34 Milliarden hinzu, so würden sie mindestens den doppelten Schuldendienst, also gegen 5 Milliarden erfordern, womit die ganze Finanzwirtschaft der Tschechoslowakei einfach ruiniert wäre.

Es ist also leicht verständlich, daß sich der „Siegerstaat" ernstlich gegen diese ungeheuerliche Belastung wendet, die er zwar moralisch beim Friedensschluß auf sich nahm, deren Erfüllung ihn aber in eine schwere Krise stürzen müßte. Als einzig gangbarer Ausweg erschien der, daß auch die Tschechoslowakei als kriegführender „assoziierter" Staat die Forderung nach Reparationszahlungen aufstellte, um so die Reparationslast letzten Endes wieder auf Deutschland zu überwälzen. Die Alliierten zeigten wenig Lust, dieser Argumentierung zu folgen, da sie sich dessen wohl bewußt waren, daß Deutschland nicht als ein Schuldenzahler der ganzen Welt betrachtet werden könne. Anderseits mußten sie wohl oder übel einsehen, daß eine Ueberwälzung der Lasten auf die Tschechoslowakei hier verheerend wirken müßte und — was vielleicht für Frankreich mit am meisten bestimmend wirkte — auf anderen Gebieten zu Ersparnissen nötigen würde. Die Militärbelastung der Tschechoslowakei beträgt z. B. alljährlich gegen zwei Milliarden Kronen; es läge nahe, hier hereinzuholen, was man anderweitig zu verausgaben gezwungen wäre. Das paßt der französischen Militärpolitik jedoch nicht, und es ist nun interessant, den Darlegungen des wohl eingeweihten tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Dr. Osusky, über den Gang der Reparationsverhandlungen anläßlich der Friedenskonferenz zu verfolgen, wie er sie eben jetzt anläßlich der letzten Phase in der Behandlung des Reparationsproblems im „Jahrbuch der tschechoslowakischen Republik" schildert. Es heißt da u. a.:

„Am 19. Februar 1919 beantragte die amerikanische Delegation auf Grund des 7., 8. und 11. Punktes der bekannten 14 Punkte Wilsons den materiellen Wiederaufbau Belgiens, der okkupierten Gebiete Frankreichs, Rumäniens, Serbiens und Montenegros. Am 24. Februar 1919 nimmt die Kommission für Wiedergutmachung der Schäden einen Wortlaut an, demzufolge den genannten Ländern noch Italien beigefügt wird. Was die Tschechoslowakei und Polen anlangt, so wurde die Erledigung ihrer Ansprüche infolge ihrer Sonderstellung vorläufig noch zurückgestellt."

Schließlich wurde dann eine Klausel vereinbart, daß den Verbündeten die Schäden zu ersetzen seien, die auf feindlichem, vom Feinde überzogenen oder okkupierten Gebieten verursacht worden waren. Die amerikanische Delegation forderte jedoch eine Klarstellung der Modalitäten dieser Allgemeinformel, worauf Artikel 232 des Friedensvertrages in folgender Form beschlossen wurde:

„Die Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte fordern und Deutschland verpflichtet sich, alle Schäden gutzumachen, die der Zivilbevölkerung und deren Vermögen, welche den alliierten und assoziierten Mächten immer zu einer Zeit verursacht wurden, in der sich diese Mächte im Kriegszustand befanden, infolge des obenerwähnten Ueberfalles zu Wasser, zu Lande und in der Luft."

Durch diese Verklausulierungen sollte nach dem Willen der Redakteure vermieden werden, daß ein Land, das im Kriege Bestandteil eines feindlichen Staates war, eine Entschädigung fordern könne. Ja, man ging sogar noch weiter und auferlegte durch den Artikel 208 des Vertrages von Saint Germain und einen analogen Artikel im Vertrag von Trianon den Nachfolgestaaten eine Reparationsleistung von 1,5 Milliarden Goldfrank.

Als nun auch dieser Weg fehlgeschlagen war, wandte sich die Tschechoslowakei an die 1920 gebildete Reparationskommission mit dem Erfolg, daß bereits 1921 ihre Forderung auf Reparationszahlungen anerkannt wurde, trotz des Willens der Redakteure des Artikels 232 des Versailler Vertrages. Um nun der Verpflichtung des Artikels 208 des Vertrages von St. Germain zu entgehen, verringert die Tschechoslowakei durch Buchungen aller Art ständig den Schuldbetrag. So werden zunächst alle Schulden abgezogen, die auf den Staatsgütern lasten, ferner bemüht man sich, alle erlittenen Schäden (worauf sich diese gründen, ist freilich nicht ersichtlich) von den Werten der Staatsgüter und von der Befreiungstaxe in Abzug zu bringen.

Immerhin dürfte es allen Rechenkunststücken nicht gelingen, die Tschechoslowakei reparationsfrei zu machen. Ihre Ansprüche werden in keinem Falle an den Wert der Staatsgüter und ihres Anteils an den Befreiungsauslagen heranreichen, so daß spätere Generationen wohl oder übel für die erreichte Freiheit werden schwere Gelder zahlen müssen, welche die Befreier für ihren Idealismus einstecken werden.

Verfassungswidrige Parlamente

Auch der württembergische Landtag

WTB Leipzig, 23. März.

Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches verhandelte gestern nachmittag in nichtöffentlicher Sitzung über die Klage des Landesverbandes Württemberg der Volksrechtspartei und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Gau Württemberg, gegen das Land Württemberg auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Artikels 20 Absatz 2 des Landtagswahlgesetzes vom 4. April 1924. Die beanstandete Bestimmung des Artikels 20 Absatz 2 besagt: Bei Zuweisung von Sitzen bleibt eine Wählervereinigung unberücksichtigt, deren Bezirksvorschlagslisten nicht mindestens in einem Wahlbezirk ein Achtzigstel der im ganzen abgegebenen gültigen Stimmen (Wählerzahlen) oder in vier Wahlbezirken je ein Achtel der Wahlzahlen erreicht. Die Volksrechtspartei beantragte außerdem festzustellen, daß die verfassungswidrige Auswirkung dieses Artikels 20 Absatz 2 in Verbindung mit den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes über die Wahlkreiseinteilung der Abgeordnetenwahlen noch verschärft werde. Der Staatsgerichtshof entschied dahin, daß Artikel 20 Abs. 2 des württembergischen Landeswahlgesetzes vom 4. April 1924 gegen die Reichsverfassung verstoße und wies im übrigen die Anträge ab.

*

Infolge der Entscheidung des Staatsgerichtshofes wird eine anderweitige Verteilung der Landtagssitze in Württemberg zu erfolgen haben. Es werden von der Volksrechtspartei die Spitzenkandidaten Bauer (Nagold) sowie Rechtsanwalt Hagel (Stuttgart), ferner von der nationalsozialistischen Arbeiterpartei der frühere Landtagsabgeordnete Mergentaler in den Landtag einrücken. Dafür haben auszuscheiden die seitherigen Abgeordneten Schepperle (Soz.), Hermann (Ztr.) und Luckert (Bauernbd.). Die Sitze verteilen sich also künftig wie folgt: Sozialdemokraten 21 (bisher 22), Bauernbund 15 (16), Deutschnationale 4 (4), Zentrum 16 (17), Demokraten 8 (8), Kommunisten 6 (6), Deutsche Volkspartei 4 (4), Christlicher Volksdienst 3 (3), Volksrechtspartei 2 (0), Nationalsozialisten 1 (0).

Mecklenburg-Schwerin

TU Schwerin, 23. März.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig, nach dem der Sächsische Landtag ungültig und die sächsische Regierung verpflichtet ist, Neuwahlen auszuschreiben, hat auch für Mecklenburg-Schwerin die allergrößte Bedeutung. Dieselben einschränkenden Wahlrechtsbestimmungen, die für den Urteilsspruch des Staatsgerichtshofes im Falle Sachsen grundlegend waren, haben bei der letzten Wahl zum Mecklenburgischen Landtag ebenfalls bestanden. Die daraufhin bei dem Staatsgerichtshof in Leipzig von den Nationalsozialisten eingebrachte Wahlklage gegen das Land Mecklenburg-Schwerin auf Auflösung des Landtages ist noch nicht entschieden. In politischen Kreisen hat sich angesichts des Urteilsspruchs im Falle Sachsen eine starke Erregung bemerkbar gemacht, die auch besonders in den Abendausgaben der mecklenburgischen Zeitungen vom Sonnabend zum Ausdruck kommt. Man rechnet in Mecklenburg-Schwerin bestimmt mit einer Landtagsauflösung.

Abgeblitzte Waldeckische Protestler

TU Leipzig, 23. März.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat am Sonnabend in der Klage der Waldeckschen Partei „Wirtschaftsbund" gegen das Land Waldeck und die Waldeckische Landesvertretung auf Ungültigkeit der Waldeckschen Wahlbeschränkungen, der Landtgswahlen und aller von diesem Landtage erlassenen Gesetze, insbesondere auch des Gesetzes über den Anschluß Waldecks an Preußen, dahin entschieden: „Sämtliche Klageanträge der Waldeckschen Partei „Wirtschaftsbund" werden zurückgewiesen."

Dr. Simons' Abschied vom Staatsgerichtshof

TU Leipzig, 24. März.

Nach Schluß der Sonnabend-Sitzung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich hat sich Reichsgerichtspräsident Dr. Simons auch vom Staatsgerichtshof verabschiedet. Ihm erwiderte Oberverwaltungsgerichtsrat Groethuysen; er dankte dem Reichsgerichtspräsidenten für seine Arbeit, die um so schwieriger gewesen sei, als der Staatsgerichtshof sich eine Judikatur habe schaffen müssen. Zum Schluß erwähnte er die Ursache des vorzeitigen Scheidens des Reichsgerichtspräsidenten aus seinem Amte, der gerade in der Sorge um das Ansehen des Staatsgerichtshofes zu suchen sei.

General Sarrail gestorben

SPD Paris, 23. März.

Am Sonnabend — wenige Tage nach dem Marschall Foch — ist ein zweiter französischer Heerführer, General Sarrail, gestorben.

Auch Sarrail stammte wie Foch aus Südfrankreich; er ist 1856 in Carcassonne geboren. Während des Krieges nahm er zuerst als Kommandeur der dritten französischen Armee an der Marneschlacht und an den Kämpfen zwischen Verdun und Menehould teil. Ende 1915 erhielt er das Oberkommando der Orientarmee und leitete dort die Operationen an den Dardanellen und bei Saloniki. Er wurde 1917 von Guillaumat abgelöst. Sarrail stand den Linksparteien nahe und versuchte auch einmal, allerdings vergeblich, sich in Paris zum Abgeordneten wählen zu lassen. Er trat in Zeitungsartikeln mit großer Wärme für die Verständigung der Völker ein. 1924 wurde er zum französischen Oberkommissar in Syrien ernannt, wo bald nach seiner Ankunft der Drusenaufstand ausbrach. Die Reaktion machte den General, den sie als einen ausgesprochenen Günstling der Freimaurerlogen bezeichnete, dafür verantwortlich. Sarrail wurde dann auch bald von seinem Posten durch den Senator de Jouvenel abgelöst.

Heimwehr-Ausschreitungen

SPD Wien, 25. März.

Am Sonntag kam es in einem Grazer Vorort zu schweren Heimwehrkrawallen. Die Heimwehr hatte am Vormittag in dem Vorort Gratkorn eine Versammlung abgehalten. Nach der Versammlung zogen sie an dem Arbeiterfußballplatz vorüber und unternahmen einen Sturm auf die Arbeitersportler. Sie hieben mit Gummiknüppeln und Stahlruten auf sie ein. Schließlich wurden sie von Gendarmerie vertrieben. Am Nachmittag marschierten die Heimwehrleute, zu denen auch zahlreiche Mitglieder aus Graz und Umgebung gehörten, wieder nach Graz zurück. In dem Vorort Andritz unternahm die Heimwehr einen Sturm auf das Gasthaus, in dem die Arbeitervereine ihren Sitz hatten, drangen bis in die Küche, zerstörten die ganze Einrichtung und schlugen auf die Arbeiter und Angestellten des Gasthauses ein. Sechs Personen wurden schwer verletzt, eine größere Anzahl leicht. Die Arbeiter wehrten sich selbstverständlich, wobei auch eine Anzahl Heimwehrleute verletzt wurde. Wie vandalisch die Heimwehrleute vorgegangen sind, geht daraus hervor, daß sie auch im Nebenhaus, in dem sich ein bürgerlicher Verein befand, die ganze Einrichtung zerschlugen.

„Sturm" in Monaco

WTB Paris, 24. März.

Wie dem „Paris Soir" aus Monaco gemeldet wird, zogen 600 Bewohner von Monaco nach einer neuen Protestversammlung gestern abend vor das Palais des Fürsten, um durch eine Delegation eine Entschließung überreichen zu lassen. Da eine Polizeikette die Manifestanten daran zu hindern suchte, kam es zu Zusammenstößen, wobei die Polizei Revolverschüsse in die Luft abfeuerte, ohne daß jemand verletzt wurde. Der Leiter der Sicherheitspolizei wurde von der Menge mißhandelt. Die Manifestanten durchbrachen die Polizeikette und drangen unter dem Ruf: „Es lebe die demokratische Verfassung" in das Palais des Fürsten ein. Eine fünfköpfige Abordnung wurde von dem Fürsten empfangen.

Gemeindewahlen in England

SPD London, 25. März

Wie aus den ersten in London eingelaufenen Meldungen über die am Sonnabend erfolgten Stadt- und Gemeindewahlen in einem Teil Englands hervorgeht, hat die Arbeiterpartei große Gewinne zu verzeichnen. In Enfield eroberte die Arbeiterpartei sämtliche fünf zur Wahl stehenden Sitze. In Tottenham gewann die Arbeiterpartei zwei Sitze, in Dogenham sämtliche sechs Sitze, die durch die Erweiterung des Stadtbezirks neugeschaffen sind, und außerdem zwei weitere, bisher konservative Sitze. Auch in den übrigen kleineren Orten, aus denen Wahlergebnisse bisher eingetroffen sind, hat die Arbeiterpartei überall ihren bisherigen Besitzstand aufrechterhalten oder neue Sitze gewonnen.

Kämpfe in Afghanistan

WTB London, 23. März.

Daily Telegraph berichtet aus Peschawar: Die Kämpfe haben begonnen. Amanullah hat zur Einleitung seines Feldzuges eine kleine Streitkraft mit Artillerie aus Kandahar nach Kelat-i-Gilzai entsandt. In der Nähe von Mokur kam es zu einem Zusammenstoß mit einem Stamm, der unter Berufung auf seine Neutralität den Durchzug der Truppen nicht gestatten wollte. Beide Seiten erlitten Verluste. Ein Kampf zwischen Gilzais, die Amanullah unterstützen, und Hazaras, die Anhänger Bachaisakaos sind, war für beide Parteien sehr verlustreich. Der Afridistamm erließ ein Ultimatum; in dem es heißt, nur ein Mann von königlichem Blut werde ihm als König annehmbar sein. Nadir Khan, der sich in Matum an der Ostgrenze des Landes, südöstlich von Kabul, befindet, hofft, die Stämme zu sammeln und auf Gardez zu marschieren. Der Korrespondent ist der Ansicht, daß Rußland einen wichtigen Einfluß auf die Gestaltung des Schicksals Afghanistans ausübt.

Verhaftungen in China

TU Peking, 24. März.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind auf Anordnung Tschangkaischeks 11 Mitglieder der Opposition, die auf dem Kuomintang-Parteitag den Rücktritt des Marschalls verlangt hatten, verhaftet worden. Es kam dabei zu Zusammenstößen zwischen Anhängern beider Gruppen. Wie weiter gemeldet wird, sind am Sonnabend insgesamt sieben Generäle und neun Obersten verhaftet worden, denen vorgeworfen wird, in Beziehungen zu General Feng zu stehen. — Ueber die Lage vor Hankau wird berichtet, daß vier Angriffe der Regierungstruppen von den Aufständischen unter schweren Verlusten für die ersteren zurückgewiesen worden seien. Hankau befindet sich noch in den Händen Fengs.

Kriegszustand über Nanking

TU Peking, 23. März.

Am Freitag kam es in Nanking zu Straßenunruhen. Kuomintangmitglieder und Kommunisten erschienen vor dem Regierungsgebäude und verlangten den sofortigen Rücktritt und die Neubildung der Regierung mit Einschluß der linken Gruppen. In Nanking und Peking wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen; über Nanking ist der Kriegszustand verhängt worden. In den Arbeitervierteln ging die Polizei gegen die Demonstranten vor, die politische Gefangene aus der Kommandantur befreien wollten.

Polizisten niedergeschlagen

SPD Paris, 25. März

Ein schwerer Zwischenfall hat sich in der Nacht zum Sonntag in dem Pariser Vorort Clichy bei einer Vertrauensmännersitzung der Kommunistischen Partei ereignet. Die überwachenden Polizeibeamten entdeckten beim Eingang zur Versammlung einen seit langem gesuchten ausländischen Kommunisten und wollten ihn verhaften. Sofort eilten etwa 50 Mitglieder der Versammlung mit Stöcken und Stühlen bewaffnet herbei und fielen über die Beamten her, die von der Ueberzahl schnell überwältigt wurden. Mehrere Polizisten wurden dabei verletzt, einer von ihnen so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Sofort nach dem Zusammenstoß trafen zahlreiche Polizeiverstärkungen auf dem Schlachtfeld ein. Die ganze Kommunistenversammlung wurde von ihnen abgesperrt und verhaftet. Etwa 120 Personen wurden ins Gefängnis eingeliefert. Auch zahlreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt, deren Inhalt noch geprüft werden soll.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Kurt Gunther in Leipzig
Verantwortlich für den Inseratenteil Hugo Schönau in Leipzig
Druck und Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

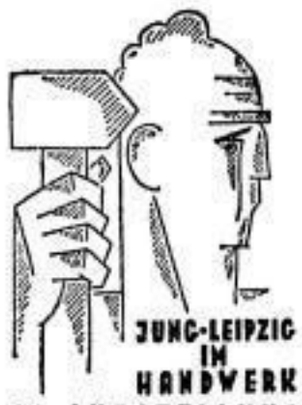
SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. Fernruf 21416
Montag, den 25. März 1929
Oeffentliche Vorstellung
zugleich Vorstellung für den Verein Deutsche Bühne
Die Jüdin
Große Oper in 4 Aufzügen (5 Bildern) von Eugen Scribe. Musik von J. F. Halévy.
Musikalische Leitung: Oskar Braun
Spielleitung: Heinz Holzmann
Personen: Kaiser Sigismund (Artur Mühler); Kardinal von Brogni, Präsident des Konzils (E. Dücrkamp); Leopold, Reichsfürst (Hans Lißmann); Eudora, Nichte des Kaisers (Willda Thiele); Ruggiero, Oberschultheiß der Stadt Konstanz (Otto Salzmann); Eleazar, ein Jude, Juwelier (Hubert Leuer); Recha, seine Tochter (Maria Janowska); Ein Offizier (Bruno Veit)
Fürsten und Hofdamen, Geistlichkeit, Ratsherren, Bürger und Bürgerinnen, Soldaten, Henker
Ort der Handlung: Konstanz 1414
Im 1. Akt „Bauern-Walzer", im 3. Akt „Festtanz", einstudiert von Erna Abendroth, ausgeführt von S. Ufer, Käte Richter und dem Tanzpersonal
Pause nach jedem Akt
Einlaß 19 Uhr. Anfang 19½ Uhr. Ende 22½ Uhr
Preise der Plätze 1.— Mk. bis 10.— Mk.
Dienstag, den 26. März, 19½ Uhr: 50. Ant.-Vorstellung (2. Folge, rot): Eugen Onegin.
Mittwoch, den 27. März, 20 Uhr: 6. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, gelb): Der Barbier von Bagdad.

Schauspielhaus.

Sophienstr. 1-19 Dir. F. Piehwes. Tel. 208713211
Montag, den 25. März Anf. 20 Uhr
Zum letzten Male
Soeben erschienen.
Komödie in vier Akten von Edouard Bourdet
Deutsch von Maria Zuckerkandl-Szeps
In Szene gesetzt von Wilhelm Berthold
Personen: Marc (Bernh. Wildenhain); Jacqueline, seine Frau (Petra Heidrich); Moscat (O. Stockel); Maréchal (R. Schaffgang); Bourgine (R. Paland); Bregaillon (A. Straube); Felix Henry, Anwalt, Angestellte im Hause Moscat (R. Paulus, Walter Engels, G. Pankwart); Olibet, Reporter (Robert Zimmermann); Ein Photograph (Max Eckert); Noémie, Stubenmädchen (Hannemarie Baumgarten); Eine Sekretärin (Käthe May)
Der erste, zweite und vierte Akt spielt in Paris, der dritte Akt in einem französischen Seebad
Pause nach dem 1. Akt
Einl. 19½ Uhr. Anfang 20 Uhr. Ende gegen 22½ Uhr
Dienstag, den 26. März, 20 Uhr: Gastspiel von Albert und Else Passermann: Kollege Crampton.
Mittwoch, den 27. März, 20 Uhr: Gastspiel von Albert und Else Passermann: Stein unter Steinen



JUNG-LEIPZIG IM HANDWERK
44. AUSSTELLUNG
VON
LEHRLINGSARBEITEN U. GESELLENSTÜCKEN
23.–27. MÄRZ 1929
GRASSI-MUSEUM, HOSPITALSTRASSE 3
EINTRITT 0.50 Mk. — GEÖFFNET 9-19 UHR

Unsere
Unterstützungs-Maßnahme
ist durchgeführt
3700 Gesuchsteller
(Arbeitslose, Kurzarbeiter, Altersrentner und Fürsorgeempfänger) konnten mit je **RM. 15.—** bedacht werden. Eine kleinere Anzahl von Gesuchen mußte leider angesichts der noch größeren Not der anderen abgelehnt werden, wofür wir Verständnis voraussetzen. Damit sind unsere Unterstützungsmaßnahmen abgeschlossen.

Von Dienstag, den 26. März 1929, bis Donnerstag, den 28. März 1929, erfolgt die Auszahlung der Unterstützung in den Lebensmittelläden.

Konsumverein
Leipzig-Plagwitz u. Umg. e. G. m. b. H.
Mitgliederaufnahme in allen Läden

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz Fernruf 21416
Montag, den 25. März 1929
Oeffentliche Vorstellung
zugleich Vorstellung für das Leipziger Jugendamt
In der neuen Inszenierung
Minna von Barnhelm
oder: **Das Soldatenglück.**
Lustspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.
In Szene gesetzt von Karl Huth
Personen: Major von Tellheim, verabschiedet (P. Stanchina); Minna von Barnhelm (Martina Otto); Graf von Bruchsal, ihr Oheim (W. Walter); Franziska, ihr Kammermädchen (L. Redlich); Just, Bedienter des Majors (W. Engli); Paul Werner, gewesener Wachtmeister des Majors (E. Sattler); Der Wirt (K. Huth); Eine Dame in Trauer (Thesia Hönk); Riccaut de la Marlinière (H. Reise-Gött); Ein Feldjäger (A. Niklas); Erster, Zweiter, Dritter Diener (Walt. Kiesler, Max Trung, Rich. Täufel)
Die Szene ist abwechselnd auf dem Saale eines Wirtshauses und in einem daranstoßenden Zimmer
Pause nach dem 3. Akt
Einlaß 19½ Uhr. Anfang 20 Uhr. Ende nach 22 Uhr
Preise der Plätze 60 Pfg. bis 6.50 Mk.
Dienstag, den 26. März, 19 Uhr: Die Verbrecher
Mittwoch, den 27. März, 19 Uhr: Oeffentliche Vorstellung, zugleich Anrechts-Vorstellung, 19 Uhr: Die Verbrecher.

TheaterBattenberg

Tauchaer Straße Täglich 20 Uhr
Die große Kältewelle.
Singspiel in 6 Bildern von W. F. Dietrich.

Damit ihn alle sehen!
Donnerstag
zum 7. und letzten Male
Nacht-Vorführung
in der Alberthalle

des bedeutendsten SEXUALFILMS
Falsche Scham
Geschlechtliches darf nicht Geheimnis sein!
.... aus dem Tagebuche eines Arztes
1. Zwei Schüler besuchen einen Rummelplatz .....
2. Ein junger Student beichtet seiner Onkel, dem Arzt.
3. Liebes- und Leidensgeschichte einer Kinderschwester.
4. Die hübsche Tochter des alten Bauern kommt unerfahren in die Großstadt
Alberthalle

Ballhaus
Schillerschlößchen
L.-Gohlis, Menckestr. 43
Straßenb. 6, 9, 12, 20 Fernr. 50378
Heute Montag Leipzigs berühmter
Damen-Ball
Da ist Betrieb!

S. S. Seidel-Sänger Singspiele
Thomaskirchhof 1r Telephon 26681
Das Haus der Komiker
Täglich abends 8 Uhr

Seidel-Sänger
Letzte Woche!
Der bescheidene Bettler
Martin Mühlau
Nächtliches Intermezzo
Großstadtlutt

Jede Anzeige
wenn der Text derselben bis 9 Uhr vormittags bei uns aufgegeben ist, gestalten wir nach Wunsch und sehr
wirkungsvoll

20%
Nachlaß auf alle Preise
Armbanduhren, Taschenuhren, Zimmeruhren, Küchenuhren und Wecker, Uhrketten, Ohrringe, Ringe für Herren u. Damen sowie alle anderen Goldwaren.
Passende Konfirmations-Geschenke.
Alle Uhren mit Garantie.
Karl Schumann, Otto-Schill-Straße 10.

Weiße Wand
Heute bis Mittwoch zeigen wir wieder ein herrliches Doppel-Schlager-Programm!
Liane Haid
Oskar Marion und Harry Halm
Zwei rote Rosen
Nach dem bekannten Schlagerlied.
Das ist ein Klassefilm
Außerdem
Die Nacht ohne Hoffnung

Frische Trinkeier. . . . . 10 Stück 1.30
Prima Fleischsalat . . . Pfund 90 ₰
Mastgeflügel sehr billig.
Markthalle, Galerie, Stand 105/106.

Speisequark
zur Kuchenbäckerei empfiehlt preiswert
Walther Vogel, Leipz.-Gohlis, Kallische Str. 117

Vorzügl. Speisekartoffeln
gelbfleischige Industrie, garantiert frostfrei, à Zentner 5.50 Mk.
Rittergut Schönefeld
Telephon 63431.

Strümpfe u. Handschuhe

Damenstrümpfe Kattner-Kupferseide, Doppelsohle und Hochferse, schwarz und farbig . 95 ₰
Damenstrümpfe Kattner-Kupferseide, feinfädige Qualität, in modernen Farben 1.95
Damenstrümpfe Kattner-Kupferseide, Doppelsohle u. Hochferse, 1. Wahl, schwarz u. farb. 2.50
Damenstrümpfe Seidenflor, Doppelsohle u. Hochferse, schwarz und farbig . . . . . 95 ₰
Damenstrümpfe prima Seidenflor, Doppelsohle und Hochferse, schwarz und farbig 1.95
Herrensocken pa. Mako, gut verstärkt, schwarz und farbig 1.30
Herrensocken pa. Seidenflor, modern gemustert 1.95
Damenhandschuhe Wildleder imitiert, mit moderner Stulpe . . . . . 95 ₰
Damenhandschuhe Waschled., imit., gelb mit schwarzer Raupe 1.60
Herrenhandschuhe pa. Zwirn, mit u. ohne Riegel . . . . . 95 ₰
Herrenhandschuhe Waschled., imit., gelb mit schwarzer Raupe 1.75

Herren-Artikel

Oberhemden weiß, mit hübsch gemusterten Einsätzen 5.90 3.90
Oberhemden prima Popeline, modern gemustert 7.50
Schlafanzüge Batist, in sparten Farben 9.50
Nachthemden aus gutem Hemdentuch, geschlossene Form, mit bunten Besätzen 3.95
Sportgürtel prima Leder 2.90 1.90
Hosenträger Gummigurt, mit Lederoder Gummistrippen . . . . . 2.50 1.95 95 ₰
Selbstbinder reinseidene Sommer-Qualitäten 1.95 1.50
Kragen moderne Formen, irisch Leinen . . . . . 85 ₰
Garnituren Hosenträger, Socken- und Aermelhalter 1.90 1.25

Wollwaren

Damenpullover Seide platt, weiß u. hellfarbig, ohne Arm 3.50
Damenpullover Kunstseide, sparte Farben 5.75
Damenwesten mit Kragen, bunt gemustert 9.80
Damenkleider Pullover und Rock, Wolle, einfarbig, mit bunter Bordüre 18.75
Damenpullover ohne Arm, hellfarbig gemustert 10.75
Ueberziehjäckchen weiß u. hellfarbig, reine Wolle 2.95
Kinderpullover hübsch gemustert, mit und ohne Kragen 6.75
Herren-Sportstrümpfe dunkel melliert, mit gestreiftem Umschlagrand . . . 3.50

Polich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Orientfahrt des Zeppelin

SPD Friedrichshafen, 25. März.

Die Abfahrt des Luftschiffes Graf Zeppelin zu seiner Palästinafahrt hat programmäßig Montag morgen 1 Uhr stattgefunden.

Noch in den Morgenstunden ging über dem ganzen Bodenseegebiet strömender Regen nieder und der Nebel schien undurchdringlich zu sein. Gegen Mittag aber klärte es sich vollständig auf. Seit der am Freitag vor sich gegangenen Probefahrt war das Luftschiff startbereit. Es hatte bei dieser Fahrt die gleiche Besatzung und Aufrüstung, wie sie für die große Fahrt in Aussicht genommen war. Der dabei erfolgte Verbrauch an Betriebsstoff, Wasser- und Traggas ist inzwischen wieder ausgeglichen worden. Die Leitung liegt in den Händen von Dr. Eckener als Kommandeur, den Herren Lehmann und Flemming als Kapitäne und Herrn v. Schiller als erster Offizier. Da **eine Fahrtunterbrechung nicht beabsichtigt ist,** nimmt man an, daß das Luftschiff am Donnerstagabend oder Karfreitag früh wieder zur Landung in Friedrichshafen eintreffen wird.

*

SPD **An Bord Graf Zeppelin,** 24. März, 2,45. (Eig. Funkbericht.)

Nachtfahrt bei Windstille und 130 Kilometer Geschwindigkeit durch und über große Nebelbänke in Richtung Schaffhausen den Rhein entlang. Basel wurde um 2 Uhr in 800 Meter Höhe überflogen. Gegen 2 Uhr 30 Minuten wurde französisches Gebiet erreicht. Die Weiterfahrt erfolgt nördlich Belforts in Richtung auf das Rhonetal. Marseille wird voraussichtlich 6,30 Uhr erreicht werden. Die weitere Fahrtrichtung hängt von der Wetterlage ab.

Lyon wurde um 4,30 Uhr überflogen. Die Fahrt geht durch außerordentlich starken Nebel, so daß seit Stunden Sicht unmöglich ist. Marseille wird deshalb voraussichtlich erst in den Vormittagsstunden überflogen werden.

Großfeuer in Postwerkstätten

TU Berlin, 23. März.

Am Sonnabendabend brach in den Werkstätten der Reichspostverwaltung Berlin-Borsigwalde ein Brand aus, der mit großer Geschwindigkeit um sich griff. Zahlreiche Löschzüge erschienen auf die Meldung „Großfeuer" hin an der Brandstelle. Trotzdem mit 16 Schlauchleitungen Wasser gegeben wurde, war es nicht möglich, die große Halle zu retten, die **bis auf die Grundmauern niederbrannte.** Dagegen gelang es der Feuerwehr, die umliegenden Fabrikgebäude, die durch starken Funkenflug sehr gefährdet waren, zu schützen. Erst nach mehrstündiger Arbeit war die Macht des Feuer gebrochen. Der Schaden ist groß.

Um 180 000 Mark geprellt

WTB Düsseldorf, 23. März.

Gestern wurden drei Vorstandsmitglieder des Bauvereins „Bauhilfe für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene" und der Geschäftsführer festgenommen, die vielfach vorbestraft sind und schon mehrfach Konkurs gemacht haben. Sie hatten sich durch verschwenderisches Leben verdächtig gemacht. Es wird ihnen zur Last gelegt, **Kriegsbeschädigte um insgesamt 150 000 bis 180 00 Mark betrogen** zu haben, indem sie von Bauunternehmern Provisionen von 10 bis 15 Prozent nahmen, die zum Schaden der Bauherren versteckt in den Preis eingerechnet waren. Die drei Vorstandsmitglieder sind geständig.

Einbrecherbande geschnappt

TU Hannover, 23. März.

Der Kriminalpolizei gelang es, eine achtköpfige Diebesbande unschädlich zu machen, auf deren Konto nicht weniger als 89 **Einbrüche** kommen. Die Beute, die etwa 70 000 Mark betrug, wurde bei Hehlern umgesetzt, die zum Teil ebenfalls in Haft genommen werden konnten.

Harte Strafe

3 Jahre Gefängnis für betrunkenen Chauffeur

Eine außerordentlich schwere Strafe verhängte das Schöffengericht Wedding gestern über den Kraftwagenführer Otto Formanski, der in der Trunkenheit am 27. Oktober den schweren Zusammenstoß des von ihm geführten Lastkraftwagens mit einem Straßenbahnzug und damit den Tod von zwei Menschen und die Verletzung weiterer 40 Fahrgäste der Straßenbahn verschuldet hatte. Das Gericht ging über den auf 2 Jahre Gefängnis lautenden Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Formanski wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Transportgefährdung zu drei Jahren Gefängnis.

Todesopfer des „Spurts"

TU Hannover, 23. März.

Das am Sonnabendnachmittag stattgefundene Motorrad-Rennen mit Beiwagen als Auftakt zum Eilenrieder Rennen am Sonntag hat wie im vergangenen, so auch in diesem Jahre **ein Todesopfer gefordert.** Der Holländer Barl kam bei Ueberholen einer BMW-Maschine in einer Kurve ins Schleudern und fuhr mit seiner Maschine gegen einen Baum. Der Verunglückte trug einen Schädelbruch davon, an dessen Folgen er **auf der Stelle starb.**

TU Hannover, 24. März.

Am zweiten Tage des Eilenrieder Rennens ereignete sich mittags **abermals ein Todessturz,** dem der Fahrer Messerschmidt-Stuttgart auf Maschine „Ut-Jap" zum Opfer fiel. Die Maschine kam auf der schlüpfrigen Bahn ins Schleudern und stürzte. Messerschmidt erlitt einen schweren Schädelbruch und innere Verletzungen, die sofort **den Tod herbeiführten.**

Italiener wollen Ballongruppe suchen

TU Kopenhagen, 24. März.

Nach Meldungen aus Oslo hält sich dort zur Zeit der italienische Ingenieur und Seeoffizier Albertini auf, um eine Expedition vorzubereiten, die Mitte Mai von Tromsö aus zur **Suche nach der sogenannten Ballongruppe der „Italia"-Besatzung aufbrechen** soll, deren Schicksal unbekannt ist. Außer Albertini soll die Expedition aus sieben Italienern bestehen. Man betrachtet es in norwegischen Kreisen als höchst unwahrscheinlich, daß die Expedition ein Ergebnis haben wird.

Byrd und seine Kameraden zurückgekehrt. Den „Neuyork Times" zufolge haben Byrd und seine Kameraden, die bekanntlich auf dem Rockefeller-Felsen abgeschlossen waren, mit dem Flugzeug ihre Operationsbasis wieder erreicht.

Die Sozialdemokratie ruft zum Kampf!

Die Sozialdemokratie hat mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs einen vollen Erfolg errungen! Das ist der Tenor der Pressestimmen zum Sturz des sächsischen Landtags. Wehmütig konstatiert die Sächsische Staatszeitung, es sei fraglich, ob die neue Zusammensetzung des Landtages so ausfällt, daß sie die gegenwärtige politische Linie fortführt. Der Redakteur der Staatszeitung, der „Altsozialist" Bethke, weiß, worum es geht, er weiß vor allem, daß es mit der Herrlichkeit der „Altsozialisten" vorbei ist und daß damit der „gegenwärtigen politischen Linie" in Sachsen die Grundlage zertrümmert ist.

Mit der Klage der Sozialdemokratie wurde ja gerade die Absicht verfolgt, der Heldt-Koalition, die schon bei ihrem Zusammentritt keine Mehrheit im Volke hinter sich hatte, das Lebenslicht auszublasen. Kam doch diese Heldtenmehrheit nur durch die Schiebung zustande, daß die Heldt-Regierung den „Altsozialisten" bei der Landtagswahl von 1926 auf dem amtlichen Stimmzettel die Liste Nr. 1 zusprach, trotzdem diese Listennummer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hätte zuerkannt werden müssen. Zahlreiche Wähler sind auf diese Schiebung hineingefallen. Von den rund 100 000 Stimmen, die damals für die Aspester abgegeben wurden, waren viele Zehntausende abgegeben worden in der Auffassung, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gewählt zu haben. Bereits 14 Tage nach der Landtagswahl erlebten die „Altsozialisten" einen katastrophalen Zusammenbruch bei den Gemeindewahlen. Sie büßten in diesen 14 Tagen von den Landtagswahlen bis zu den Gemeindewahlen etwa zwei Drittel ihrer Stimmen ein, nur in einigen Großstädten gelang es ihnen, einige Vertreter ins Gemeindeparlament zu wählen. Noch deutlicher trat der Bankrott der „Altsozialisten" bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 zutage, wo von den Aspestern, wenn gleichzeitig die Landtagswahlen mit stattgefunden hätten, nur noch ein Vertreter in den Landtag geschickt worden wäre.

Die reaktionäre Politik des gestürzten Landtags ist im wesentlichen das Werk der „Altsozialisten". Die sächsischen Wähler hatten sich im Oktober 1926 trotz der Ungunst der Verhältnisse, unter denen die Wahl stattfand, für eine Linksmehrheit entschieden. Hätten die „Altsozialisten" ihre Wahlversprechungen gehalten und sich als Arbeitervertreter gefühlt und betätigt, dann hätte es in Sachsen nach den Landtagswahlen keine Heldt-Koalition und keinen Bürgerblock bis zu den Deutschnationalen geben können, denn im Landtag saßen 31 Sozialdemokraten, 14 Kommunisten und 4 „Altsozialisten".

Die Aspester schlugen sich auf die Seite der Reaktion. Wegen zweier Ministerposten, die den vier „Altsozialisten" von der Reaktion als Kaufpreis überlassen wurden, gaben sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung preis. Von da an ging das Trauerspiel des kleinbürgerlichen Mischmaschblocks, in dem jede Gruppe soviel als möglich materiellen Gewinn für sich zu ergattern versuchte.

Erst der Kampf um die Ministerposten: „Altsozialisten" mit 4 Abgeordneten den Ministerpräsidenten und den Arbeitsminister; Aufwerter mit 4 Abgeordneten den Justizminister; Demokraten mit 5 Abgeordneten einen Minister, Wirtschaftspartei mit 10 Abgeordneten, Deutsche Volkspartei mit 12 Abgeordneten, Deutschnationale Volkspartei mit 14 Abgeordneten je einen Minister. Ein wilder Kampf dieser Gruppen untereinander war der Inhalt dieser Koalitionspolitik. Die breite Masse der Bevölkerung zahlte die Kosten! Einig waren sich diese Regierungsparteien nur in ihrer Sucht nach persönlichen Vorteilen für sich und ihre Klasse. Zusammengehalten wurden sie nur durch die Angst vor der Auflösung des Landtags. Verrat an den Interessen ihrer Wähler war die tägliche Praxis ihrer Regierungsarbeit!

Neben dem Verrat der „Altsozialisten" an den Interessen ihrer Arbeiterwähler, die Aufwerter, die mithalfen, den Hausbesitzern Millionengewinne in die Taschen zu schieben zum Schaden ihrer Wähler, die Wirtschaftspartei, die mit der Aufhebung des Mieterschutzes für Gewerberäume sich schwer an den kleinen Handwerkern verging, die Deutsche Volkspartei, die ihre Aufträge von den Industriellen Sachsens empfing und danach handelte, die Deutschnationalen, die sich rücksichtslos für den Großgrundbesitz einsetzten.

Die Arbeiter, die kleinen Beamten, die Angestellten, die Mittelschichten, sie alle wurden schonungslos geschröpft. Alle Bemühungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die Haushaltpläne, Verordnungen und Gesetze dieser Koalitionsregierung sozial zu gestalten, sind an dem Widerstand der Beutepolitiker gescheitert! Wenn wirklich einmal ein oder einige Abgeordnete dieser Koalition für einen sozialdemokratischen Verbesserungsantrag gestimmt hatten, so wurde das sofort durch den Druck der Koalition korrigiert. Die Drohung mit der Sprengung der Koalition und die Angst vor den Neuwahlen war in allen diesen Fällen stark genug, die soziale Einsicht der betreffenden Abgeordneten zu unterdrücken!

So war dieser Bürgerblock die Reaktion in Reinkultur!

Jetzt gilt es, den Reaktionären die verdiente Quittung zu geben!

Die Sozialdemokratie ruft zum Kampf!

Das Volk hat jetzt Gelegenheit, Abrechnung zu halten mit denen, die seine Interessen in jahrelanger Mißwirtschaft zertreten haben!

Der Wahlkampf ist kurz! Um so größer müssen unsere Anstrengungen sein!

Alle Parteigenossinnen und Parteigenossen, alle fortschrittlich Gesinnten müssen in diesem Wahlkampfe ihre Pflicht tun! Alle Kräfte müssen angespannt werden!

Es gilt, der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Reaktion in Sachsen eine entscheidende Niederlage beizubringen. Es gilt, der fortschrittlichen Entwicklung unter den bewährten Fahnen der Sozialdemokratie die Wege freizumachen!

Es gilt, eine proletarische Mehrheit, eine Linksregierung in Sachsen zu erobern!

Um den Wahltermin

Nachdem festgestellt ist, daß das Urteil des Staatsgerichtshofs mit der amtlichen Zustellung an die Beteiligten wirksam wird, hängt die Festsetzung des Wahltermins von dieser Zustellung ab. Das kann sich unter Umständen mehrere Wochen hinziehen, da das Urteil vom Präsidenten des Staatsgerichtshofs ausgefertigt und dann den Beisitzern im Rundschreiben zur Unterschrift, eventuell zur Korrektur vorgelegt werden muß. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Wahl etwa schon im April stattfindet. Am Sonnabend hat eine Sitzung des Landtagsvorstandes stattgefunden, in der die Frage erörtert wurde, ob der Landtag noch zu einer Sitzung zusammentreten und seine Auflösung beschließen sollte. Beschlüsse sind in der Angelegenheit nicht gefaßt worden, doch ist die Möglichkeit einer solchen Sitzung offen geblieben. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß der Landtag überhaupt nicht mehr besteht, so daß der Landtagsvorstand nicht berechtigt sei, noch eine Landtagssitzung einzuberufen. Falls eine besondere Landtagssitzung einberufen wird, dürfte dafür einer der ersten Tage im April in Frage kommen.

Die Strafvermerke in Polizeiakten

Die Regierung hat folgende Verordnung herausgegeben:

1. Polizeiakten, in denen sich Vorgänge über Verurteilungen befinden, deren Vermerke im Strafregister nach § 1 Absatz 2, § 2 und § 7 des Strafttilgungsgesetzes vom 9. April 1920 in der Fassung des Artikels 10, Absatz 1 der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 getilgt oder zu tilgen sind, dürfen anderen Behörden oder, soweit es nach § 8 der Verordnung über die Mitteilung von Akten und Urkunden vom 22. September 1879 überhaupt zulässig ist, Privatpersonen erst mitgeteilt werden, nachdem diese Vorgänge aus den Akten entfernt worden sind. Das gleiche gilt für Polizeiakten, in denen sich Vorgänge über Verurteilungen befinden, über die nach § 1, Absatz 1, § 2 und § 6 des Strafttilgungsgesetzes nur noch beschränkte Auskunft gegeben wird, mit Ausnahme der Aktenmitteilung an die im § 4 des Strafttilgungsgesetzes aufgeführten Behörden.

2. In dringenden Fällen, zum Beispiel bei Haftsachen, kann von der Entfernung der Aktenteile ausnahmsweise abgesehen werden, doch hat sie unmittelbar nach Rückkehr der Akten zu erfolgen. Diese Bestimmung gilt nicht für Aktenmitteilungen an Privatpersonen. Polizeiakten, in denen sich Vorgänge über getilgte Strafen oder über Verurteilungen befinden, die der beschränkten Auskunft unterliegen, dürfen daher Privatpersonen keinesfalls mitgeteilt werden, solange die Aktenteile nicht aus ihnen entfernt sind.

3. Die entfernten Teile der Akten sind, soweit sie nicht vernichtet werden können, gesondert aufzubewahren.

Ausbildungsbeihilfen für Erwerbsbeschränkte

Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat an die Bezirksfürsorgeverbände folgende Verordnung erlassen:

Unter Aufhebung der Verordnung über die Erteilung von Prämien für die Ausbildung von taubstummen, blinden oder schwachsinnigen Personen zu einem nützlichen Gewerbe (vom 3. November 1865) erklärt sich das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium bereit, den Bezirksfürsorgeverbänden Beihilfen bis zum Betrage von 150 Mark jährlich zu gewähren, damit an Lehrmeister Beihilfen zur Aufnahme erwerbsbeschränkter Lehrlinge gegeben werden können, durch deren Ausbildung besondere Aufwendungen und Mühen entstehen. Die Beihilfen sollen insbesondere in solchen Fällen bewilligt werden, in denen die Hinführung zu einem gelernten Beruf als Erwerbsbefähigung im Sinne des § 6d der Reichsgrundsätze anzusehen ist und die Ausbildung in einem gelernten Berufe die wirtschaftliche Selbständigkeit der Jugendlichen für die Zukunft zu gewährleisten verspricht. Vor Bewilligung der besonderen Beihilfe ist die zuständige Berufsberatungsstelle des Arbeitsamtes zu hören; soll die Beihilfe für Erlernung eines Handwerksberufs bewilligt werden, so ist außerdem zuvor die Gewerbekammer zu hören. Gesuche sind beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium einzureichen.

Gegen den Warenverkauf in Rathäusern

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages erläßt eine Bekanntmachung gegen den überhandnehmenden Verkauf von Waren aller Art in den Rathäusern und sonstigen Dienstgebäuden der Gemeinden. Er empfiehlt den Gemeinden, einheitliche Bestimmungen zu erlassen, nach denen das Anbieten von Waren in den Dienstgebäuden der Gemeinden allgemein untersagt wird. Um den Gemeinden ein Muster hierfür an die Hand zu geben, veröffentlicht der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages die in Dresden am 22. November 1926 erlassenen Bestimmungen, in denen jeder Warenhandel in den städtischen Diensträumen untersagt wird und lediglich die Lieferung von Milch, Buttermilch, Sahne, Joughurt und dergleichen an Beamte und Angestellte während der Dienstzeit zum sofortigen Verbrauch bis auf weiteres gestattet bleibt.

Schwerer Raubüberfall in Dresden

Am Sonntag in der 14. Stunde erschien im Stadtteil Dresden-Räcknitz in einem Grundstück Ecke Berg- und Zeunerstraße ein junger, mit schwarzer Gesichtsmaske versehener Mann, klingelte dort an der Tür einer Witwe Illgen, die ein Kolonialwarengeschäft betreibt, und drang beim Oeffnen der Tür sofort mit vorgehaltener Schußwaffe in die Wohnung ein. Auf die Hilferufe der erschrockenen Frau eilte sofort deren Sohn hinzu. Mit dem frechen Eindringling entspann sich ein heftiger Kampf bis in die Hausflur. Es gelang dem Räuber, zu entkommen, er floh in der Richtung der Technischen Hochschule und des Landgerichtsgebäudes. Das sogleich alarmierte Ueberfallkommando durchstreifte alsbald die ganze Gegend, doch war keine Spur von ihm zu finden. K—g.

Dresden. Selbstmordversuch eines Schülers. Ein 18 Jahre alter Schüler einer Oberrealschule schoß sich auf einer Parkbank eine Kugel in den Kopf. Er wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht.

Dresden. Verhaftung eines kommunistischen Stadtrats. Der 40 Jahre alte Lehrer Zinke, der von den Kommunisten als unbesoldeter Stadtrat gewählt worden ist, wurde verhaftet, weil er sich an der Schwester seiner von ihm getrennt lebenden Frau schwer nach den § 173 und 174 des Strafgesetzbuches sittlich vergangen haben soll. Zinke war der Vormund der Schwester.

Joachimsthal. Eine Schwebebahn zum Keilberg. Der Pächter des Radiumkurhauses in Joachimsthal will zum Gipfel des Keilberges eine Schwebebahn bauen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Metallindustrie

Kein gültiger Schiedsspruch in Dresden?

Am Sonnabend wurde das vom Verband der Metallindustriellen beantragte Schlichtungsverfahren fortgesetzt. Das Verfahren in dieser Lohn- und Ferienstreitsache begann bereits am 14. März. Es wurde aber am 15. März unterbrochen, weil die Arbeiterbeisitzer auf Grund des Verlaufs der Verhandlungen eine weitere Mitwirkung ablehnen mußten. Gestützt auf die Schlichtungsverordnung, ließ der Schlichter den Parteien dann Ladung zur Fortsetzung des Verfahrens in Dresden zugehen. Um nicht die Entscheidung über die zukünftige Lohn- und Ferienregelung durch sachunkundige Beisitzer fällen zu lassen, hatte der Metallarbeiterverband trotz der gemachten Erfahrungen wieder Beisitzer bestellt. Aber auch deren mehrstündige Bemühungen blieben ohne Erfolg. Schlichter und Unternehmer hielten in der Lohnfrage an ihrem bereits am 15. März angenommenen Standpunkt fest. Lediglich in der Geltungsdauer gestanden sie eine Verkürzung um nur zwei Monate zu. Auch bei Behandlung der Ferien zeigen die Unternehmer nicht das nötige Verständnis. Man war nur bereit, den Lehrlingen im ersten Jahr nach der Schulentlassung 12 Werktage Ferien zu gewähren.

Bei diesem Sachstande der Verhandlungen konnten die Arbeiterbeisitzer auch diesmal die Verantwortung für die Verkündung solch ungenügenden Schiedsspruchs nicht übernehmen und waren deshalb gezwungen, vorher die Sitzung zu verlassen. Diese Maßnahme ist um so berechtigter, als Schlichter und Unternehmer trotz begründeten Einspruchs an der zu kurz bemessenen Erklärungsfrist festhalten. Da eine Verkündung eines Schiedsspruchs in Anwesenheit der Arbeiterbeisitzer nicht erfolgt ist, muß auch dieses Verfahren als gescheitert betrachtet werden. Aber trotzdem hat der Schlichter den Parteien den unvollendeten Schiedsspruch zugestellt.

Der Wortlaut des Schiedsspruchs

I. Die bis zum 31. März 1929 geltende Lohntafel wird ab 1. April 1929 unter den nachfolgenden Aenderungen wieder in Kraft gesetzt:

1. Der Mindestlohn wird auf 89 Pfennig, der Mittellohn auf 96 Pfennig unter Beibehaltung der bisherigen Abstaffelungen um 4 Pfennig an der Spitze erhöht.

2. Die Lehrlingssätze betragen:
im ersten Lehrjahr 12 Pfennig pro Stunde;
im zweiten Lehrjahr 16 Pfennig pro Stunde;
im dritten Lehrjahr 24 Pfennig pro Stunde;
im vierten Lehrjahr 32 Pfennig pro Stunde.

Die Lohntafel kann mit zweimonatiger Frist erstmals für den 31. Oktober 1930 aufgekündigt werden. Wird nicht gekündigt, läuft die Lohntafel unter Beibehaltung der gleichen Kündigungsfrist jeweils um zwei Monate weiter.

II. Außerhalb der in der Lohntafel erfolgten Neuregelung erhalten diejenigen Lohnarbeiter, soweit sie nicht schon durch die Erhöhung ihres Mindest- oder Mittellohnes eine entsprechende Zulage bekommen, eine Ausgleichszulage nach folgenden Grundsätzen:

1. bei Mittellohn und bis 5 Prozent darüber 4 Pf.,
2. bei Mittellohn und bis 10 Prozent darüber 3 Pf.,
3. bei Mittellohn und bis 15 Prozent darüber 2 Pf.

an der Spitze.

Die Abstaffelung erfolgt nach den Grundsätzen der Lohntafel für die Gruppen und Altersklassen unter Aufrundung auf halbe und ganze Pfennigbeträge, wenn bei der Errechnung zwei Zehntel bzw. sieben Zehntel Pfennig überschritten ist.

III. Das für das Jahr 1928 geschlossene Ferienabkommen wird erneut vereinbart unter dem Hinzufügen, daß Lehrlinge und Jugendliche im Alter von 14 bis 15 Jahren im ersten Jahre ihrer Schulentlassung 12 Tage Ferien erhalten. Das Ferienabkommen erhält die gleiche Geltungsdauer und Kündigungsfrist wie die Lohntafel.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Bestimmungen über Gewährung von Schutzkleidung in ihrer bisherigen Fassung beibehalten werden.

Erklärungsfrist der Parteien ist spätestens Dienstag, 26. März 1929, vormittags 10 Uhr.

„Landarbeiter-Archiv“, Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Schriftleiter: Walter Kwasnik. Verlag: Enckehaus GmbH, Berlin SW 48. Einzelhefte 2 Mark, Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 Mark.

Vom „Landarbeiter-Archiv“ ist soeben das Heft 1, 1929 erschienen. Das „Landarbeiter-Archiv“ bringt in erster Linie, seinem Namen entsprechend, archivarisches Material. In der Hauptsache registriert es Tatsachen über Landarbeiterverhältnisse. So ist beispielsweise in jeder Nummer eine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter zu finden, wie sie sonst in ähnlicher Weise von keiner Zeitschrift gebracht wird.

Straßenbahn-Betriebsratswahl

Aus dem Bureau des Deutschen Verkehrsbundes Leipzig wird uns geschrieben:

Am Donnerstag und Freitag voriger Woche fanden die Betriebsratswahlen im Betrieb der Großen Leipziger Straßenbahn statt, die mit einem glatten Sieg der freigewerkschaftlichen Liste 1 endeten. Hatten doch die unentwegten Moskauer Oppositionellen der Liste IV sich mit allen Mitteln ins Zeug gelegt, die Vorherrschaft im Betriebsrat zu behalten und scheuten nicht zurück, die Beeinflussung der Kandidaten ihrer Liste so weit zu treiben, **sich selbst außerhalb der freigewerkschaftlichen Organisation zu stellen.**

Bereits bei der Einleitung der Wahlen, dem Bericht des Betriebsrates vor den freigewerkschaftlichen Funktionären, stimmten die 100prozentigen Kommunisten **„gegen die Durchführung der Wahl nach freigewerkschaftlichen Grundsätzen.** In den Dienststellen, in denen sie als Kandidaten vorgeschlagen waren, ließen sie ihre Urwahl zu. Bei der Zusammenstellung der freigewerkschaftlichen Liste beanspruchten sie die absolut sichere Eingruppierung, so daß verdiente Vertreter, die dasselbe Recht hatten, einfach ausgeschaltet werden sollten.

Nachdem in bezug auf Parität das möglichste getan worden war, zogen sie in letzter Minute ihre Kandidaturen zurück und reichten eine Sonderliste ein (Liste IV), um die freigewerkschaftliche Liste zu Fall bringen zu können. Das ist ihnen vorbeigelungen. Was sie an Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen getreu ihrem Moskauer Rezept sich bei dieser Wahl geleistet haben, dürfte bis jetzt die Höhe ihrer Glanznummern in Anbetracht der bisherigen Betriebsratswahlen darstellen.

Soweit freie Gewerkschafter als Kandidaten der Liste IV in Frage kamen, haben sich dieselben nach den Beschlüssen des ADGB und den Verbandsstatuten der einzelnen Organisationen, selbst außerhalb der freien Gewerkschaften gestellt. Der Leipziger Verkehrsbetrieb Straßenbahn sollte dasselbe Schicksal erfahren, d. h. das Versuchsobjekt moskowitischer Gewerkschaftstiktak sein, wie es die Berliner Betriebe, Straßenbahn, Hochbahn, Aboag, zu werden drohen, wenn es nicht den freien Gewerkschaften gelingt, im Interesse der Arbeiter der Betriebe möglichst großen Einfluß auf die Leitungen dieser Betriebe zu gewinnen.

Um so wertvoller für die Straßenbahn-Arbeiterschaft in Leipzig ist ihre Entscheidung für die Liste I. Zeigt diese Entscheidung doch, daß allem kommunistischen Ansturm zum Trotz 2336 Kollegen den Wert der freigewerkschaftlichen Tätigkeit und Aufklärungsarbeit erkannt haben und nicht Willens sind, die Gewerkschaften mit Hilfe der Unorganisierten zu schwächen und einflußlos zu machen, zur Freude der Arbeitgeber.

Viel größer wäre die Stimmenzahl für die freigewerkschaftliche Liste I, wenn nicht immer noch ein Teil der sich sonst um nichts kümmernden Kollegen im Betriebe den Maulaufreißern Moskauer Richtung gedankenlos nachlief und ihre Schwindelerzeugnisse als Wahrheit auffassen würden. Daß die unorganisierten Arbeiter des Betriebes glauben, die Liste IV werde ihnen mühelos das bringen, was sie von den Gewerkschaften, ohne persönliche und materielle Opfer bringen zu müssen, unentwegt fordern, ist ein Irrtum von ihnen. Vielleicht sehr schnell wird ihnen klar werden, daß die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft im kollegialen, solidarischen, allumfassenden Gewerkschaftsgedanken liegt, zu dessen Lebendigwerden und Lebendigsein die Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften gehört.

Daß im Straßenbahnbetrieb in Leipzig der Nährboden für anarchistisch-syndikalistische Phraseologie nicht gegeben ist, beweist das Verschwinden dieses übelsten Vertreters aus dem Betriebsrat zum Wohle der Straßenbahner. Um so mehr tritt die erbärmliche Handlungsweise der Moskauer Spalter hervor, die es absolut nicht vertragen können, eine grundsätzlich freigewerkschaftliche Wirtschaftspolitik im Betriebe hervortreten zu lassen. Aber auch sie werden an ihrer eigenen Opposition zugrunde gehen. Ihre politische Partei weist in ihrer Entwicklung klar darauf hin.

Das Wahlergebnis ist folgendes:

Es erhielten von 5820 Wahlberechtigten bei einer Stimmabgabe von 5276 und 124 ungültigen Stimmen:

Liste		Stimmen	Betriebsräte
I	**freigewerkschaftlich**	2336	9
II	Christen	285	1
III	Syndikalisten	89	—
IV	**Kommunisten**	2197	8*
V	Hirsche	245	—**

Ergebnis der Angestelltenwahl:

Von 490 wahlberechtigten Angestellten wurden 424 Stimmen bei 7 ungültigen Stimmen abgegeben, und zwar

für AfA-Liste	151
für SGB-Liste	226

* und 1 Arbeiterratssitz.
** nur 1 Arbeiterratssitz.

Arbeitereiend in Ostasien

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat jetzt den Bericht über seine Ostasienreise fertiggestellt. Trotz aller diplomatischen Zurückhaltung bringt er ein erschütterndes Bild von dem Elend der Arbeiterschaft in den asiatischen Ländern.

„Die Arbeitsbedingungen in China“, schreibt Thomas, „schreien nach ernsthaften Schutzmaßnahmen. Wir haben in den Spinnereien von Hankou die Nachtschichten zur Arbeit gehen sehen: Ein langer düsterer Zug von Frauen und Kindern, oft von unter 14 Jahren. Wir haben in Shanghai, in der Stickluftatmosphäre einer Seidenspinnerei, ganz junge Kinder von 6 bis 7 Jahren gesehen, die dort elf Stunden arbeiteten mit nur einer Stunde Pause dazwischen. Es sind uns Löhne genannt worden, die gerade für die Lebensmittel einer Familie ausreichen. In Hankou wie in Shanghai erschrickt man vor dem Elend der Arbeiterwohnungen.“

In Japan stehen der Organisationsarbeit der Arbeiterschaft die vielfach noch sehr patriarchalischen Arbeitsverhältnisse im Wege. In den Spinnereien und Webereien sind die Arbeiterinnen, die vom Lande kommen, kaserniert.

In der französischen Kolonie Indochina scheinen die Arbeitsverhältnisse wesentlich schlechter zu sein als in Japan. Thomas schreibt: „In Indochina arbeiten in einigen großen Betrieben Frauen die Nächte hindurch und ganz junge Kinder sind in ihnen beschäftigt. Wir haben uns erlaubt, den Generalgouverneur auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen, vielleicht wird ein Alter von 12 Jahren als Mindestalter für die Arbeit in den Industrien ins Auge gefaßt werden. Es gibt keine Unfallversicherung in Französisch-Indochina. Nur die Franzosen, die ihr Engagement in Frankreich abgeschlossen haben, genießen die Wohltat der französischen Unfallgesetzgebung. Die Franzosen, die sich in Indochina haben einstellen lassen und die Eingeborenen haben bei Unfällen keinen gesetzlichen Anspruch auf eine Entschädigung.“

Wahlen im Holzarbeiterverband

Bei den am 20. März stattgefundenen Urwahlen für die Delegierten zum Verbandstag in Bremen wurden insgesamt 1694 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurden die Kollegen Hahn mit 1445, Mehnert mit 1377, Ottilie mit 1352, Liebhold mit 1304, Kühn mit 1009 Stimmen. Außerdem erhielten die Kollegen Warnstorff 786 und Wachtelborn 737 Stimmen. 170 Stimmzettel waren ungültig, von den ungültigen Stimmzetteln hatten 67 die Aufschrift Opposition.

Die neuen Satzungen der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger bringen eine wichtige Erweiterung der Bühnengenossenschaft, da künftig auch die Künstler Mitglieder werden können, die im Rundfunkwesen oder beim Film arbeiten; bisher konnte nur Mitglied sein, wer einem Schauspieltheater oder einem Opern- oder Operettenhaus als Künstler oder als Hilfskraft angehörte. Gegen das Anfängerunwesen wurde auf der Tagung scharf Front gemacht. Viele Direktoren beschäftigen zahlreiche Anfänger, die sich der Karriere halber mit miserablen Gagen begnügen und auf diese Weise zu Lohndrückern werden. Die Schauspieler fordern, daß jeder Künstler, der eine ausreichend konzessionierte Theatervorbereitungsschule absolviert und durch Sachverständige ein künstlerisches Reifezeugnis erhalten hat, genau so behandelt werden soll wie alle übrigen Schauspieler.

Die Tarifverhandlungen für die Zigarrenindustrie, die dieser Tage in Oeynhausen fortgeführt worden waren, sind gescheitert. Die Beauftragten des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller wie die Vertreter der Tabakarbeiterverbände verharrten auf ihrem bereits Ende Januar in Hannover eingenommenen Standpunkt. Nunmehr wird das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung angerufen werden. Das gegenwärtig bestehende Tarifverhältnis soll bis zur Erledigung des Schlichtungsverfahrens bestehen bleiben.

Der Ruf der Tiefe

20. Roman von Max Uebelhör.

Copyright 1927 by Drei Masken Verlag AG, München.

XI.

Ein Sherlock Holmes?

Endlich war Inspektor Goron in seinem großen Bureau angelangt, in dem er zusammen mit einem jungen Volontär arbeitete, dem etwa fünfundzwanzig Jahre alten Herrn Evarist Pipelette.

Der Alte kicherte noch immer vor sich hin; er ließ sich nieder, zog eine große Kaffeekanne aus Email unter dem Tisch und den zerbissenen und verkohlten Zigarrenstummel aus der Tasche hervor, zündete ihn an und schenkte sich jetzt Kaffee ein, ein Mensch, der nun in Ruhe und unterstützt von verschiedenen Genüssen einem sicheren Erfolg nachkosten will.

Zwischendrein sprach er leise und mit schlabberndem, von Kaffee überrieseltem Unterkiefer vor sich hin:

„Man hat mich rufen lassen . . . hihihi . . . man weiß nicht mehr weiter . . . ja, so ist's, so ist's, den Kopf voll dummer Gelehrsamkeit, und dann wissen sie nicht mehr weiter . . . nun, eine Razzia, eine Razzia, die haben wir!“

Herr Evarist Pipelette hatte wie immer lauernd jede Bewegung des Alten verfolgt, qualvoll rutschte er jetzt auf seinem Stuhl herum, er hielt es vor Neugierde nicht mehr aus.

„Darf ich endlich wissen, wer Sie hat rufen lassen?“ knurrte er gereizt durch die dünnen, blassen Lippen.

Herr Pipelette wußte, daß er sich diesen Ton gestatten durfte, er war ja nicht nur die „Hoffnung“ der gesamten Abteilung, sondern auch der ausgesprochene Liebling des Alten, der ihn manchmal sogar als „mein kleiner Sherlock Holmes“ ansprach.

So wenig übrigens der Name „Pipelette“ etwas von den anerkannten detektivistischen Gaben des jungen Mannes verriet, so wenig tat dies dessen Aeußeres.

Auf einem schmächtigen, links schief gezogenen Körper mit zerbrechlich eingehängten und recht unbeherrscht herumbaumelnden Gliedmaßen saß auf dünnem Hals ein großer Kopf, den man ohne viel allzu schlechten Willen als einen Wasserkopf bezeichnen konnte. Dieser Kopf war in unregelmäßiger Weise mit rotgelben und in Büscheln aufsprießenden Haaren bedeckt, die im Genick in einem dicken Schopf über den mit Schuppen dicht bedeckten Rockkragen wucherten.

Die Ohren waren abstehend und wie zwei Fliegenwedel. Das breite, sinnige und mit Pusteln besetzte Gesicht wies rötlich gerändete Augenlider, hellblonde und kaum sichtbare Brauen, zwei blanke, wasserklare Augen, eine unbedeutende, kleine Nase und einen Mund auf, dessen schmale, hellrote Lippen nur notdürftig das gelbe, lückenhafte Gebiß deckten.

Man sieht Gestalten wie die des Herrn Pipelette des öfteren in der Umgebung von Asylen für harmlose Unheilbare; sie pflegen dort still auf einer Bank zu sitzen, vor sich hin zu grinsen und beim ersten Läuten der Glocke eilig und vornübergebeugt zu verschwinden.

Aber es war anders, es war Tatsache, daß bei ihm das Aeußere sehr täuschte; und man wurde dessen urplötzlich und mit einem Gefühl der Pein dann gewahr, wenn man das unvermutete, blitzartige Huschen dieser Augen von heller, unbestimmbarer Farbe gesehen hatte.

In der Geheimabteilung der „Sicherheit“ hatte es nicht lange bis zur Kenntnisnahme von den Talenten des jungen Volontärs gedauert; auch sorgte dieser selbst eifrig dafür, daß man sie nicht unter den Scheffel stelle.

Mit lautlosen Schritten, hurtig wie ein Wiesel, allgegenwärtig, bescheiden und sich vordrängend zugleich, und immer dienstbereit, war Herr Pipelette vom ersten Tag an von einer Abteilung zur andern gehuscht, hatte für alles brennendes Interesse an den Tag gelegt, hatte willig die undankbarsten Aufgaben übernommen und schon nach einigen Wochen Positives leisten und hie und da selbständig vorgehen können.

Schließlich fürchtete man den Allgegenwärtigen ein wenig, und so war man höheren Ortes der Ansicht geworden, daß diese „Hoffnung“ nirgends besser aufgehoben sei und üppiger gedeihen könne, als in dem etwas abgelegenen Bureau des Alten.

„Nun,“ knurrte Herr Pipelette jetzt äußerst gereizt, „darf ich's wirklich nicht wissen?“

„Du darfst es wissen, Jüngelchen,“ lachte der Alte. „Der Desbarreaux hat mich rufen lassen.“

„Der Desbarreaux?“ antwortete Pipelette mit zweifelnder, den andern reizen sollender Stimme.

„Natürlich der Desbarreaux. Wer denn sonst, als der Desbarreaux? Der Desbarreaux weiß mit seinen famosen Kollier-Chauffeuren nicht mehr weiter. Und jetzt haben ihm die Leichenteile dieser Rouque die Saat noch mehr verhagelt. So ist's, Bürschchen. Diese Grünschnabel kommen da aufgeblasen und aufgeschwollen aus der dunkelsten Provinz und glauben, sie schaffen es ganz alleine. Und sie wollen natürlich von mir, vom ‚Alten‘, von Anfang an nichts wissen. Und dann kommen sie eben doch zu mir . . . ja, ‚fast‘ hätten sie es fertig gebracht, sagen sie . . . ‚fast‘ . . . sie bringen es alle ‚fast‘ fertig, um dann mich, den ‚Alten‘ rufen zu lassen.“

„Weiß er denn gar nicht weiter, dieser Tepp?“

„Nicht so frech, Jüngelchen, nicht so frech. Natürlich weiß er nicht mehr weiter, dieser Tepp. Nichts weiß er. Keine Ahnung hat er. Und was noch viel schlimmer ist, er hat auch keine Ahnung von Paris, und unser Paris ist bei Gott nicht schlecht hinter ihm her.“

Pipelette überlegte, er suchte in seinem Hirn zusammen, was er über den Verlauf der Untersuchung da und dort gehört hatte.

„Aber es ging anfangs doch so gut, Herr Inspektor. Sie haben ja fast den ganzen geraubten Schmuck gefunden, es fehlte doch nur ein Perlenkollier. Von einem auffallenden Kollier mit eingeschalteten schwarzen Perlen . . . warten Sie mal, ja, irre ich mich nicht, jede zehnte eine schwarze Perle, von dem hing doch nur noch alles ab!“

„Ganz richtig, mein Bürschchen, von diesem Kollier hing alles ab. Statt schwarze rote Perlen, und alles stimmt. Das Kollier ist ihnen aber davongeschwommen, wie die bekannten Felle.“

„Wieso ist es davon geschwommen?“ fragte Pipelette.

Doch der Alte gab keine Antwort, und so fuhr Pipelette mit wiederum heimlich reizender Stimme fort:

„Uebrigens handelt es sich um schwarze Perlen, Herr Inspektor. Schwarze, wie ich vorhin sagte, und nicht rote. Schwarze.“

Der Alte schnalzte mit der Zunge und nahm einen Schluck.

„Rote, Bürschchen, rote, oder hörst du schlecht?“

Pipelette kniff die Augen zusammen und fauchte:

„Schwarze, Herr Inspektor, schwarze! Es tut mir leid, daß ich Ihnen widersprechen muß, aber es ist und war nur von schwarzen Perlen die Rede. Schwarze... schwarz... dunkel... wie Kohle also, oder wie Tusche, Herr Inspektor. Alle zehn weiße eine schwarze . . .

Er kam nicht weiter, der Zigarrenstummel flog ihm mitten ins Gesicht.

„Rote!“ brüllte der Alte mit kräftiger, aus diesem gebrechlichen Körper überraschend kommender Stimme. „Rote! Die Akten her! Rote, du dummer Junge!“

Wie mit einer Nadel gestochen, sprang Pipelette auf, eilte zur Leiter, schleppte sie keuchend vor den bis zur Decke reichenden Aktenschrank und erklomm sie, flink wie ein Wiesel und bei jeder Sprosse ein schon zum voraus triumphierendes „Schwarze!“ ausstoßend.

Dann zerrte er das dicke Bündel hervor; es war die Sammlung der den Kommissariaten jeweils zugehenden Mitteilungen.

Er blätterte, dann wurde es lange still, und dann ächzte es.

„Verdammt, Herr Inspektor, Sie haben recht. Hier steht's, wahrhaftig, hier steht's... Meinen Kopf hätte ich verwettet... der Kommissar, der damit beauftragt war, Herr Hamon, hat mir von schwarzen Perlen gesprochen . . . nein, dies lasse ich mir nicht ausreden . . . seltsam, Herr Inspektor, seltsam, doch es stimmt, es handelt sich um rote Perlen.“ (Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Eine richtige Entscheidung

„Unbillige Härte" liegt vor ...

sg Dieser Tage wurde vor dem Arbeitsgericht Leipzig ein Prozeß zu Ende geführt, der in mancherlei Beziehung von Interesse war. Der Tatbestand ist folgender: Bei dem Arbeitsamt Leipzig werden seit seiner Uebernahme durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Reihe von Abbaumaßnahmen durchgeführt. Es ist selbstverständlich, daß diese Maßnahmen, die vom „grünen Tisch" aus in Berlin angeordnet wurden und für die auch wenig sachliche Berechtigung in Anspruch genommen werden kann, heftigen Widerstand bei den betroffenen Angestellten auslösen und zu zahlreichen Klagen vor dem Arbeitsgericht führen.

Folgender Fall: Ein Bureauangestellte von zwanzig Jahren wird gekündigt, erhebt Widerspruch wegen unbilliger Härte. Der Angestelltenrat billigt den Einspruch, so kommt die Sache vor das Arbeitsgericht. Genosse Müller vom Zentralverband der Angestellten führt aus, daß es eine unbillige Härte sei, gerade der Klägerin zu kündigen. Ihre Mutter ist erwerbsunfähig, ihr Vater ist Kürschner, auch seit zwei Jahren arbeitslos und es bestehe keinerlei Aussicht, daß er in absehbarer Zeit eine Stellung finden könne. Ferner sind noch die beiden Geschwister der Klägerin erwerbslos. Sie hat also fast ausschließlich für die ganze Familie zu sorgen.

Der Vertreter der Reichsanstalt führte aus, daß eine unbillige Härte nicht vorliege, da das Arbeitsamt Leipzig der Klägerin versprochen habe, ihr eine andere Stellung zu vermitteln. Für die Klägerin bedeute also die Kündigung keine wirtschaftliche Schädigung. Wenn man an ihrer Stelle dagegen einen älteren Angestellten entlassen müsse, sei es fast aussichtslos, ihm eine neue Stellung nachzuweisen.

Nach längerer Beratung verkündete Arbeitsgerichtsrat Dr. Schmidt folgendes Urteil: Die Beklagte wird verurteilt, die Klägerin wieder einzustellen. Im vorliegenden Falle mußten die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Klägerin im erhöhten Maße berücksichtigt werden. Auch wenn man in Betracht zieht, daß die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der Klägerin versprochen hat, ihr sofort eine neue Stellung zu verschaffen, muß die unbillige Härte bejaht werden. Die Beschäftigung in einem Reichsbetrieb bedeutet in Art und Dauer der Beschäftigung zweifelsohne eine größere wirtschaftliche Sicherheit für die Klägerin, als eine neue Stellung in einem Privatbetrieb, indem sie sich erst einarbeiten muß. Bei den besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Klägerin mußte dieser Tatsache aber entscheidende Bedeutung zugemessen werden.

Eine ausgezeichnete, von großem sozialen Verständnis zeugende Entscheidung!

Todesurteil bestätigt

Am 6. Oktober 1927 wurde die Missionsgehilfin Marie Schäfer in einem Keller in Oldenburg tot aufgefunden. Die Leiche war mit einem Laken umwickelt und lag unter dem Kohlenvorrat der Kellerinhaberin. Die Ermordete war Besitzerin des Hauses und wohnte bei ihrer Schwägerin Anna Schäfer. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich in erster Linie gegen die aus Oldenburg verschwundene Anna Schäfer. Im März 1928 wurde diese verhaftet und hatte sich vor dem Schwurgericht Oldenburg zu verantworten.

Hier gab sie an, daß sie gegen die Ermordete schon von jeher eine Abneigung gehabt habe. Sie sei sehr verschuldet gewesen und habe gehofft, durch den Tod der Schwägerin etwas zu erben. Da habe sie den Entschluß gefaßt, ihre Schwägerin aus dem Wege zu räumen. Im Sommer 1927 habe sie sich mit dem Arbeitslosen Johannsen in Verbindung gesetzt, ihn in ihre Wohnung aufgenommen und ihm Arbeit verschafft. Im Laufe einer Unterhaltung am 7. September 1927 hat sie den Johannsen aufgefordert, ihre Schwägerin einmal tüchtig zu verprügeln. Dafür wolle sie ihm Geld und neue Garderobe geben. Am gleichen Tage kam die Tat aber nicht zur Ausführung. Drei Tage später, am 10. September 1927, früh zwischen 8 und 9 Uhr, fielen beide über die Marie Schäfer her und verprügelten sie, bis sie bewußtlos liegen blieb. Johannsen ging daraufhin aus der Wohnung weg, während die Anna Schäfer ihre schwerverletzte Schwägerin erwürgte. Als man Verdacht schöpfte, verschwand die Mörderin aus Oldenburg. Von Würzburg aus schrieb sie an den Johannsen, er solle die Tat auf sich nehmen. Dieser tat ihr aber den Gefallen nicht, und im März 1928 wurde die Anna Schäfer verhaftet.

Das Schwurgericht Oldenburg verurteilte am 6. Dezember 1928 die Witwe Anna Schäfer wegen Mordes zum Tode und wegen Anstiftung zur schweren Urkundenfälschung zu einem Jahr Zuchthaus. Johannsen wurde wegen schwerer Mißhandlung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen dieses Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt, die vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt wurde. In der Revisionsbegründung wird außer prozessualen Rügen hervorgehoben, daß die Tat unmöglich mit voller Ueberlegung ausgeführt worden sei. Dies habe das Schwurgericht nicht genügend beachtet.

Der Reichsanwalt erklärte, die Ueberlegung sei einwandfrei erwiesen. Nachdem der Johannsen die Wohnung der Mörderin verlassen habe, hat die Witwe Anna Schäfer den Tod ihrer Schwägerin erst durch Würgen herbeigeführt.

Der 3. Strafsenat schloß sich dem Antrage des Reichsanwalts in vollem Umfange an, verwarf die Revision und bestätigte damit erneut ein Todesurteil.

Englands Goldsorgen

Wenn man den Henker henkt

Von Paul Szende.

Lloyd-George, der jetzt über die Wahlkasse der Liberalen Partei verfügt, hielt jüngst eine große Rede, in der er scharfe Kritik an der Konservativen Partei übte. Die überstürzte Rückkehr zur Goldwährung und die voreilige Regelung der amerikanischen Schuld, bezeichnete er als Hauptursachen der Industriekrise und der Arbeitslosigkeit. Lloyd George ist ein sehr wandlungsfähiger Herr. Er rechnet stets mit der Vergeßlichkeit des Publikums, das sich heute schon nicht mehr daran erinnert, daß er in den Jahren 1919 bis 1922 gleichfalls für diese Valutapolitik eingetreten war. Ob er mitschuldig ist oder nicht, ändert aber wenig daran, daß er die Grundursache der furchtbaren Arbeitslosigkeit richtig bezeichnet hat.

Finanz- und Geldpolitik in England wurde von jeher ausschließlich durch die Londoner Hochfinanz — die City — bestimmt. Die Macht des Finanzkapitals wurde durch den Krieg erheblich gesteigert. Vor dem Kriege war die City der ausschlaggebende Faktor des internationalen Geldmarktes, nach dem Friedensschluß trachtete sie daher aus allen ihren Kräften, diese Vormachtstellung zurückzugewinnen. Diesem Bestreben stand hinderlich im Wege, daß die Sterlingvaluta im Kriege eine empfindliche Entwertung erlitten hatte und daß die Herstellung der Goldparität nur durch große Opfer der Steuerzahler bewerkstelligt werden konnte. Auf dem Geldmarkte erschien ein mächtiger Konkurrent, Amerika, dem England enorme Summen schuldete. Die Rückkehr zur Goldparität war ohne die Mithilfe Amerikas unmöglich, die Washingtoner Regierung bestand aber auf unverzüglicher Regelung der Kriegsschulden. In industriellen Kreisen wurden schon damals Bedenken laut. Man fürchtete, daß die Valorisierung der Währung die Ausfuhr erschweren und eine Absatzkrise heraufbeschwören werde. **Das Klasseninteresse der Hochfinanz trug aber den Sieg über diese Bedenken davon.** Die City war bereit, im Interesse der Beherrschung des Weltfinanzmarktes, eine kleine Absatzkrise mit in Kauf zu nehmen, und man tröstete sich damit, daß diese Krise von nicht allzu langer Dauer sein werde; man hatte außerdem die löbliche Absicht, die Folgen der Verminderung des Absatzes in der Gestalt eines Lohndruckes auf die Arbeiterschaft zu überwälzen. Die englische Regierung schloß in Washington ein Abkommen über die Tilgung und Verzinsung der Kriegsschulden, und als Gegenleistung wurde die **Herstellung der Goldparität der Sterlingvaluta mit Hilfe der amerikanischen Notenbank** in die Wege geleitet. Das Verhängnis nahm seinen Weg.

In der Vorkriegszeit verdankte England seine finanzielle Vorherrschaft hauptsächlich dem Umstande, daß im 19. Jahrhundert die englische Goldwährung — von einigen Schwankungen abgesehen — im Westen stabil blieb, während die Valuten aller Länder längere Entwicklungsperioden durchmachten. Dank ihrer Goldwährung machte die City immer glänzende Geschäfte; zuerst plünderte sie die Länder während der Entwertungsperiode gründlich aus, dann ließ sie sich für ihre Hilfeleistung bei der Stabilisierung der notleidenden Valuten ausgiebig bezahlen. Auch nach dem Kriege setzte die englische Hochfinanz mit diesem Plünderungsfeldzug ein, dem aber nur eine kurze Dauer beschieden war. Schlechte Valuta fördert den Export, und die englische Industrie, auf allen Absatzmärkten bedrängt, verlangte stürmisch die Eindämmung dieser Konkurrenz. Unter dem Drucke der katastrophalen Arbeitslosigkeit mußte die City nachgeben, die „Sanierung" der europäischen Valuten unter Mithilfe der englischen Großbanken, die sich gewöhnlich hinter dem Völkerbund verschanzten, begann. Ueberall schrieb die City die Herstellung der Goldwährung und strenge Deckungsregeln vor, weil diese Maßnahmen ihr geeignet erschienen, die neugegründeten Notenbanken auch in der Zukunft unter ihrer Botmäßigkeit zu halten. Für die meisten dieser ausgebluteten Länder bedeutete die aufgezwungene Goldvaluta eigentlich einen Luxus, den sie mit schweren finanziellen Opfern und Deflationskrisen erkaufen mußten. Die Vertrauensleute der englischen Hochfinanz, die als „Finanzberater" der Regierungen oder der Notenbanken in diesen Ländern das große Wort führen, zwangen außerdem die Notenbanken, die ohnehin strengen Vorschriften noch schroffer anzuwenden; der Gold- und Devisenschatz der meisten Notenbanken übertrifft die in den Statuten vorgeschriebenen Relationen beträchtlich. Von einem Rothschild wurde folgende Anekdote erzählt: Es kommt zu ihm ein armer Mann, der erzählt, daß er seit drei Tagen nicht gegessen habe. „Das kann Ihnen furchtbar schaden — schrie Rothschild entsetzt, — Sie müssen sich zwingen!" Genau so behandelte die City in der Nachkriegszeit die verarmten europäischen Länder. Nur ein Beispiel: Die Schuld der österreichischen Republik an die Notenbank ging in den Jahre 1923—1928 von 256 Millionen auf 166 Millionen Schilling zurück, die Bardeckung des Umlaufes war mehr als zweimal so hoch, wie nach der Vorschrift, und dennoch zwang das Finanzkomitee des Völkerbundes — eine Filiale der City — die österreichische Regierung, der Notenbank weitere 50 Millionen Schilling zurückzuzahlen, obwohl die österreichische Wirtschaft, die schwer unter der Arbeitslosigkeit leidet, diese 50 Millionen für Investitionen dringend gebraucht hätte.

Diese Politik rächte sich an England bereits in kurzer Zeit. Seit dem Kriege kommt auf dem Goldmarkte der entscheidende Einfluß nicht England, sondern Amerika zu, das mehr als 40 Prozent des für geldliche Zwecke verfügbaren Weltvorrates an Gold besitzt. Alle Notenbanken und Regierungen Europas waren durch die ihnen englischerseits auferlegte Valutapolitik gezwungen, große Goldvorräte zu sammeln. Sie kauften die erforderlichen Mengen auf dem Londoner Goldmarkte auf. Die Bank von England war öfters gezwungen, gegen diesen Goldabfluß energische Maßnahmen zu ergreifen, denn eine weitere Entziehung des Goldes hätte die Stabilität des Sterlingkurses gefährden können. Vor dem Kriege wehrte sich die englische Notenbank gegen den Goldabfluß durch das einfache Mittel der Zinsfußerhöhung, die den Goldexport verteuerte. Jetzt kann aber die Bankleitung nur im äußersten Falle zu diesem Mittel greifen, denn **die Erhöhung des Zinsfußes bedeutet gleichzeitig Verteuerung der Industriekredite,** Erhöhung der Produktionskosten und damit Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Deflationskrise, der Preis der Herstellung der Goldwährung, dauert seit acht Jahren unvermindert an, ihr Ende ist vorläufig nicht abzusehen. Mit Rücksicht auf die Lage der Industrie war daher die Bank von England seit Jahren gezwungen, den niedrigen Zinsfuß aufrechtzuerhalten. Die Folge davon war, daß amerikanische Kapitalien, die auf dem Londoner Markte Verwendung suchten, nach Amerika zurückströmten, und dies um so mehr, als seit der Präsidentenwahl auf der Neuyorker Börse mit zeitweiligen Unterbrechungen eine tolle Hausse tobt, die den Geldgebern in verhältnismäßig kurzer Zeit große Gewinnste zu sichern vermag. Der Goldbestand der Bank von England war dermaßen gefährdet, daß der Bankleitung nichts übrig blieb, als den Zinsfuß, der in den letzten Jahren ständig 4½ Prozent betragen hatte, auf 5½ Prozent zu erhöhen; eine Rekordziffer, die seit Beginn der Deflationskrise nicht erreicht worden war. Die Industrie protestierte heftig, aber ohne Erfolg.

Es muß noch bemerkt werden, daß die französische Notenbank über einen kolossalen Vorrat an ausländischen Devisen — nach den letzten Ausweisen über 29—32 Milliarden Papierfranken — verfügt. Davon sind etwa 12—13 Milliarden, mehr als 100 Millionen Pfund Sterling, kurzfristig auf dem Londoner Markt plaziert und können immer, in Gold umgewandelt, zurückgezogen werden. Da der ganze Goldschatz der englischen Notenbank nur 155 bis 160 Millionen Pfund Sterling beträgt, kann ihre Lage als äußerst schwierig bezeichnet werden.

So befindet sich die Bank von England in einem fehlerhaften Zirkel. Um ihren Goldschatz zu schützen, muß sie zur Zinserhöhung greifen, der hohe Zinsfuß verschärft aber die Industriekrise. Sie arbeitet jetzt darauf hin, daß die Goldkäufe der europäischen Notenbanken auf dem Londoner Goldmarkte zwecks Stärkung ihrer Bestände erheblich eingeschränkt werden. Namhafte Finanzleute verlangen die Intervention des Völkerbundes und die Anbahnung internationaler Vereinbarungen, um die Deckungsvorschriften der Notenbanken zu ändern. Man spricht von einer Herabsetzung der bisherigen Deckungsverhältnisse und von der Zusammenfassung der Goldbestände mehrerer Notenbanken. Die Bank von England in ihren Nöten schickt sich jetzt an, die durch sie den europäischen Ländern bisher vorgeschriebene Goldpolitik abzubauen, sie bittelt um das Wohlwollen der kontinentalen Notenbanken und wäre bereit, mit diesen ein Abkommen **auf gleichem Fuße** abzuschließen.

Man hat das Gefühl, daß man den Henker henkt ...

Der Reichsverband lehnt ab

SPD Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, das sich am Freitag mit Steuerfragen befaßte, stellte u. a. die Forderung auf Senkung der direkten Steuern auf. Der Referent, Direktor Fritz Haußmann, betonte gegenüber dem von der Regierung vorgeschlagenen Steuernotprogramm, daß die Wirtschaft die vorgesehenen Steuererhöhungen grundsätzlich ablehnen müsse.

Die vorgesehene Erörterung über die Pariser Reparationsverhandlungen mußte ausfallen, da der Berichterstatter, Dr. Kastl vom Reichsverband der Deutschen Industrie, der als Delegierter an den Verhandlungen teilnimmt, von Paris unabkömmlich war.

USA finanziert die russische Metallindustrie

TU **Kowno**, 22. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist nach amtlichen Angaben mit einer amerikanischen Gruppe, die dem Präsidenten Hoover nahesteht, ein Abkommen unterzeichnet worden, in dem sich die amerikanische Seite bereit erklärt hat, im Laufe eines Jahres bis zu 4 Milliarden Mark in der russischen Metallindustrie zu investieren. Der Vertrag ist vor einigen Tagen in Chikago unterzeichnet worden. — In russischen Regierungskreisen wurde erklärt, daß dieser Vertrag der erste Schritt der Hoover-Regierung zur Anerkennung der Sowjetunion de facto sei. Es sei dies ein erheblicher Erfolg des Staatsbankpräsidenten Scheinmann.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute Sardellenklops mit Kartoffeln 78 ₰ Ungarischer Gulasch mit Klößen 1.10 Morgen: Gebackene Kalbsbrust mit Mayonnaisesalat 1.10

Fahrradreifen billiger!

Wer Rad fährt, will Zeit und Geld sparen. Wir tragen hierzu bei.

Unsere Preise:	ab heute:	bisher:	1914:
Continental Wulstreifen, stahlblau . .	RM. 4,90	RM. 5,50	M. 8,—
Continental Wulstreifen, rot	„ 5,10	„ 5,75	„ 8,25
Continental Schlauchreifen	„ 8,—	„ 10,—	„ 19,75

Weltberühmte Continental-Qualität!

Jeder kann jetzt sein Rad mit dem erstklassigen Markenfabrikat ausstatten, dem

Continental Reifen

CONTINENTAL CAOUTCHOUC- UND GUTTA-PERCHA-COMPAGNIE, HANNOVER

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung

Feuilleton

Montag, 25. März 1929

Die Veilchen

Von Ossip Kalenter.

Sie wuchsen auf in den Gärten von Parma, bei leichter Sonne, unter dem weiten, wolkenlosen Himmel der Lombardei.

Sie standen in üppigen kleinen Trüppeln, tiefblau und purpurdunkel, süß und duftend unter ernsten Zypressen und Zedern und blühten und träumten.

Bis kleine Mädchen kamen, zarte, braune, und sie abschnitten, büschelweise . . . Lachend, singend.

Die Veilchen wurden verpackt. Kunstvoll in geschlossene Körbe, sorgsam in feuchtes Moos gebettet.

Die Veilchen wurden verladen. Auf dem trübsinnigen Bahnhofe von Parma, angesichts der trübsinnigen Parfümfabrik. Leiser Regen hatte eingesetzt, der Himmel hing grau und schwer hernieder, und es war wie eine Vorahnung des Nebels und der Kälte, der die tiefblauen und purpurdunklen, üppigen Veilchen von Parma entgegenfuhren.

Auf einer Zwischenstation, von der sie, weil sie doch so kunstvoll und sorgsam verpackt waren, nichts sehen konnten, wurden sie umgeladen. Sie hatten dabei das peinliche Gefühl, geworfen zu werden und kleine Strecken durch die Luft zu fliegen. Sie gerieten ganz durcheinander.

In einer grauen, kalten, nebeligen Stadt des Nordens erblickten sie zum zweitenmal das Licht der Welt, das diesmal aus großen, grellen, in Kristall gefaßten Gilih-Osrambirnen bestand, die über ihnen brannten und deren Licht sich in vielen hohen und fein geschliffenen Spiegeln brach. Ein Herr in einem dunkelblauen Anzug hob sie mit gepflegten Händen aus dem Moose und untersuchte sie, jedes einzelne fast. Eine Dame mit funkelnden Brillanten im Ohr sagte:

„Herrlich!"

„Ubertazzi u. Co. liefern stets erstklassig," äußerte der Herr im dunkelblauen Anzug.

Er reichte die Veilchen einigen wohl ondulierten Mädchen, die sie auf ihre Knie legten und mit Geschick zu kleinen und größeren Sträußen zusammendrehten, zu lila Kokarden, die sie mit dem dunklen Grün des Blattwerks einfaßten.

Schriftsteller Bormann wählte einen von den größeren Sträußen.

Am Abend trug ihn Ilka zu einer Toilette von Goldlamé.

Nach dem Theater begab sich Schriftsteller Bormann mit Redakteur Aranek in ein Weinlokal. Während Schriftsteller Bormann und Redakteur Aranek von der Literatur sprachen, sprachen Ilka und Frau Käthe Aranek von den Schauspielern.

„Die Lanti fanden Sie schlecht?" sagte Frau Aranek ohne Falsch. „Aber es heißt doch, sie arbeitet ihre Rollen immer mit Herrn Bormann aus . . ."

Als man aus dem Weinrestaurant trat — Araneks waren noch an der Garderobe beschäftigt —, schluchzte Ilka mit leisem Aufschrei:

„Siehst du, du betrügst mich! Und durch Dritte erfährt man's . . ."

Und warf vor Schriftsteller Bormanns Augen die Veilchen auf die Straße.

Sie verbrachten dort eine furchtbare Nacht. Es fror, und ein eisiger Wind fegte über das Trottoir.

Bis sie, früh zum Geschäft hastend, der Angestellte Richard Sievers fand (Korrespondent in einem Speditionsgeschäft).

„Die schönen Veilchen!" dachte Angestellter Sievers. „Und noch so frisch . . ."

Sie lagen, die Stiele nach oben gekehrt, traurig im Müll.

Angestellter Sievers hob mit kurzem, entschlossenem Griff die Veilchen auf und barg sie — er konnte doch nicht mit Blumen ins Geschäft kommen — unter dem Paletot.

Da er sich mit den Hausmeistersleuten gut stand, bat er sie, die Veilchen bis zum Abend in Verwahrung zu nehmen und in Wasser zu stellen.

Am Abend kam Kläre, zag und blond. Als sie ihrem Verlobten, wie gewöhnlich, das Paket mit den Schnitten einhändigte, die er zwischen Bureau und Kino, Konzert oder, wenn das Monatsbudget es erlaubte, Theater . . . verstohlen auf einer Parkbank verzehrte, reichte er ihr den Strauß üppiger Parmaveilchen.

Sie war wirklich entzückt.

„Aber Richard!" flüsterte sie und wurde so rot, wie nur ein unbemitteltes, siebzehn- bis neunzehnjähriges Mädchen rot werden kann. „Du sollst dir doch keine Ausgaben machen!"

Richard, den dieser liebevolle Vorwurf kränkte, wollte sich verteidigen. Aber wie? Er konnte doch nicht sagen, daß er die Veilchen gefunden hatte ... Wie war er überhaupt auf die verrückte Idee gekommen, Blumen, die andere Leute weggeworfen hatten, Fremde, Unbekannte, Kranke vielleicht, — aufzuheben?!

Richard waren die Veilchen verleidet. Er blieb an jenem Abend schweigsam und zerstreut. Jedesmal, wenn Kläre, von neuem begeistert, den Duft einzog, hätte er ihr den Strauß aus den Händen reißen mögen.

Die Veilchen brachten noch einige Tage in Kläres kleinem Zimmer zu, auf der Kommode, wo sie in einer altmodischen Porzellanvase dritter Auswahl standen, neben einem Körbchen mit Nähzeug und einem Romane von Selma Lagerlöf. Sie erfüllten das Zimmer mit einem schweren und süßen Duft und blühten und träumten.

Bis die leuchtende Kraft ihrer Farben hinstarb, bis sie ihren Duft verloren und welkten, eines nach dem andern.

Eines Morgen hingen sie alle schwarz und tot über den Rand der altmodischen Porzellanvase dritter Auswahl.

Da entfernte sie Kläre. Nicht ohne ein letztes Mal ihren Duft einzusaugen, der nunmehr bitter und ein wenig faulig roch. Zwei, drei der schönsten und immer noch ansehnlichsten nahm sie heraus und legte sie in den Roman von Selma Lagerlöf zum Pressen. Die andern trug sie in die Küche und warf sie in den Aschenkasten.

Noch nicht entehrt genug, kamen sie von hier aus in den finsteren und übelriechenden Orkus der Aschengrube.

Da lagen sie nun schwarz und verdorben bei leeren Konservenbüchsen, Scherben, Draht, alten Zigarrenstummeln. Nichts erinnerte mehr an die Gärten von Parma, die leichte Sonne, den weiten, wolkenlosen Himmel der Lombardei. Nichts als einige ausgezehrte, schimmlige Apfelsinenschalen, die gleichfalls aus Italien stammten.

Manchmal kam eine Ratte gesprungen, wühlte und pfiff.

Manchmal tat sich der Deckel auf, ließ für kurze Zeit einen grauen, kalten Himmel sehen und ein wenig trübes, abgestandenes Tageslicht einfallen. Dann kam neue Asche und neuer Unrat herabgeregnet, der den alten mählich begrub.

Mirag-Vorträge

In der vergangenen Woche sprach Gertrud Hermes in zwei kenntnisvermittelnden Vorträgen über das englische Volksschul- und Volkshochschulwesen. Heinrich Lersch las in der Autorenstunde aus seinem Werk „Mensch im Eisen". Er hatte Szenen aus dem Arbeiterleben von packender Realität ausgewählt, die seiner vorzüglichen Vortragsgabe wegen stark wirkten.

Am Donnerstag wurde aus dem Reichstag die Eröffnungssitzung des „Tag des Buches" übertragen. Eingeleitet wurde sie sie durch Külz. Er übermittelte Grüße des Reichspräsidenten, der es lebhaft bedauere", nicht anwesend sein zu können, im übrigen wünsche er guten Erfolg. Wollte Herr Hindenburg damit andeuten, daß er in der letzten Zeit — nach den Kadettenjahren, — das zweite Buch gelesen hat und stolz auf dieses Ereignis sich jetzt in Sachen „Tag des Buches" zuständig fühlt?

Dann sprach für die Reichsregierung Genosse Severing. Als er vom „guten Buch" sprach, ertönte über alle deutschen Sender sofort der treffende Zwischenruf: „Für das gute Buch ist Herr Külz zuständig!" Das veranlaßte Severing zu der mit brausendem Beifall aufgenommenen Bemerkung, daß es eine „Gruppe Deutscher gebe, die die Unkultur auf ihr Programm geschrieben habe". Aus dem weiteren Inhalt seiner Ausführungen bemerkte man mit Erstaunen, daß damit nicht die Leute um Külz gemeint waren. . .

Während der weiteren Rede Severings ertönten stürmische Rufe wegen des Verbotes von „Giftgas über Berlin". Als der Redner von einem „Boxkampf mit geistigen Waffen" sprach, echote es „mit Gummiknüppel!". Dann meinte Severing, daß das deutsche Volk 1929 auf einem „Kulturstand von beachtenswerter Höhe" stände und nirgends so viele gute Bücher produziert würden als in Deutschland. Zwischenruf: „Auch nirgends so viele verboten!"

Plötzlich hörten die kritischen Randbemerkungen der Zuhörer auf, die Hauspolizei hatte sie anscheinend „im geistigen Boxkampf" entfernt. Als Severing von der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung zur Hebung der Lesemöglichkeit sprach, war der Beifall wesentlich dünner und zurückhaltender als vorher, wo er von dem „Programm der Unkultur" sprach.

Was dann Leo Weißmantel über „Buch und Volk" und der unvermeidliche Eugen Diederichs über „Die Krisis des Buches" von sich gaben, bewies wenig „Kulturstand von beachtenswerter Höhe". Eine Erlösung und Erfrischung bedeuteten dagegen die beiden letzten Redner. Zuerst Walter von Molo über „Den Weg des Schriftstellers in unserer Zeit". Temperamentvoll wandte er sich gegen die Samtjoppen, die über von ihnen selbst geschaffenen Dunstwolken schweben" und für Aktualität des Schriftstellers. Unsere Anna Siemsen endlich schilderte im Rahmen des ihr gestellten Themas in sehr feinen soziologischen Bemerkungen den Beziehungswandel zwischen Buch und Leser. ld.

Bücher über Erziehung

Ein Buch, das unter Berufserziehern eine hohe Geltung hat, und dessen „tiefe Gedanken" (Bernfeld) ihm jetzt bereits die 11. Auflage gesichert haben, ist des bekannten Philosophen-Psychologen Eduard Sprangers „Psychologie des Jugendalters" (Verlag Quelle & Meyer-Leipzig). Es ist ein schönes Buch, sowohl was den Einband als auch, was den Inhalt anlangt. Man kann sich an ihm erbauen; man kann sich am Klang wundervoller Satzkonstruktionen berauschen; nur eines kann man nicht; Psychologie daraus lernen. Man kann die Sprangersche „Psychologie", deren starker Umfang beim naiven Leser die Meinung erweckt, als sei mit der Lektüre ein Kenntniszuwachs verbunden, nicht besser kritisieren, als es Dr. Siegfried Bernfeld in seiner Schrift „Die heutige Psychologie der Pubertät" (Internationaler Psychoanalytischer Verlag) bereits getan hat: „Sie mag der Jugend gefallen, soweit sie nicht Erkenntnisse über sich selbst sucht, sondern Bestätigung, Rausch, Urteil, Schönheit, Religion. Dem Psychologen ist sie langweilig oder Objekt der Deutung." „Wir dürfen — bei aller Bescheidenheit — empfinden und sagen, daß er (Spranger) nicht Wissenschaft, nicht Psychologie betreibt, sondern Seelengemälde malt." Hinzuzufügen wäre höchstens noch, daß der sozialistische Erzieher, der für die Alltagspraxis Ratschläge braucht, sie aus Sprangers Buch, dessen Material an einem Teil der bürgerlichen Jugend gewonnen ist, noch weniger finden kann als der bürgerliche Pädagoge.

Diese sind teilweise sehr gut zu entnehmen aus einem „Leitfaden für Eltern und Lehrer", der als Sammelband einzelner Aufsätze unter dem Titel „Technik der Erziehung" von Sofie Lazarsfeld herausgegeben wurde (Verlag S. Hirzel in Leipzig). Die Verfasserin ist Anhängerin der Adlerschen Individualpsychologie und die einzelnen Aufsätze sind von Individualpsychologen geschrieben. Wenngleich des Referenten Meinung über die wissenschaftliche Fundierung der vorgetragenen Meinung teilweise abweicht, so ist doch festzustellen, daß gerade in der Erziehungspraxis, wo es weniger um letzte wissenschaftliche Klarheit als vielmehr um Hilfe und Anleitung geht, dieses Buch ausgezeichnete Dienste tun kann. Wir sagen „kann"; denn leider ist es ja meist so, daß die Erzieher, denen die Lektüre solcher Bücher am nötigsten täte, überhaupt keine lesen. Wer sie aber liest, hat es meist weniger nötig.

Das dürfte auch für das ausgezeichnete Buch von August Aichhorn „Verwahrloste Jugend" (Internationaler Psychoanalytischer Verlag) gelten. Es ist schon 1925 erschienen, aber gerade gegenwärtig, wo die Debatte um die „Revolte im Erziehungshaus" im Gange ist, wieder hoch aktuell. Aichhorn zeigt an seinen eigenen Erfahrungen als Erziehungsberater und Fürsorgeerzieher, wie überhaupt nur eine tiefenpsychologische Ordnung des Zöglingsmaterials und eine an der Psychoanalyse geschulte Pädagogik und Heilpädagogik mit der „Verwahrlosten Jugend" etwas anfangen und sie wieder sozialeingliedern kann. Er gibt zu, daß das Gros der Fürsorgeerziehungsheime unter neuen Namen die alte Prügelpädagogik weitertreibt; nicht aus Bösartigkeit, sondern weil es für den Erzieher alten Stils einfach keine andere Möglichkeit gibt, sich gegenüber den ihm naturnotwendig feindlichen Zöglingen zu wehren, als durch Gewalt. Nur hat das mit Erziehung nichts zu tun. Unsere Berliner Genossen, die sich so sehr gegen Lampel ereiferten, sollten Aichhorns Buch einmal lesen. Guter Wille und ein warmes Herz allein tut's freilich nicht. Solange das Erziehungssystem im wesentlichen das alte bleibt, können auch sozialistische Leiter kein Jugendparadies aus einer Jugendhölle schaffen — wie die Anfang März wiederum ausgebrochene Revolte in Lindenhof beweist.

Ueber die sächsischen Verhältnisse hat Genosse Dr. Freund eine kleine Broschüre erscheinen lassen „Zur Organisation der Schwererziehbarenfürsorge im Freistaat Sachsen" (Verlag Kaden & Komp., Dresden). Freund stellt die gegenwärtige Lage dar und macht praktisch beachtliche Vorschläge der Reorganisation; er fordert psychologische und heilpädagogische Differenzierung der „Fälle" und Erziehungsberatungsstellen.

Ein anderes Teilgebiet behandelt das Buch von Adolf Koch „Nacktheit, Körperkultur und Erziehung" (Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig). Koch zeigt vor allem die Arbeit, die in seinen „Privaten heilpädagogischen Körperkulturschulen" geleistet wird. 79 zum Teil sehr schöne Aufnahmen nackter Körper sind dem Texte beigegeben. Auch die sehr schöne Zeitschrift „Körperbildung — Nacktkultur" mit dem Untertitel „Blätter freier Menschen" (Verlag Oldenburg) dient dem gleichen Zweck, Bresche in die verheerende bürgerliche Sexualmoral zu schlagen und Wege zu einer neuen der werdenden sozialistischen Gesellschaft aufzuzeigen.

Die „Erziehungsprobleme der Gegenwart" (Albert Langen-Verlag, München) wollen sein und sind „Ein Pädagogisches Lesebuch". Sie geben einen Querschnitt durch die wichtigste Erziehungsliteratur des 20. Jahrhunderts. Neben Kawerau, Kerschensteiner und Montessori finden wir Aufsätze von dem stockreaktionären Lindworsky und von Oswald Spengler. Als charakteristische Auswahl ist dies — übrigens mit 3 Mark sehr wohlfeile — Büchlein gut gelungen und bietet eine interessante Schau der pädagogischen Strömungen der Gegenwart. R. L—n.

Neues Theater. Fritz Krauß von den Staatsopern München-Berlin gastiert am 1. Osterfeiertag als Manrico im „Troubadour".

Kleine Chronik

Plauderei über neues Bauen. Vor den Schillervereinlern sprach oder besser plauderte Max Deri über das in letzter Zeit häufig zur Diskussion stehende Thema: Neues Bauen. Die temperamentvollen Ausführungen, die geistreich und witzig die ganze Baugeschichte Europas darstellten, die knapp aber überzeugend die historischen und ökonomischen Bedingtheiten aller baulichen Gestaltung, aller künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten aufzeigten, waren von einem umfänglichen, sehr instruktiven Lichtbildermaterial unterstützt. Besonders eindringlich zeigte Deri die Bauverwilderung des neunzehnten Jahrhunderts, jene „Musterbucharchitektur", die nur durch den Diebstahl an andern Stilen, durch sinnlose Kopisterei zu existieren wußte, und uns jene Architekturmonstren brachte, die heute noch das Ansehen der Städte verschandeln. In Leipzig brauchen wir uns nur die auf Postkarten als repräsentative Architekturen abgebildeten Sehenswürdigkeiten zu vergegenwärtigen, um gleich eine Musterkollektion solcher Architekturfreveleien vor Augen zu haben, das Volkshaus nicht ausgenommen. Sehr amüsant zeigte dann Deri, wie der heute von uns allen verlachte Jugendstil von 1900 der erste Sauerteig zur neuen Baubewegung gewesen ist, welchen Einfluß die Olbrich und van de Velde mit ihren ersten rein individualistischen Architekturen ausgeübt haben, wie ihre anregenden Ideen, schließlich von der individualistischen Einengung befreit, den Boden für die von einer kollektivistischen Gesinnung getragene Baukunst bereitet haben. Deri kritisierte dann noch sehr geistreich einige moderne Zeitphrasen. So wies er nach, daß der heute allzuleichtfertig gebrauchte Satz, daß das Technisch-Richtige auch gleichzeitig das Absolut-Schöne sei, durchaus nicht richtig sei, daß die Technik durchaus nicht die Kunst abzulösen imstande ist, wie wir heute von so manchem modernistischen Propheten, der zur Kunst keine Beziehung hat, hören oder gedruckt lesen können. M. S.

Die lustigen Weiber von Windsor. Die Leipziger Aufführung übertrifft viele anderen durch die Natürlichkeit der Sprechszenen. Man versucht, die Szenen auszuspielen und tönt nicht nur in den Raum. Hoffentlich bleibt uns diese Kultivierung des Dialogs in Leipzig erhalten; sie macht uns manche Oper erst genießbar. Gerade Nicolais Oper (deren beste er von den Italienern gelernt hat, ohne freilich die stilistische Rundheit und Sicherheit etwa des „Don Pasquale" zu erreichen) leidet ein wenig und im letzten Bild sogar sehr viel an ihrem allzu reichlichen Sprechdialog und der dadurch bewirkten Aufteilung der Musik. Man sieht im Neuen Theater ein hübsches erstes Bühnenbild, das dann keine gleich originellen Nachfolger findet. Albert Conrad leitet solide, doch ohne Eindringlichkeit. Osterkamp ist mit seines Basses Grundgewalt doch kein echter Falstaff, sein Humor ist nicht feucht genug. Herr Fluth ist eine typische Horand-Rolle, sehr lustig sind Holländer und Hauschild, vorteilhaft im Lyrischen zeigte sich Hans Fleischer. Zuverlässig wie immer Saltzmann, Kläre Schultheß spielt jetzt das meiste auf Kammerkätzchen, sehr angenehm der Gesang von Frau Wentscher. Wohltuend, wie sicher jederzeit vom ersten Ton an die Stimme von Ilse Kögel sitzt. Mit dem letzten Bild weiß auch diese Aufführung wenig anzufangen; es wirkt bei weitem nicht so fröhlich, wie es sein soll, es ist schon bei Shakespeare matt, fast eine Revueszene. Und nun möchte der Nicolai, mit aller Achtung vor seiner Liebenswürdigkeit sei's geschrieben, allmählich für eine Weile vom Spielplan verschwinden, damit wir endlich Platz bekommen für Verdis Falstaff. H. W.

Leonhard Franks „Ursache", des Dichters zweite nachträglich dramatisierte Novelle, die im Gegensatz zu „Karl und Anna" noch aus der Vorkriegszeit stammt, hatte in Berlin einen starken Presse- und Publikums-Erfolg. Das ist sehr erfreulich. Denn dieses bei aller Zartheit und Empfindsamkeit fast unerträglich wuchtige Tendenzstück gegen die Todesstrafe, gegen die Prügel-Pädagogik, gegen den Justiz-Stumpfsinn, hat seine Meriten, und es soll dem tapferen Leonhard Frank nicht vergessen sein, daß er über der Tatsache, daß er ein arrivierter, angesehener Dichter ist und schätzungsweise für sich privatim die soziale Frage gelöst hat, nicht die Nöte der andern vergißt, wie so mancher Olympier. Und die Nöte, die Frank hier zeichnet und zu eindringlicher Anklage gestaltet, sind wahrhaft profunde. Wir wissen das ja schon, daß die Prügel, die körperliche, seelische und geistige Zurücksetzung des proletarischen Kindes sich böse auswirkt bis ins Mannes- und Greisenalter und bis ins dritte und vierte Glied. Aber es muß immer wieder und immer aufs neue gesagt und gestaltet werden. Es: die Ursache. Weil das Kind ein Nußknacker von Prügelpädagoge, ein sadistischer Schulfeldwebel roh und unmenschlich behandelt hat, hat der Mann einen Mord begangen, einen Totschlag an eben jenem Schulmeister. Weil das Proletarierkind um seiner Armut willen verachtet wurde, in seinem Selbstbewußtsein geknickt, erlitt der Jüngling und Mann Schiffbruch im Daseinskampf. Weil er ein armer, ehrlicher Hund war, verkam er. Die Kinder der Behüteten bekommen Vorgabe im Daseinskampf. Und gesunde Knochen auf den Lebensweg. Das Stück Franks malt die verzweifelte Auseinandersetzung eines so benachteiligten Proletariers mit dem Klassenkampf-Trainer und -Richter, der Kindheit mit dem bürgerlichen Pädagogen. Als schrecklichen Epilog hängt er noch ein Stück an: die Bestrafung des Rächers durch die andern Schiedsrichter im Klassenkampf, durch die bürgerliche Justiz. Dieser Epilog wird Frank aber unter der Hand zu einem neuen Stück mit neuem Ziel: hier will er die Grauen des legalisierten Mordes, der Todesstrafe zeigen. Und er zeigt sie, unerbittlich, konsequent, bis zum bitteren Ende, mit dem Irrsinn der letzten halben Stunde, mit dem Scheren des Nackens, mit den tierischen Schreien des Opfers, das von den Henkern aus der Zelle geschleift wird.

Ein junger Regisseur Reinhardts, Hans Deppe, hat das naturalistisch gefeilte, geistig zugespitzte Drama mit behutsamen Fingern inszeniert; im letzten, dem Todesakt, ließ er nicht zum Schaden der Wirkung, Ernst Deutschs erschreckend echte Darstellung eines pathologischen Zustandes die Zügel schießen. H. E.

Die Gastspiele der Bühnengenossenschaft, Spielgruppe Dresden (Erwerbslosenfürsorge) sind von dem Arbeitsamt Leipzig aufgefordert worden, Mittwoch, den 27. März, 19 Uhr, in den Concordiasälen, Gohlliser Straße 30, eine Vorstellung zu geben. Zur Aufführung gelangt „Hokuspokus" von Kurt Goetz, ein Stück, mit dem jetzt eine Tournee durch eine Anzahl sächsischer Städte gemacht wurde.

An den Bischof von Mailand gelangten an einem Tage zwei Briefe von Geistlichen seines Kirchensprengels. Der eine Geistliche bat um die Erlaubnis, eine Perücke tragen zu dürfen, weil er seinen Kahlkopf wegen anhaltender Neuralgien nicht länger der bösen Zugluft aussetzen wolle und könne. Der ander Geistliche bat um die Erlaubnis, sich eine Köchin halten zu dürfen. Der hochwürdige Herr beschloß, beide Bittsteller zufriedenzustellen, jedoch nur unter gewissen Einschränkungen. Die Briefe wurden geschrieben, abgesandt und kamen auch bei den Adressaten richtig an. Leider hatte der Sekretär des Bischofs die Briefe verwechselt und in falsche Umschläge gesteckt. So bekam der Geistliche, der um die Erlaubnis gebeten hatte, eine Perücke tragen zu dürfen, den Bescheid: „Sie können sich eine halten, aber sie muß mindestens 40 Jahre alt sein." Sein Amtsbruder jedoch, der sich eine Köchin halten wollte, las in seinem Antwortschreiben: „Legen Sie sich ruhig eine zu; aber sie muß schwarz sein!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Erstes Vogellied

Lange haben wir es entbehrt, das Lied unserer gefiederten Sänger. Wir waren schon froh, wenn aus den Wipfeln der Nadelbäume ein helles, feines Piepen ertönte, und wenn dann sich das winzige Goldhähnchen zeigte. Aber das war auch fast alles.

Doch nun, wo die Sonne wieder wärmer zu scheinen beginnt, da erschallen die ersten Lieder des kommenden Frühlings. Noch sind oft am Morgen die Wasserpfützen auf den Wegen gefroren, noch liegt wohl nach kühler Nacht in der Frühe Reif auf Dächern, Gartenhäusern und den Zweigen der Hecken. Aber wenn die Sonne emporkommt und ein wenig Wärme und Schönheit ausbreitet auf die kahlen Flächen der Felder und auf die Menschen, die an ihre Arbeit eilen, dann steigen die ersten Lerchen auf in den Luftraum und singen jubilierend ihre Lieder. Sangeslustig sind sie, wie kaum ein anderer Vogel; unermüdlich trillernd bis in den späten Nachmittag hinein. Und wenn am Morgen Nebel die Luft verschleiert, so sieht man sie nicht, aber man hört sie doch.

Dazwischen piepen und locken die Meisen. Alles freut sich der Sonne, die den Schnee zurückdrängt und wieder Nahrung finden läßt. Frühmorgens scheint die Goldammer oft noch traurig und steif von der Kälte zu sein. Sie mag noch nicht den Wanderer begleiten, wie sie es sonst so gerne tut. Doch am Tage tönt immer wieder ihr ein wenig heiser klingender Ruf.

Dann aber ist es noch ein Sänger, der es sich nicht nehmen läßt, immer und immer wieder das Nahen des Frühlings zu künden: der Buchfink schmettert aus den kahlen Bäumen seine Strophen herab. Selbst, wo in der Großstadt irgendwo ein paar Bäume stehen, ist er jetzt tagtäglich zu hören, vom frühen Morgen an, wenn nur ein wenig Sonnenschein auf Giebeln und Dächern liegt.

Auch im Walde tönt fort und fort sein Schlagen. Hier ist es anfangs noch stiller als auf den großen, freien Aeckern. Auch die blattlos stehenden Bäume geben noch Schatten, und die Schneereste halten sich hier länger als anderswo. Laut hallen die Axtschläge der Forstarbeiter. Aber von Tag zu Tag kommt nun mehr Leben in den Wald hinein. Bald ist hier, bald dort ein Piepen und Zirpen. Dicht am Boden lockt die Amsel. Ueber den Wipfeln ab und zu noch ein Garren der Krähen. Und plötzlich hat sich eines Tages die Singdrossel eingestellt, und nun beginnt erst richtig das Schmettern und Singen im Walde. —

Noch ist kaum frisches Grün zu finden. Fahl ist die Saat, gelblich-bleich das Gras der Wiesen, Wasserlachen von der Schneeschmelze stehen noch hier und dort. Aber wenn die Vögel wieder singen, kommt neuer Mut in die Seele des Menschen. Gering und unaufdringlich beginnt das Konzert in Feld und Wald. Und doch sind es diese wenigen Töne, die uns neue Hoffnung geben, Hoffnung auf Frühling und Sonne; Hoffnung, die dem Proleten erst recht das Herz ergreift. Denn unter den Schrecken des Winters leidet sonst niemand unter den Menschen wie er. H. B.

Warum eine neue Straßenbahnvorlage?

Wir haben schon am Sonnabend kurz mitgeteilt, daß der Rat nochmals versucht, die Tariferhöhung ohne Inanspruchnahme der Gemeindekammer durchzubringen. Der am Sonnabend der Presse zugeleiteten kurzen Angabe der Tarifsätze hat der Rat jetzt eine Begründung folgen lassen. Die neue Vorlage unterscheidet sich von den bisherigen dadurch, daß sie außer der bisher üblichen Wochenkarte noch zwei weitere Wochenkartenarten eingeführt wissen will: eine für Angestellte, eine für jedermann.

Warum? Arbeiterwochenkarten sind von der Beförderungssteuer befreit, wenn die Beförderung zu ermäßigten Preisen erfolgt. Nach Entscheidungen des Reichsfinanzhofes gelten als steuerfreie Arbeiterwochenkarten nur die an Handarbeiter, nicht die an Kopfarbeiter, Angestellte usw. verabfolgten. Karten für Angestellte, Maschinenschreiberinnen, Stenotypistinnen usw. erhalten diese Vergünstigungen nicht. Der Rat will, da auch die Arbeiterwochenkarten nur dann steuerfrei bleiben, wenn durch besondere Karten Vorkehrungen gegen Mißbrauch getroffen sind, nunmehr Angestellten-Wochenkarten herausgeben, die 5 Pfennig teurer sind, als die Arbeiterwochenkarten, also 1,95 Mark kosten. Für diese Karten ist denn auch fernerhin die Verkehrssteuer, die 12 Pf. pro Karte beträgt, zu zahlen. Bisher mußten sämtliche Arbeiterwochenkarten versteuert werden, da sie nicht nur an Arbeiter im Sinne der vorgenannten Finanzhofsentscheidung, sondern auch an Angestellte und andere Interessenten verausgabt wurden. Die neuzuschaffende Angestelltenkarte sollen nur Angestellte beziehen, deren Gehalt nicht über 350 Mark im Monat beträgt. Damit will der Rat nicht gesagt haben, daß nicht auch die anderen, die bisher auf Wochenkarten fuhren, sie fernerhin nicht bekommen sollen. Auch für sie soll eine geschaffen werden. Aber sie sollen 2,10 Mark dafür zahlen. Der Rat erklärt, künftig eine strenge Kontrolle gegen Mißbrauch der Arbeiter- und der Angestelltenwochenkarte durchführen lassen zu wollen. Die Jedermannkarte soll jedoch ohne jeden Einkommensnachweis ausgehändigt werden.

Zu bewundern ist das ewig zarte Entgegenkommen des Rates gegenüber den Bürgerlichen. Er möchte sich und den seinigen die Blamage eines Gemeindekammerentscheids ersparen. Deshalb übt er sich unausgesetzt in der Technik des goldenen Brückenbaues. Sonst war er schon wegen viel geringerer Objekte viel schneller bei der Hand mit der Anrufung der Gemeindekammer. Hier ist er leichten Herzens bereit, seinen lieben politischen Brüdern zuliebe 500 000 Mark von der errechneten Mehreinnahme fahren zu lassen, obwohl er Stein und Bein jammerte, daß 4 Millionen mehr das mindeste mehr Erforderlich sei. Soweit wie Sachse und Schmidt, die die Wochenkarten generell auf 2,10 Mark festsetzen wollten, geht der Rat allerdings nicht. Er scheint sich aber vergewissert zu haben, daß die Rechte ihren Widerspruch gegen die Arbeiterwochenkarte für 1,90 Mark aufgeben will.

Seines Lotteriegewinns beraubt

Mit seinem Lotteriegewinn, etwas über 400 Mark, in der Tasche begab sich am Freitagabend ein 51 Jahre alter Arbeiter aus Lindenau nach der inneren Stadt, um den glücklichen Tag zu feiern. In einer Gastwirtschaft in der Webergasse beging er beim Bezahlen seiner Zeche die Unvorsichtigkeit, das Geld öffentlich sehen zu lassen. Dies wurde ihm zum Verhängnis. Als der Mann die Schankstätte verließ, folgten ihm zwei unbekannte Gäste. Nicht weit von der Gastwirtschaft wurde er von der hinterhersehenden und nichts Gutes ahnenden Wirtin auf der Straße liegend vorgefunden. Auf ihm kniete einer der zwei Unbekannten, die dann die Flucht ergriffen. Dem Ueberfallenen ist das Geld geraubt worden. Der eine der Täter kann nicht beschrieben werden. Der andere ist 35 bis 40 Jahre alt, 1,73 bis 1,78 Meter groß, schlank, hat zwei Narben an einer Wange und trug hellen Mantel. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet das Kriminalamt.

Sparkassenguthaben und Aufwertung

G. A. M. Die Aufwertung von Sparkassenguthaben ist im Gesetze: „Die Aufwertung von Hypotheken und andern Ansprüchen" geregelt. Dieses Reichsgesetz bestimmt, daß Sparkassen ihre Gläubiger aus einer sogenannten Teilungsmasse zu befriedigen haben, die aus den aufgewerteten Sparkassenvermögen und etwa sonstigen Vermögen der Sparkasse oder deren Garanten, zu bilden ist. Die Teilungsmasse steht jedoch nicht restlos zur Aufwertung der Sparkassenguthaben zur Verfügung, sondern es müssen daraus gleichzeitig alle mit der Aufwertung zusammenhängenden Verwaltungsarbeiten gedeckt werden. Das Gesetz bestimmt auch, daß Gläubiger, also Sparguthaben-Inhaber bereits ausgezahlte Guthaben aufgewertet erhalten, wenn sie sich ihre Rechte auf die Aufwertung vorbehalten haben. — Diese Bestimmung klingt besonders sozial, — ist sie aber in Wirklichkeit nicht. Denn, — so kaufmännisch eingestellt und juristisch beschlagen sind im allgemeinen die Sparer wohl nicht gewesen, daß sie sich Aufwertungsrechte und Ansprüche ausdrücklich vorbehalten haben.

Der § 58, Absatz 3 besagt: „Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen werden ermächtigt, anzuordnen, daß Einzahlungen und Auszahlungen, die nach bestimmtem Stichtag erfolgt sind, bei der Aufwertung unberücksichtigt bleiben; die Stichtage dürfen jedoch nicht vor dem 15. 6. 1922 liegen."

Zu dem Reichsgesetz hat die Landesbehörde (Ministerium des Innern) Durchführungsverordnungen herausgegeben. In dieser Durchführungsverordnung wird für den Freistaat Sachsen bestimmt, daß der Aufwertungssatz mindestens 12½ v. H. des Goldmarkbetrags ausmachen muß. Sparkassengemeinden und Sparkassenverbände sollen sich bemühen, sofern deren finanzielle Leistungsfähigkeit dies zuläßt, ihren Sparkassen soviel Mittel zur Verfügung zu stellen, daß vom Goldmarkbetrage des Sparguthabens mindestens 25 v. H. aufgewertet werden kann.

Der Stichtag und die Bestimmung der 12½prozentigen Aufwertung sind die beiden Punkte, die die Massen der Sparer in allererster Linie angehen und interessieren werden. — Was hat es auf sich mit dem Stichtage? Der Stichtag ist laut Gesetz der 15. 6. 1922. Die Durchführungsverordnung der sächsischen Regierung vom 30. 7. 1927 sagt hierzu im § 4 folgendes: **„Auszahlungen, die vor dem 15. 6. 1922 erfolgt sind, ohne daß sich der Gläubiger bei der Annahme der Leistung sein Recht vorbehalten hat, werden der Nennbetrag auf den Nennbetrag angerechnet. Im übrigen werden Ein- und Auszahlungen nach dem Goldmarkbetrag am Tage der Ein- und Auszahlung berechnet."**

Nachstehend versuchen wir an zwei Beispielen die Ungerechtigkeit des Aufwertungssystems und der raffiniert aufgemachten Errechnungsmethode, genannt „Wilhelmshavener System", klarzumachen. — Nehmen wir beispielsweise an, daß der Sparer „A" 1916 sich bei der Sparkasse X ein Sparkassenkonto eröffnen ließ und darauf Beträge einzahlte, die bis zum 31. Dezember 1917 3000 Mark ausmachten, so wird diesem Sparer der Betrag in Höhe von 3000 Mark per 1. 1. 1918 auf ein Staffelkonto als Bestand vorgetragen. Die Einzahlungen, die vor dem 1. 1. 1918 liegen, gelten als Goldmarkeinzahlung. Der Sparer „A" spart weiter und zahlte am 1. 9. 1920 500 Mark, am 1. 6. 1921 500 Mark und am 1. 4. 1922 2000 Mark auf sein Sparkonto ein. Sein Guthaben betrug nunmehr 6000 Mark. Am 1. 6. 1922 benötigte er 5800 Mark, aus irgendeinem Grunde. Er hebt sie also von seinem Sparguthaben ab, so daß darauf noch 200 Mark Bestand verbleiben. Da dieser Sparer fast sein ganzes Guthaben bis auf 200 Mark vor dem sogenannten, im Gesetz vorgesehenen Stichtag abgehoben hat, also vor dem 15. 6. 1922, bekommt er nur die restlichen 200 Mark zum Umrechnungswert per 1. 1. 1918 aufgewertet. Diese 200 Mark gelten als 200 Goldmark. Hiervon erhält der Sparer „A" den gesetzlich vorgesehenen zur Zeit gültigen Mindestsatz von 12½ Proz. auf seinem Sparkonto gutgeschrieben. 12½ Prozent von 200 Goldmark sind 25 Reichsmark.

Das Staffelkonto des Sparers „A" bei der Sparkasse, aufgewertet nach dem gebräuchlichen „Wilhelmshavener System", würde folgendes Bild haben:

Beispiel A.

Datum	Ein.	Rückz.	Bestand	Wilhelmsh. Staffel	Goldmark
1. 1. 18	—	—	3000.—	200.—	200.—
1. 9. 20	500.—	—	3500.—		
1. 6. 21	500.—	—	4000.—		
1. 4. 22	2000.—	—	6000.—		
1. 6. 22	—	5800.—	200.—		

Von dem ausgeworfenen Goldmarkbetrage in Höhe von 200 Mark werden zur Zeit 12½ v. H. aufgewertet = 25 Mark.

Nehmen wir an, daß ein Sparer „B" die gleichen Einzahlungen geleistet hätte wie der Sparer „A", den Betrag von 5800 Mark aber erst nach dem Stichtage, und zwar am 20. 6. 1922 abgehoben hätte, dann würden diesem Sparer „B" die einzelnen Einzahlungsbeträge nach dem am Einzahlungstermin gültigen Umrechnungswert angerechnet werden, während das beim Sparer „A" nicht geschah. Hier klaffen die Mängel des Errechnungssystems. Das Staffelkonto der Sparkasse wird im Falle des Sparers „B" in zwei Teile geteilt, und zwar läuft der eine Teil bis zum Stichtag, also bis zum 15. 6. 1922, und der andere Teil vom Stichtage bis zum Auszahlungstermine der 5800 Mark. Das Bild dieses Staffelkontos würde wie folgt aussehen:

Beispiel B.

Datum	Ein.	Rückz.	Bestand	Wilhelmsh. Staffel	Goldmark
1. 1. 18			3000.—	3000.—	3000.—
1. 9. 20	500.—	—	3500.—	500.—	41.20
1. 6. 21	500.—	—	4000.—	500.—	34.40
1. 4. 22	2000.—	—	6000.—	2000.—	28.60
				6000.—	3104.20
		II. Teil			
20. 6. 22		5800.—	200.—	5800.—	79.46
					3024.74

Von dem ausgeworfenen Goldmarkbetrage in Höhe von 3024,74 Mark werden zur Zeit 12½ v. H. aufgewertet = 378,09 Mark.

Durch die beiden gegenübergestellten Beispiele, die sich nur unterscheiden im Tage der Abhebung, wird offensichtlich, welch große Härte in diesem Stichtage und besonders in der Staffelung nach dem sogenannten „Wilhelmshavener System" liegt. Während der Sparer „A" im ersten Beispiel nur 25 Mark gutgeschrieben erhält, erhält im zweiten Beispiel der Sparer „B" deshalb, weil er sein Geld nach dem Stichtage abgehoben hat, 378,09 Mark. —

Tatsache ist also, daß alle die Sparer, die ihr Guthaben restlos vor dem Stichtage — dem 15. 6. 1922 — abgehoben haben, und sei es nur einen einzigen Tag früher, nichts aufgewertet erhalten. Diejenigen Sparer, die, wie im Beispiel des Sparers „A" einen Teil des Guthabens abgehoben haben, erhalten das am Abhebungstage vorhandene Restguthaben nach dem Stande vom 1. Januar 1918, also Nennbetrag gleich Goldmarkbetrag mit 12½ v. H. aufgewertet. Der abgehobene Betrag bleibt bei der Aufwertung unberücksichtigt. Für den Sparer „B" wirkt sich das Errechnungssystem günstiger aus. Dieser erhält, wie das Beispiel zeigt, jeden Einzahlungsposten mit dem für den Einzahlungstag gültigen Umrechnungswert gutgeschrieben. Die einzelnen Goldmarkgutschriften werden bis zum Stichtage aufaddiert. Der nach dem Stichtage (15. 6. 1922) liegende Auszahlungsposten (5800 Mark) wird in Goldmark umgerechnet und von der Gesamtsumme des Goldmarkbetrags abgezogen. Die verbleibende Restsumme wird sodann mit 12½ v. H. aufgewertet.

Warum im Beispiel „A", also dann, wenn Rückzahlungen vor dem Stichtage erfolgten, die einzelnen Einzahlungen unberücksichtigt bleiben, im andern Falle, also dann, wenn die Auszahlungen nach dem Stichtage liegen, berücksichtigt werden, bleibt das Geheimnis der Anwender des „Wilhelmshavener Systems".

Neue Unregelmäßigkeiten auf dem Schlachthof

Herr Stadtrat Nitzsche ist Dezernent.

Der Leipziger Schlachthof, an dessen Spitze der bürgerliche Stadtrat Nitzsche steht, scheint sich zu einem Schmerzenskind der städtischen Verwaltung zu entwickeln. Kaum sind dort die Riesenschiebungen einiger Großfleischermeister, die im Einvernehmen mit Beamten handelten, aufgedeckt, da kommt schon wieder die Nachricht von neuen Verhaftungen von Schlachthofpersonal. Diesmal handelt es sich um die Fleischverteilungsstelle für Minderbemittelte auf dem Leipziger Schlachthof, wo einige gewissenlose Angestellte es fertiggebracht haben, zeit langer Zeit große Mengen Fleischwaren zu entwenden und im eignen Interesse zu verwenden. Bis jetzt sind acht Personen festgenommen worden, und zwar ein Fleischermeister L., die Fleischer P. und W., der erwerbslose Metallarbeiter G. und vier Verkäuferinnen der Fleischverteilungsstelle. Alle acht Personen wurden am Sonnabend nach Schluß der Verteilung verhaftet.

Es war bereits schon seit langer Zeit allgemein bekannt, daß es bei der Fleischverteilungsstelle für Minderbemittelte nicht mit rechten Dingen zugehen sollte. Die Käufer beklagten sich wiederholt, daß sie anstatt vollwertiges Fleisch, minderwertige Ware mit viel Knochen erhielten. Auch der Verwaltung war zur Kenntnis gekommen, daß die Verteilungsstelle ständig mit großem Manko abschloß. Anfragen beim Leiter der Verteilungsstelle wurden stets mit Verlusten beim Einwiegen, Schwund usw. entschuldigt. Nie ist die Verwaltung mit Untersuchungen der Sache auf den Grund gegangen.

Als nun in letzter Zeit, wegen angeblicher Diebstähle bei der Verteilungsstelle, Anzeige beim Kriminalamt erstattet wurde, beauftragte man einige Beamte mit der Ueberwachung der Verteilungsstelle. Schon nach kurzem konnten die Beamten feststellen, daß erhebliche Diebstähle bei der Verteilungsstelle vorkamen. Damit die Verdächtigen keine Möglichkeit hatten, sich untereinander zu verständigen, wurde am Sonnabendnachmittag eine größere Aktion veranstaltet und acht Personen zu gleicher Zeit verhaftet. Alle Verdächtigen wurden in Polizeigewahrsam genommen und am Sonntag einem eingehenden Verhör unterzogen. Dabei wurde festgestellt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Beschuldigten nicht gemeinschaftlich gehandelt haben, vielmehr hat jeder auf eigne Hand gestohlen und die Waren teils für sich verbraucht, teils weiter verkauft. Ein Verhafteter hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt, ein anderer gestand teilweise Diebstähle ein. Die andern sechs Verhafteten leugnen noch immer, an den Diebstählen beteiligt zu sein. Am heutigen Montag wurden alle acht Verdächtigen der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Nach den Feststellungen der Polizei ist es durchaus möglich, daß die Diebstähle bereits schon jahrelang vorgekommen sind und daß dadurch ganz erhebliche Mengen Fleisch- und Wurstwaren verschwunden sind.

So bedauerlich diese Unregelmäßigkeiten bei der Fleischverteilungsstelle für Minderbemittelte sind, so trägt daran nicht die wenigste Schuld die zuständige Verwaltungsstelle, der die Fehlgewichte der Fleisch- und Wurstwaren schon lange Zeit bekannt waren und die dafür nicht eine ausreichende Erklärung finden konnte, trotzdem aus den Kreisen der Käufer, meist Kriegsbeschädigte, Rentner, Fürsorgeempfänger und Erwerbslose, wiederholt Klagen über minderwertiges Fleisch eingingen. Außerdem standen die Fleischeinbußen bei der Verwaltung des Schlachthofes öfters zur Debatte, die allerdings niemals zu einem Ergebnis führten. Wenn derartige Verluste, wie sie die bürgerliche Presse angibt, tatsächlich bestanden, weshalb ist dann nicht schon viel früher von der Verwaltung eine eingehende Untersuchung angeordnet worden?

Folgenschwerer Autounfall

Eine Tote, zwei Verletzte.

Auf der von Leipzig nach Borna führenden Staatsstraße ereignete sich am Sonnabend in den späten Nachmittagsstunden ein schwerer Autounfall, bei dem eine Frau das Leben einbüßte, während zwei weitere Personen mit Verletzungen davonkamen.

Nachfolgende Einzelheiten wurden uns zu dem folgenschweren Unfall bekannt:

Auf Leipziger Gebiet, kurz vor der Landesheilanstalt Döben, fuhr der von einer in Leipzig wohnhaften Frau Wehler gesteuerte Kraftwagen in Richtung Borna. Auf den Notsitzen des Wagens hatte der Kraftwagenführer Schubert und eine Frau Schauer Platz genommen. Auf der gleichen Seite der Bornaer Staatsstraße fuhr vor dem von der Frau Wehler gesteuerten Wagen ebenfalls ein Auto in Richtung Borna. Plötzlich schickte sich Frau Wehler an, das vor ihr fahrende Auto zu überholen, wurde aber bei diesem Beginnen gewahr, daß auf der anderen Seite der Straße ein Auto in Richtung Leipzig heransauste. In dieser Situation steuerte Frau Wehler ihren Wagen scharf rechts, fuhr in voller Fahrt gegen einen größeren Straßenbaum, der entwurzelt wurde. Schließlich stürzte der Wagen in einen metertiefen Chausseegraben, kippte dabei um und begrub die Insassen unter sich. Vorüberfahrende Automobilisten leisteten den Verunglückten erste Hilfe. Frau Schauer war sofort tot; Frau Wehler und Herr Schubert, die an verschiedenen Körperteilen verletzt waren, wurden mit dem Rettungsauto in ein Leipziger Krankenhaus übergeführt.

Vom Leipziger Bauverein

Der Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Leipzig hat soeben seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1928 herausgegeben. Die Neubautätigkeit wurde gefördert, soweit Mittel zur Verfügung standen. Es sind in der Waiterbergstraße (Anger) 8 Häuser mit 54 Wohnungen, in der Walbaur- und Kunzmannstraße (Schönefeld) 9 Häuser mit 76 Wohnungen und in der Dölitzer Straße (Connewitz) 7 Häuser mit 54 Wohnungen erstellt worden; der Bau weiterer 4 Häuser in der Dölitzer Straße wurde noch vor Jahresschluß in Angriff genommen. Mit Rücksicht auf die relativ geringen Zuweisungen des Rates aus der Mietzinssteuer sah sich die Verwaltung der Genossenschaft auch außerhalb des Stadtgebiets nach geeignetem Baugelände um und errichtete zunächst in der Querstraße von Knautkleeberg 3 Häuser mit 18 Wohnungen. Insgesamt konnten im Jahre 1928 148 Mitglieder mit eignen Wohnungen bedacht werden.

Für das Jahr 1929 ist die Fertigstellung von 289 Wohnungen in Gohlis, Möckern, Stötteritz und Connewitz vorgesehen. Um auch im Westen der Stadt eine größere Anzahl von Wohnungen er-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

West- und äußerer Westbezirk. Mittwoch, 27. März, 20 Uhr, im Restaurant „Zwei Linden", Karl-Heine-Straße, sehr wichtige Funktionärsitzung. Zutritt nur gegen neue Funktionärkarte.

Osten. Die für Dienstag angesetzte Funktionärversammlung fällt, da sie sich erledigt hat, aus.

Alt-Leipzig. Dienstag, den 26. März, Gesamtfunktionärsitzung im Volkshaus, Zimmer 8. Wichtige Mitteilungen.

Frauen.

Stötteritz. Dienstag, 26. März, 20 Uhr, im Brauereigarten, Vortrag der Genossin Unger über: Hausfrauenfragen.

Lößnig. Montag, 25. März, 20 Uhr, im Kinderheim, Lese- und Liederabend.

Thonberg-Neureudnitz. Dienstag, 26. März, 20 Uhr, im Himmelreich, Vortrag der Genossin Thiel „Einführung in die Parlamentsarbeit".

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Groß-Leipzig. Helfer. Fortsetzung des Kursus Wandern nicht Mittwoch sondern Freitag, den 29. März, 9 Uhr.

Aeußerer Ostbezirk. Montag, 20 Uhr, Helfersitzung bei Genossen Kauers, Wurzner Straße 142, II.

Stünz. Gruppen Weise und Wittig Mittwoch 6 Uhr vor der Schule.

Gohlis. Unsere Helferversammlung beginnt morgen Dienstag ausnahmsweise pünktlich 19,45 Uhr.

Mitglieder-Veranstaltungen

Zwenkau. Mittwoch, 27. März, 20 Uhr, in der Sommerlust, Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Weihrauch über: Kranken- und Invalidenversicherung. 2. Stadtverordnetenwahl. 3. Verschiedenes.

---

richten zu können, wurden in Leutzsch an der Teichstraße 18 560 Quadratmeter Gelände erworben, auf denen etwa 30 Grundstücke aufgeführt werden sollen. Stark gehemmt wird leider alle Neubautätigkeit durch den außerordentlich hohen Baukosten-Index, der sich zur Zeit zwischen 175 udn 180 Prozent der Friedenspreise bewegt, wahrscheinlich aber weiter steigen wird. Außerdem ist das Reparatur-Konto mit rund 220 000 Mk. zu hoch; sparsamstes Wirtschaften ist daher das wichtigste Gebot!

Die Mitgliederbewegung wies weiterhin eine starke Zunahme auf; zur Zeit zählt der Bauverein über 6000 Genossen. Der Rechnungsabschluß vom 31. Dezember 1928 balanciert in Vermögen und Schulden mit 10 737 825,74 Mark.

Aprilprogramm des ABJ

Freitag, 5. April, 19,30 Uhr, Neues Theater: Don Pasquale. Pflichtanrechtsvorstellung für gelbe Karten. 2,75, 1,90 Mark, 90 und 60 Pfennig. — Dienstag, 9. April, 20 Uhr, Altes Theater: Verbrecher, von Ferd. Bruckner. Pflichtanrechtsvorstellung für rote Karten. 2 Mark, 1,50 Mark, 3. Rang 40 Pfennig. — Freitag, 12. April, 20 Uhr, Altes Theater: Dreigroschenoper. Freie Anrechtsvorstellung. 2 Mark, 1,50 Mark, 3. Rang 40 Pfennig. — Sonntag, 14. April, 11 Uhr, Alberthalle: 5. (letztes) Sinfoniekonzert. Leitung Hermann Scherchen. Mahler-Abend. Gesänge für Mezzosopran und Orchester. — III. Sinfonie. Gesang: Maria Basca. Anrechtler 80 Pfennig, Nichtanrechtler 1,20 Mark, Jugendliche bis 18 Jahre und Erwerbslose (nur gegen Ausweis an der Kasse) 40 Pfennig. — Sonntag, 14. April, 15,30 Uhr, Altes Theater: Dreigroschenoper. Freie Anrechtsvorstellung. 2 Mark, 1,50 Mark, 3. Rang 40 Pfennig. — Donnerstag, 25. April, 20 Uhr, Altes Theater: Karl und Anna. Pflichtanrechtsvorstellung für grüne Karten. 2 Mark, 1,50 Mark, 3. Rang 40 Pfennig. — Montag, 29. April, 19,30 Uhr: Neues Theater: La Traviata. Pflichtanrechtsvorstellung für blaue Karten. 2,75 Mark 1,90 Mark, 90 und 60 Pfennig.

Karten für Vorstellungen am 25. und 29. April werden ab 1. April ausgegeben. Alle anderen Karten ab Montag in den Verkaufsstellen.

Wie müssen Osterkarten frankiert werden?

Ohne Umschlag versandte gedruckte einfache Osterkarten, die hinsichtlich der Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts als auch im Fernverkehr 3 Pfennig. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere 5 Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässige Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze „sendet", „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „sendet mit den besten Grüßen Ihre" usw.

Werden solche Karten im offenen Umschlag versandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgabeorts als auch nach außerhalb 5 Pfennig.

Ungenügend freigemachte Sendungen werden mit Nachgebühr belastet. Es kann daher den Versendern nur geraten werden, die Bestimmungen zu beachten.

Der Zoo im Vorfrühling

Schwere Wintermonate liegen hinter dem Zoo. Bei Kältegraden bis zu minus 31 Grad mußte der reiche Tierbestand mit so vielen exotischen Tieren durchgebracht werden. Ohne Tierverluste hat er diese schwere Zeit überstanden.

Durch die eintretende warme Witterung hat sich das ganze Aussehen des Zoo fast über Nacht geändert. Raubtiere konnten wieder in die Freianlagen gelassen werden, die Seelöwen tummeln sich wieder munter in der Pleiße, nachdem sie monatelang in einer Eishöhle ihr Dasein fristen mußten. Antilopen springen wieder freiheitslustig in den Außengehegen herum und Papageien und Raubvögel beleben die großen Flugkäfige. Jackie mit seinen beiden Frauen und dem Elefantenkind konnten schon das erste Freibad nehmen. Ein wundervoller Anblick, wie sich diese 4 Kolosse im Wasser umeinander drehten.

Kurzum, der Zoo ist wieder in Form und erwartet seine Besucher.

Handtäschchen gefunden in der zweiten Feier der Jugendweihe in der Alberthalle. Abzuholen im Sekretariat, Tauchaer Straße 19/21, Zimmer 2.

ABJ. Wie dem ABJ aus dem Alten Theater mitgeteilt wird, müssen morgen Dienstag aus technischen Gründen statt „Karl und Anna" die „Verbrecher" gegeben werden.

Kasse und Buchhaltung des Friedhofsamtes im Stadthause sind am 26. d. M. wegen Umzugs nur von 10—12 Uhr geöffnet. Vom 27. d. M. ab werden sie mit der Verwaltung der städtischen Friedhöfe vereinigt. Danach sind die Bestattungsanzeigen und Sterberegisterauszüge für den Süd-, Johannis-, Nord-, den Trinitatis- sowie den Sellerhäuser Friedhof beim Südfriedhof, Friedhofsweg 3, rechtzeitig einzureichen. Dort werden alle Auskünfte über Bestattungsangelegenheiten und Grabstellenerwerb sowie über Grabmale erteilt.

Planetarium am Zoo. „Unser Mond" lautet das Thema des nächsten „Himmelskundlichen Abends" am Dienstag, dem 29. März, 20 Uhr.

Fleischverkauf an der Freibank I. Morgen Dienstag, den 26. März, freier Verkauf.

Sturm und Hochwasser in USA

Verheerungen in den Südstaaten

WTB Neuyork, 23. März.

Wie aus Jackson am Mississippi berichtet wird, sind in Gloster fünf Häuser von einem Orkan in Trümmer gelegt worden. Dabei wurden drei Personen getötet. Auch in Millport in Alabama wurden durch einen mit heftigen Regengüssen verbundenen Sturm eine Reihe Gebäude zerstört. Zwei Kinder wurden verletzt.

In verschiedenen Gegenden der acht Südstaaten haben Stürme und Wolkenbrüche große Verheerungen angerichtet, die den durch die kürzlichen Ueberschwemmungen verursachten Schaden noch vergrößert haben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 11 Personen den Unwettern zum Opfer gefallen. Die Flüsse sind wieder aus den Ufern getreten und in den östlichen Teilen der Staaten Tennessee und Kentucky haben sich die Gebirgsbäche in reißende Ströme verwandelt und viele Häuser weggeschwemmt. Unbestätigten Meldungen zufolge ist das Gebirgsdorf Coal Creek nördlich von Knoxville durch einen Wolkenbruch vollständig zerstört worden.

Opfer der Ueberschwemmungen

TU Neuyork, 23. März.

In der Nähe von Rockwood (Tennessee) wurden 28 Pfadfinder in einer Blockhütte auf einer kleinen Insel im White Creek-Fluß **vom Hochwasser überrascht.** Sie entdeckten das Steigen des Wassers zu spät und flüchteten auf das Dach, da ein Durchschwimmen des reißenden Stromes nicht möglich war. Das Blockhaus wurde aber **plötzlich fortgerissen.** Alle 28 Pfadfinder dürften ertrunken sein.

WTB **Chattanooga** (Tennesse), 24. März.

Von den 28 Pfadfindern, die sich in dem Unterkunftshaus in der Nähe von Rockwood befanden, sind **die meisten gerettet worden.** Bisher wurden drei Leichen geborgen; fünf der Pfadfinder werden noch vermißt.

WTB Neuyork, 24. März.

Die Ueberschwemmungen in den Südstaaten haben bisher 15 Todesopfer gefordert.

Neuer Dammbruch am Mississippi

TU London, 23. März.

In der Nähe von Quincy im Staate Illinois ist am Freitag **ein zweiter Damm des Mississippi geborsten,** wodurch wieder weite Flächen landwirtschaftlichen Gebietes überflutet wurden. Das Wasser steht bis zu 2,10 Meter hoch, und die Gefahr, daß weitere Dämme dem ungeheuren Wasserdruck nachgeben, ist sehr groß. Etwa 800 Häuser sind in unmittelbarer Gefahr. Zahlreiche Fabriken in den Städten längs des Flusses waren gezwungen, zu schließen, da ihre Kesselräume unter Wasser stehen.

Versammlung der Vereinigung kleinerer sächsischer Landgemeinden

für den amtshauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig

Die Vereinigung tagte unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Amborn-Burghausen im Burgkeller; der Versammlung wohnte der stellvertretende Amtshauptmann, Regierungsrat Dr. Richelbaum, bei. Bürgermeister Amborn berichtete über die Pläne des sächsischen Innenministeriums in Sachen der Verwaltungsreform und wies in seinen orientierenden und klaren Ausführungen hin auf die Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform im Leipziger Kreise. Die Anwesenden folgten den Darlegungen mit größter Aufmerksamkeit und wurden davon überzeugt, daß die

Vereinigung von leistungsschwachen Gemeinden mit benachbarten leistungsfähigen

eine Notwendigkeit ist, um der Finanznot der Gemeinden zu steuern, die Verwaltung zu vereinfachen und an öffentlichen Mitteln zu sparen. Bei gemeinsamem Schul-, Kirchen- und Friedhofswesen und bei gemeinsamen Aufgaben im Straßenbau- und Verkehrswesen sind die Voraussetzungen gegeben für einen Zusammenschluß von Gemeinden, zu dem man am besten zum Ziele gelangt auf dem Wege der Verhandlungen, ohne daß das Ermächtigungsgesetz in Wirkung zu treten hat. Eine zwingende Notwendigkeit bildet weiter die Errichtung gemeinschaftlicher Schleusen- und Kläranlagen. Bei der Einverleibung von Gemeinden in die Großstadt, wie sie z. B. von der Großstadt Leipzig weiterhin geplant ist, muß selbstverständlich eine

Aenderung der Bezirksgrenzen

eintreten. Leistungsfähige Gemeinden müssen dem Bezirksverbande erhalten bleiben. Die Ausführungen des Referenten bildeten die Grundlage für eine ergiebige und wertvolle Aussprache, an der sich eine Anzahl Bürgermeister, wie auch Regierungsrat Dr. Richelmann beteiligten. Verschiedentlich wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß ohne Abänderung der Gemeindeordnung eine durchgreifende Verwaltungsreform kaum möglich sein dürfte.

Des weiteren berichtete der Versammlungsleiter Amborn über die Verhandlungen mit den Ministerien über die

Finanznot der sächsischen Gemeinden.

Es wurde ein trostloses Bild über die jeweiligen Finanzverhältnisse in den Gemeinden entworfen und beachtliche Vorschläge gemacht, wenn die Gemeinden nicht dem völligen finanziellen Zusammenbruch zusteuern sollen. Im Verlauf der Versammlung kamen die **Notstandsaktion für Erwerbslose,** die Behebung der Frost- und Hochwasserschäden und die damit verbundenen Geldausgaben sowie die Frage des **Wohnungs- und Siedlungsbaues** zur Sprache. Ueber den letzten Gegenstand wird in einer der nächsten Versammlungen ein Vortrag eines Berufenen gehalten werden.

---

u **Quasnitz.** Gemeindeverordnetensitzung. 19. März. Kommunisten und Bürgerliche stürzen den sozialdemokratischen Vorsteher. Zur Geschäftsordnung beantragt die bürgerliche Fraktion einen Hausknechtsparagraphen, um dem Vorsteher das Recht zu geben, Verordnete bei Zwischenfällen von der Sitzung auszuschließen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die KPD beantragt: „Der Vorsteher besitzt nicht mehr das Vertrauen der Gemeindeverordneten." Beyer begründet den Antrag mit Flegeleien und Schimpfereien gegen die SPD., wodurch er seine eigne Dummheit verdecken will; wir wissen ja längst, daß dieser Arbeitervertreter sich nicht schämt, mit den Bürgerlichen gemeinsame Sache zu machen; wir wissen auch, daß sich die bürgerliche Fraktion vorher mit den Kommunisten verständigt hat. Da hilft keine Entrüstung des Herrn Auerbach, der Einwohnerschaft ist das ja alles wohl bekannt. Genosse Roßbach als Vertreter teilt mit, daß er unter diesen Verhältnissen die heutige Sitzung nicht leiten könne. Herr Weniger übernimmt den Vorsitz und bekommt sofort Gelegenheit, gegen Beyer Ordnungsrufe zu erteilen, der sich aber darum nicht kümmert. Was Beyer gegen den Genossen Schönfeld redete, darf man einem Menschen wie ihm nicht verübeln, denn es bezeugt nur seine Rückständigkeit im Benehmen als Vertreter der Arbeiterschaft! Wir wissen, daß sich die gesamte Einwohnerschaft darüber klar ist, wohin dieser Lockenjüngling gehört. Der Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der SPD angenommen, daraufhin wurde die Sitzung auf Antrag der SPD geschlossen, da ein Arbeiten unter diesen Umständen nicht möglich war.

Brandis. Stadtverordnetensitzung am 21. März. Zur Kenntnis genommen wird ein Unterstützungsgesuch des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden und die Niederlegung des Stadtratsmandats Alois Ziermaiers. Als Ersatzmann wird von der kommunistischen Fraktion Gottfried Geiger vorgeschlagen und gewählt. Die Desinfektionszweckverbandssatzung wird genehmigt und dem Verband in Gerichshain beizutreten beschlossen. Die Beratungen des Haushaltplanes 1929/30 werden ausgesetzt und die Angelegenheit nochmals dem geschäftsführenden Ausschuß überwiesen. Zu dem Gesuch des Allgemeinen Turnvereins um Gewährung einer Beihilfe zur Errichtung einer Abortanlage auf dem Turnplatz wird beschlossen, dem Verein aufzugeben, zunächst genauere Unterlagen einzureichen. Die Angelegenheit soll dann zur weiteren Erledigung dem technischen Ausschuß überwiesen werden. Das Gesuch des Arbeiterturnvereins um Erlaß des Sportplatzpachtes für 1929 wird genehmigt.

i. d. **Bad Lausick.** Mitgliederversammlung des Ortsvereins der SPD. Gen. Gaudlitz berichtete über die Unterbezirkskonferenz Borna, Gen. Killian über die in Kieritzsch und die Bezirkskonferenz in Leipzig. Die Parteigenossen erklärten sich mit den Richtlinien zur Stadtverordnetenwahl einverstanden, ebenso mit dem gestaffelten Extrabeitrag bessergestellter Parteigenossen. Es wurde beschlossen, die Maifeier mit den Kommunisten nicht gemeinsam abzuhalten. Ein Maikomitee von fünf Parteigenossen wird sich mit der Gestaltung der Tagesfeier beschäftigen. Die Abendfeier übernimmt das Gewerkschaftskartell. Anfang Mai findet in Borna eine Agitationskonferenz statt, am 29. Mai ein Kursus für Schöffen und Geschworene. Genosse Jahn weist auf die Jugendweihe hin, in der die Leipziger „Roten Spatzen" mitwirken.

k **Eilenburg.** Die Jugendweihe fand unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft statt. Alle Mitwirkenden (Freier Sängerchor und das Orchester unter Leitung von Emil Lang, Sozialistische Arbeiterjugend) leisteten Hervorragendes. Den Höhepunkt bildete die Weiherede des Genossen Lehrers Karl Vogel-Leipzig, den Abschluß die photographische Aufnahme der 30 Mädchen und 30 Knaben. Die Bilder können vom Sonntag nach Ostern ab beim Genossen Otto Peters, Nikolaiplatz 15, abgeholt werden.

k — **In der Mulde den Tod gesucht.** Zwischen Hainichen und Zschepplin wurde am Ufer der Mulde ein grünes Kopftuch, ein grauer Frauenrock und andere Bekleidungsstücke gefunden. Die Sachen gehörten der 54jährigen Frau St. aus Eilenburg, die sich am Dienstagmorgen aus ihrer Wohnung in der Bergstraße entfernte und nicht wieder zurückkehrte. Da die Frau schon wiederholt Selbstmordabsichten äußerte, ist anzunehmen, daß sie den Tod in der Mulde gesucht hat.

Leipziger Rundfunkprogramm

Dienstag, 26. März.

12,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
14,00 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
15,00 Uhr: Frostmeldungen.
15,15 Uhr: Musikalische Kaffeestunde mit Funkwerbung.
16,30 Uhr: Naturgefühl im Lied. (Von 16,30 bis 17,30 Uhr Uebertragung auf den Deutschlandsender.) Mitwirkende: Lotte Meusel und Richard Franz Schmidt (Gesang). Am Blüthner: Friedbert Sammler.
18,05 Uhr: Frauenfunk. Adele Luxenberg, Leipzig: „Umschau in der Welt der Frau."
18,30—18,50 Uhr: Lektor Claude Grander, Gertrud van Eyseren: Französisch für Anfänger. (Deutsche Welle, Berlin.)
18,55 Uhr: Arbeitsnachweis.
19,00 Uhr: Alma Johanna Koenig, Wien: „Erlebnisse in Algier".
19,30 Uhr: Dr. G. Stratil-Sauer, Leipzig: „Auf einem russischen Traktweg".
20,00 Uhr: Wallisische, irische und schottische Lieder von L. v. Beethoven. Mitwirkende: Olga und Dora Ronnthaler (Gesang), Prof. Rudolf Bärtich (Violine), Walter Schilling (Cello), Theodor Blumer (Klavier). Flügel: Rönisch.
21,00 Uhr: Orchesterkonzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. Französische Musik.
22,00 Uhr: Zeitangabe, Schneebericht, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk.
Anschließend bis 24,00 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Zenner-Freudenberg und sein Orchester.

Reichsgericht gegen ungesicherte Bahnübergänge

Immer mehr häufen sich die Unfälle an mangelhaft gesicherten Eisenbahnübergängen. Am letzten Donnerstag hat nun der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts eine prinzipielle Entscheidung in der Frage der Schadenersatz-Pflicht der Bahnbetriebsgesellschaften getroffen.

Am 10. Juli 1927 war der Arbeiter M. auf dem ungesicherten Bahnübergang der Straße Braunschweig—Seesen durch einen Zug überfahren worden, dessen Herannahen er nicht bemerkt hatte. Darauf strengten seine auf ihn als Ernährer angewiesenen Angehörigen einen Prozeß gegen die Braunschweigische Landes-Eisenbahngesellschaft an und forderten die Zahlung einer Lebensrente. Die Kläger machten geltend, daß in dem Fehlen einer Schranke bei Uebergängen eine Fahrlässigkeit der Bahn zu erblicken sei. Das Landgericht wies die Klage ab, doch gab ihr das Oberlandesgericht mit geringen Aenderungen statt. Die Revision, die die Bahngesellschaft gegen dieses Urteil beim Reichsgericht einlegte, wurde nun, wie bereits erwähnt, als unbegründet verworfen.

Gegen **Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrh** nimm Tolupha! Postversand nach auswärts. Allein echt: König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Straße 17

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Eisenbahner-Baugenossenschaft Leipzig
Eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.
Mitgl. d. Verb. d. Sächs. gemeinn. Bauvereinig. Dresden

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1928

Einladung

zu der Sonnabend, den 6. April 1929, abends 19.30 Uhr (½8), Einlaß 19 Uhr, im Gesellschaftssaale des Volkshauses, Leipzig, Zeitzer Straße 32, stattfindenden

9. ordentl. Hauptversammlung

d. Eisenbahner-Baugenossenschaft Leipzig eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Revisionsbericht
3. Bekanntgabe und Genehmigung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1928.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Gewinnverteilung.
6. Wahlen zum Vorstand.
7. Wahlen zum Aufsichtsrat.
8. Festsetzung des Höchstbetrages, den Anleihen erreichen dürfen, gemäß § 40, 1, der Satzungen.
9. Sonstige Anträge.

Anträge, die eine Beschlußfassung über bestimmte Gegenstände verlangen, sind gemäß § 28, 2, unserer Satzungen vom zehnten Teil der Mitglieder schriftlich unter Anführung des Zweckes und der Gründe bis zum 1. April 1929 beim Vorstand einzureichen, damit sie noch rechtzeitig angekündigt werden können

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung können während der Bureauzeit in unserem Geschäftszimmer in Leipzig Philipp-Rosenthal-Straße 28, eingesehen werden.

Die Geschäftsguthabenbücher dienen als Ausweis auch bei Abgabe der Stimmzettel.

Leipzig, den 8. März 1929

Der Aufsichtsrat
Max Giersemehl Walter Hagemann

Der Aufsichtsrats-Vorsitzende
Max Giersemehl

Einlaß nur gegen Vorlage des Anteilbuches.

Die zwei Kennzeichen der Echtheit

Es fehlt nicht an Versuchen, der Hausfrau statt des begehrten *Palmins* irgendwelche anderen Kokos-Speisefette mit fast gleichklingenden Namen und in täuschend ähnlichen Packungen in die Hand zu stecken. Achte darum beim Einkauf genau auf

1. **PALMIN** — das Wort
2. *Dr. Schlinck* — den Namenszug

Oster-Angebot!

Als besonders vorteilhaft empfehlen wir:

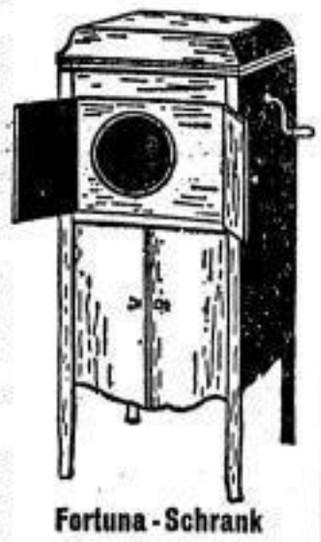
Fortuna-Schatulle Modell A

Fortuna-Schatulle Modell A
wie nebenstehend abgebild., Gehäuse 35×34×32 cm, mit Doppelfederwerk. Tonarm m. Klappbügel für **Mk. 45.—** gegen Barzahlung oder 4 Monatsraten à Mk. 11.75. Dieselbe mit Einfederwerk **Mk. 40.—** gegen Barzahlung od. 4 Monatsrat. à Mk. 10.50.

Fortuna-Schatulle Modell B

Fortuna-Schatulle Modell B
wie nebenstehend abgebild., Gehäuse 40×40×29 cm, Doppelfederwerk, Elektric-Schalldose, für **Mk. 60.—** gegen Barzahlung oder 5 Monatsraten à Mk. 12.50.

Fortuna-Schatulle Modell C
Eichen-Gehäuse. 42×42×30 cm, Zweifeder-Schneckenwerk, Elektric-Schalldose, sehr gute Ausführung **Mk. 75.—** gegen Barzahlung oder 5 Monatsraten à Mk. 15.80.



Fortuna-Schrank

Fortuna-Schrank wie vorstehend abgebildet, Doppelfederwerk, Schlangentonarm, Ia Ausführung, **für Mk. 90.- gegen Barzahlung oder 5 Monatsraten à Mk. 19.-**

Besichtigung und Vorführung jederzeit unverbindlich

Jul. Heinr. Zimmermann

Leipzig, Goethestraße 1 (am Augustusplatz)

Amtliche Bekanntmachungen

Der Führerschein für Herrn **August Julius Walter Groß**, ausgestellt am 8. November 1928 vom Polizeipräsidium Leipzig, Liste Nr. 26727, für Kraftfahrzeuge der Klasse 3b, wird für ungültig erklärt. V R. III 930.

Leipzig, den 21. März 1929
Das Polizeipräsidium.
Verkehrsabteilung.

Die Zulassungsbescheinigung des Vomaglastkraftwagens **III — 5206 der Firma Otto Büsch' Erben, Leipzig-Dölitz, Leinestraße 62,** ist seit 20. März 1929 verloren worden.

Zur Verhütung von Mißbrauch wird diese Zulassungsbescheinigung für ungültig erklärt. Kz III 5206

Leipzig, den 23. März 1929.
Das Polizeipräsidium.
Verkehrsabteilung.

Geprüfte Kinderpflegerin,
welche praktische Tätigkeit in Familie, Kindergarten und Kindertagesheim nachweisen kann, für 1. Mai 1929 gesucht. Besoldung nach Gruppe 19 bzw. Vergütungsordnung Gruppe 17 der staatlichen Besoldungsordnung. Anstellung erfolgt auf Privatdienstvertrag. Gesuche mit Zeugnisabschriften sind bis 6. April 1929 bei uns einzureichen
Stadtrat Taucha, am 23. März 1929

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Gau Leipzig Tel. 198 44
Geschäftsstelle: Leipzig, Gellertstraße 7/9.

Motorradabteilung, Ortsverein Leipzig. Dienstag, 26. März, 20 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer 7. Erscheinen aller ist Pflicht. Wichtige Tagesordnung.
Abteilung V, Jungbanner. Dienstag, den 26. März, 19.30 Uhr, Jungbannerabend, Reichsballen.

Stellenangebote

Kräft. Arbeitsburschen
per sofort gesucht. Melden Mineralwasserfabrik Taucher Straße 22.

Verkäufe

OTTO ECKARDT
Bau-Qualitäts-Werkzeuge und Berufs-Kleidung
Lehrlings-Ausrüstung
LEIPZIG Sophienstr. 10.

Billige Betten
Deckbett . 28 ℳ
Kissen . . 7.50 ℳ
E. Heidorn
Otto-Schill-Str. 7

Von Herrschaften wenig getr. **Herr.-Garderobe** bill. zu pk. Adelheid Wittelsb. **Lortzingstr. 12, p.** Ein- u. Verkaufsgesch.

Auf Kredit Schränke mit 5 Mk. Anzahlung **Scherbel** Markt 2 (Rathausseite)

Auf Kredit Sofas Chaiselong. mit 5 Mark Anzahlung Möbel-Waren-Kredit-Haus **Hans Hoffmann** Hainstraße 10, 1. Stock

Auf Teilzahlung evtl. ohne Anzahlung 1. Rate zahlbar 1. Mai

Bis 8 Monats- oder 32 Wochen-Raten

Damen- Herren- u. Kinder-Kleidung
Schuhwaren – Wäsche – Hüte
Möbel – Reformbetten
Federbetten - Steppdecken - Gardinen - Strickwaren

Gebr. Fuchs nur Johannisplatz 5, I neben Hotel Sachsenhof.

Reformbetten
Patentmatratzen
Polsterauflagen
Chaiselongues
Kinderbetten
18.— ℳ an
Teilzahlung gestattet.
Betten-Enke
Thomasiusstr. 11
früher Elsterstr.

Kinderwagen
29.— ℳ an
Klappwagen mit Gummi 12.— ℳ an
Puppenwagen
Teilzahlung gestattet.
Thomasiusstr. 11
früher Elsterstraße.

Diverses

Ihr Anzug wird „wie neu" gereinigt u. gebügelt f. ℳ 5.50. Abhol. u. Zust. frei Postk. genügt an Reinigung „Undine" L.-Dölitz, Burchardstr. 1

Aufsehenerregendes Sonderangebot

in echter Bemberg-Seide!

Strümpfe!

„Echte Bemberg-Seide"

Gold-Stempel

Bein und Bein-Rand durchaus Bemberg-Seide nur in 1. Wahl, besonders feinmaschig

jetzt **2.35**

Mengen-Abgabe vorbehalten!

Eulitz Strumpf-

Sonderverkauf nur im Hauptgeschäft Leipzig, Grimmaische Straße 30

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Spiel, Sport, Körperpflege

Frühjahrswaldlauf der F.-G. Leipzig

Wie alljährlich, eröffnen die Leichtathleten auch dieses Jahr ihre Saison mit dem Frühjahrswaldlauf. Leider konnte der vorgesehene Termin wegen des schlechten Wetters nicht beibehalten werden. Der Bezirkssportausschuß sah sich deshalb veranlaßt, den Lauf auf den 14. April 1929 zu verlegen.

Die Läufe werden in dem herrlichen Waldgelände bei Machern ausgetragen. Der Wert des Waldlaufes ist ja allgemein bekannt, und es ist deshalb notwendig, daß recht viele Gesinnen und Genossen antreten. Die Strecken sind so gewählt, daß es jedem möglich ist, daran teilzunehmen. Der Frühjahrswaldlauf ist immer ein Maßstab für die einzelnen Abteilungen, um festzustellen, inwieweit sie erfolgbringende Winterarbeit geleistet haben. Leider ist es nur wenigen Leipziger Vereinen möglich, regelmäßig ihre Waldläufe an Wochentagabenden und Sonntags im Winter fortzusetzen. Diese Vereine werden wahrscheinlich auch bei den Läufen in Machern ein kleines Plus haben. Doch kommt noch hinzu, daß in Machern nicht nur auf Wegen, sondern auch quer durch den Wald gelaufen wird, was den Reiz der Läufe sicher noch erhöht. Es werden aber nicht nur Langstreckenläufe ausgetragen, sondern die Sprinter kommen auch zu ihrem Recht; sie messen ihre Kräfte in einer 5 mal 200-Meter-Staffel.

Die Ausarbeitung ist dem Turnverein Machern übertragen worden, der gemeinsam mit dem Bezirkssportausschuß die Strecken aussuchen wird. Eine Beteiligung der anderen Sparten, Turner, Fußballer, Schwimmer und Handballer ist erwünscht, da es gilt, auf dem Lande Propaganda zu treiben. Meldeschluß ist der 6. April 1929. Meldungen beim Genossen Herbert Ulrich, Leipzig C. 1, Hofer Str. 10a, abgeben. Die Ausschreibung ist im Bezirksmitteilungsblatt Nr. 5 zu finden. Page.

Jugend. Montag, 20 Uhr, in der Bundesschule **Sprech- und Bewegungschorprobe** für Nürnberg. Sportkleidung mitbringen.

Tisch-Tennis

Am 17. März fand im Platzheim des Turn- und Sportvereins Eiche der erste Tisch-Tennisowettkampf zwischen der Tennisabteilung und der Sportabteilung des obenerwähnten Vereins statt.

Trotz der nicht zu verkennenden Ueberlegenheit der Tennisabteilung gab es einige äußerst interessante Kämpfe. Insbesondere die Spielerinnen-Einzel- und Doppelspiele waren bei ziemlich ausgeglichenen Kräfteverhältnissen durch fortgesetzten langanhaltenden Ballwechsel sehr spannend.

Wenn auch dem Tisch-Tennisspiel eine größere körperbildende Bedeutung nicht beizumessen ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß es durch die Schnelligkeit, mit welcher es gespielt wird, sehr viel dazu beiträgt, die zum Land-Tennis sowie zu allen anderen Ballspielen erforderliche schnelle **Entschlußkraft überaus zu fördern.** Es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn sich noch mehr Arbeitersportvereine zur Einführung dieses Spieles entschließen könnten.

Die Resultate waren im einzelnen folgende (Spieler der Sportabteilung sind zuerst genannt):

A. Männer-Einzel: Hausen—Hahn 21:10, 21:12, 21:16; Stephan—Holke 6:21, 11:21, 12:21; H. Knäschke—Hl. Grosche 21:17, 21:8, 10:21 21:17; Krauzer—Böttcher 21:19, 8:21, 6:21, 14:21; Richtpeter 1—Kliebsch 16:21, 12:21, 9:12; Röhling—Kühl 16:21, 11:21, 16:21; Wendt—John 10:21, 13:21, 17:21; Schippel—Krupka 21:5, 21:7, 21:5; Ellmann—Burkhardt 13:21, 10:21, 12:21; O. Knäschke—John 21:12, 21:19, 21:6.

B. Frauen-Einzel: Strohbach—John 16:21, 17:21, 17:21; Wäsche—Schanz 21:19, 17:21, 21:15, 8:21, 21:17.

C. Männer-Doppel: Hausen, H. Knäschke—Böttcher, Kühl 19:21, 19:21, 12:21; O. Knäschke, Schippel—Burkhardt, Holke 18:21/17:21/21:18 20:22.

D. Gemischtes Doppel: Beier, Freier—John, John 11:21, 13:21, 13:21.

Die Gesamtpunktzahl stellt sich demnach 16:34 für die Tennis-Abteilung.

Wachstum und Sport

Im Rahmen der Werbevorträge der **Ausstellung „Der Mensch und der Sport"** sprach am Sonnabend Dr. med. Haugk im Städtischen Kaufhaus über Wachstum und Sport, insbesondere darüber, wie weit der menschliche Körper durch Leibesübungen gesundheitlich sowie ästhetisch beeinflußt und gefördert werden kann. Bekanntlich existieren in jedem Menschen neben den zahlreichen ererbten Eigenschaften auch allerlei individuell erworbene; infolgedessen läßt sich auch die Form des Körpers und die Funktionsfähigkeit seiner Organe durch gewisse, zielbewußt durchgeführte Leibesübungen günstig verändern. Das ist vor allem für die Massen der Werktätigen in den Fabriken, Bergwerken, Kontoren usw. sehr wichtig, da diese unter der Monotonie ihrer Arbeit und der Ungunst der Arbeitsplätze außerordentlich leiden. Ihnen allen kann regelmäßige Gymnastik als Ausgleich für derartige Schäden sehr viel nützen. — Die leider nicht eben zahlreich erschienen Besucher applaudierten lebhaft.

Fußball-Ergebnisse

Bezirk Leipzig. Knauthleeberg—Großzschocher 1:3; Vorwärts-Leipzig-Südwest—Schönau 2:1; Frischauf-Wurzen—Pegau 1:0; Bennewitz—Vorwärts-Wurzen 5:1; Pegau—Gautzsch 2:4; Schönefeld—West 09 2:1; Oetzsch—Südwest 4:3; Plagwitz—Markranstädt 3:1.

Bezirk Dresden. Pieschen—DSV. 0:4; Zschachwitz—Meißen 3:3; Potschappel—Löbtau 6:1; Cotta—Kamenz 0:3; Heidenau—02 2:4; Friedrichstadt—DSV. 6:4.

Bezirk Chemnitz. Schönau—Friesen-Rabenstein 7:0; Simson-Oberlungwitz gegen Meerane 2:2; Frankenberg—Fortuna 2:3; Pfeil—Vorwärts 1:5; Favorit—Ring 1:3; Einsiedel—Auerswalde 6:8; Hainichen—Wacker 11 5:2; Favorit-Oelsnitz—Oberwürschnitz 3:0; Langenberg—Rasensport-Grüna 4:3; Bernsdorf—Sturm-Heinrichsort 6:2; Lippendorf—Oederan 4:0; Erdmannsdorf—Vorstendorf 0:2.

Bezirk Mittweida. Sportlust-Hartha—Gröditz 2:5.

Bezirk Burgstädt-Limbach. Frischauf-Burgstädt—Falke-Rußdorf 3:0; Freiheit-Taura—Sportfreunde-Claußnitz 3:3.

Der Leipziger Arbeiter-Fußball erscheint erst am Dienstag, da der Redaktion unbrauchbares Manuskript übermittelt wurde.

Verein f. Körperkultur L.-Südwest e. V.

Karfreitag, den 29. März 1929, im großen Saale des „Felsenkeller", L.-Plagwitz, Karl-Heine-Straße

Bühnenschau

verbunden mit Gerätewettkampf

Einlaß 17.30 Uhr Anfang 18.30 Uhr

Eintrittspreise: An der Kasse 50 Pfg., im Vorverkauf 40 Pfg., Jugendliche und Erwerbslose an der Kasse 30 Pfg.

Mitteldeutsche Meisterschaft

VfL-Südost schlägt Ilmenau (Thür.) 7:0 — „Sturm" Breslau besiegt Magdeburger Ballspielklub 3:1 — Die Sieger am 7. April in Leipzig Endspielgegner

Der Sieg des VfL Südost

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Der Sachsenmeister hat gegen den Thüringer Meister in Erfurt seinen guten Ruf gewahrt und einen überzeugenden Sieg erstritten. VfL. eroberte sich mit der ihm eigenen Spielweise die Sympathien der von Nah und Fern nach Erfurt gekommenen 3000 Zuschauer. Ganz hervorragend war VfL. in der 1. Halbzeit. Da war es ein Hochgenuß, zu sehen, wie der Ball, genau abgezirkelt, von Mann zu Mann wanderte. Schon nach wenigen Minuten führte Leipzig mit 2:0. Die Ilmenauer Verteidiger hatten schwer zu tun, um den flinken und systemvollen Angriffen standzuhalten. Mit dem Besserwerden der Thüringer Läuferreihe reichte es bei ihrer Mannschaft zu einigen Eckbällen, die zwar gefährlich vor das Tor kamen, dann aber keine Stürmer von Entschlossenheit vorfanden. Diese Eigenschaften lagen bei Südosts Hintermannschaft. Nie reichte es bei dem Ilmenauer Sturm zu einheitlichem Handeln. Ganz stark fielen die Flügelleute ab. Daß Stürmer auch die gegnerischen Läufer zu decken haben, war den Thüringern etwas Neues. Leipzigs Kombinationsmaschine blieb im Schwung, trotz verzweifelter Gegenwehr der Ilmenauer Läufer und Verteidiger. Zwei weitere Tore waren für Leipzig bis zur Halbzeit die Erfolge. Eingestanden: der Thüringer Torhüter war kein Fachmann. Das schmälert aber keineswegs VfL.s Leistungen. Wie sollte es erst nach Halbzeit werden?

Nach Wiederbeginn ging der Thüringer Meister entschlossener vor. Nach anfänglicher Spielausgeglichenheit wurde er zeitweise sogar leicht überlegen. Unermüdlich arbeiteten seine Verteidiger und Läufer, besonders der Mittelläufer. Aber was nützte aller Spielaufbau, wenn der Sturm nicht weiß, was mit dem Balle zu tun ist. Immer wieder fuhren die flinken Leipziger dazwischen und klärten. Einige Male griff der Torhüter in sicherer und bestechender Form ein. Es muß anerkannt werden, daß das aufopfernde Spiel der Thüringer Verteidigung und Läuferreihe VfL. nicht mehr zu der in der ersten Halbzeit gezeigten Form aufkommen ließ. Trotzdem lag aber in seinen Angriffen eine weit größere Gefährlichkeit, hervorgerufen durch genaues Stell-vor-Spiel, schnelles Starten und forschen Torschuß. Lange hielten die Thüringer ihr Tor rein, bis VfL.s Rechtsaußen und Halbrechter einem hohen Ball nachsetzten und ihn gemeinsam ins Tor lenkten. Da wegen der Wachsamkeit der Thüringer Läufer und Verteidigung schlecht durchzukommen war, wurde Toreschießen auf andere Art mit Erfolg probiert. Man schob den Ball dem im Hintergrunde freistehenden Mittelstürmer zu, der ihn unvermittelt in ganz kurzer Zeit zweimal durch wahre Kraftschüsse dorthin brachte, wohin er gehörte. Das erstemal traf der mit dem Fuß abwehrende Torwart den Ball nur mit der Sohle, und schon rollte er ins Netz, das zweitemal nahm er seine Bahn in die vom Torwart gedeckte Torecke. O dieser Torwart! 7:0 — eindrucksvoll und verdient! Es ist einfach unverständlich, wie Ilmenau mit solch einem Sturm und Torwart Thüringer Meister werden konnte. Andere Thüringer Mannschaften haben in Leipzig schon Besseres gezeigt.

Wie zu ersehen ist, spielte VfL. tiptop. Halbrechts und linker Läufer waren gegen sonst etwas schwächer. Mittelstürmer und Halblinks, die Schützen des Tages, verursachten bei dem Ilmenauer Torwart bei ihrem Erscheinen in Tornähe größte Erregung. Ihre Schüsse waren nicht von Pappe. Die Außenstürmer waren flink wie die Wiesel und flankten sehr genau. Hintermannschaft mit rechtem und Mittelläufer ausgezeichnet. Der letztere hatte gegen seinen Partner einen schweren Stand.

Breslaus Sieg über Magdeburg

Der Start des Magdeburger Ballspielklubs in Breslau war nicht gerade ruhmreich. Seine Verteidigung, die etwas kann, versuchte allerdings mit verbotenen Sachen die Ueberlegenheit der Breslauer Stürmerreihe abzuwehren. Der Schiedsrichter hatte dafür ein wachsames Auge und so kam „Sturm" durch Elfmeter und Strafstoß zu Erfolgen. In der zweiten Halbzeit wurde Breslaus Ueberlegenheit besonders augenscheinlich. Die Mannschaft verfügt über eine gute Hintermannschaft und Stürmerreihe.

Am 7. April: VfL.-Leipzig-Südost—Sturm-Breslau in Leipzig im Endspiel um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft.

Um die süddeutsche Fußball-Verbandsmeisterschaft

Weiden (Nordbayern)—Mörfelden (Hessen-Nassau) 4:0 (3:0). Das Spiel wickelte sich in Nürnberg vor reichlich 2500 Zuschauern ab. Die Zuschauer sahen zwar keinen Klassefußball, aber ein Spiel, das durch seine Schnelligkeit mitriß. Zwei Elfmeter, von denen der erste gegen Weiden gehalten wurde, während der zweite das Verlustkonto von Mörfelden erhöhte, waren für das Endergebnis mit ausschlaggebend. Trotzdem wickelte sich das Spiel in einer Art ab, die dem Arbeitersport würdig und in Hinsicht auf das bevorstehende zweite Bundesfest in Nürnberg recht erfreulich ist. Weiden wies keine Schwächen auf. Die Spieler sind in ihrem Handeln vor dem Tore sehr entschlossen.

Ludwigshafen (Baden-Pfalz)—München-Dachau (Südbayern) 4:3 (3:0). Ludwigshafen zeigte sich als eine sehr flinke und entschlossene Mannschaft, was zum Siege den Ausschlag gab. Dem Spiel wohnten in München mehr als 1000 Zuschauer bei.

Um die Lausitzer Kreismeisterschaft

Döbern—Kolbus 33 3:1 vor 1200 Zuschauern. **Eintracht-Landsberg—Herthа-Finsterwalde 3:2.** Die beiden Spiele brachten noch keine Klärung, wer Meister ist. Ausschlaggebend ist das bevorstehende Spiel Döbern—Landsberg.

„Lorbeer"-Hamburg Fußballmeister der Wasserkante

Hansa-Kiel 12:2 geschlagen. Der Hamburger Bezirksmeister war seinem Gegner im Endspiel um die Kreismeisterschaft weit überlegen. Interessant war das Spiel in der ersten Halbzeit, in der Kiel ernsthaften Widerstand leistete. Das Betragen von Kiel war nicht einwandfrei. Das Spiel hatte 4000 Zuschauer.

Französische Fußballer in Leipzig

Der F.-A. Eintracht im Turn- und Sportverein 93, Leipzig-Wahren, ist es gelungen, eine der besten französischen Arbeiter-Fußballmannschaften, den Club sportif. Douvrier Bologne, zu verpflichten. Die Mannschaft schlug vor einigen Wochen die führende französische Spitzenmannschaft Pantin bei Paris. Ebenso gelang dem Klub ein Sieg über den französischen Bundesmeister. Es ist deshalb guter Sport zu erwarten. Das Spiel findet am 7. April, 10.30 Uhr auf dem schön gelegenen Platz des Turn- und Sportvereins 93 am Luna-Park statt. Straßenbahn 10 bis Rathaus Wahren. Vorher treffen sich die ersten Handballmannschaften von VfL.-Südost und Wahren. Brüderlich werden sich die französischen und deutschen Arbeiterfußballer die Hände reichen unter der Parole: „Nie wieder Krieg — Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Der Arbeiterschaft sei der Besuch dieses Spiels wärmstens empfohlen.

Dresden-Cotta wieder Raffball-Bezirksmeister

Cotta—Altstadt 10:0 (6:2)

Die Raffballbezirksmeisterschaft ist die große Sache der Dresdner Handballspieler. Das Spiel am gestrigen Sonntag hatte wieder zahlreiche Zuschauer angelockt. Wenn man auch dem alten Meister Cotta die meisten Spielchancen zugestand, so war man doch auf das Abschneiden der aufkommenden Altstädter gespannt. Sie hielten sich gut und konnten bei etwas mehr Glück leicht ein noch besseres Resultat erzielen. Trotzdem war der Sieg Cottas durchaus verdient. Cotta zeichnete sich vor den Unterlegenen durch planvolleres, sicheres Spiel aus, das sich besonders im sauberen Herausarbeiten der Torgelegenheiten äußerte. Hervorragendes leisteten beide Torwächter. Die Zuschauer wurden von Anfang bis Ende in Spannung gehalten. Wie sich der Dresdner Meister in den Spielen um die Kreismeisterschaft halten wird, ist ein großes Fragezeichen.

Handballresultate

Bezirk Chemnitz. Handball. Frankenberg 1—Frankenberg 1b 5:2; Eibenberg—Reichsbanner Sportabteilung 3:0. — **Raffball.** Borna—Furth 1 7:4; Ost-Schönau 1 0:10; Lichtenau—Hildersdorf 4:4; Harthau—Schloß 21:4; Weidenadorf—Altembrand 21:2; Nord—Hildersdorf 6:1; Rottluff—Kappel 4:3; Sportlust—Gablenz 1 0:0.

Bezirk Oberlausitz. Leutersdorf—Ebersbach 5:0; Demitz-Thumitz—Medewitz 8:1.

Bezirk Zwickau. Handball. Sportverein Wilkau—VfL.-Planitz 4:2; Sportverein Wilkau 2—Crimmitschau 2:11. — **Raffball.** Niederhainau—Reinsdorf 5:2.

Bezirk Zittau. Zittau 1—Seifendorf 11:0; Seifendorf—Zittau 1b 6:3.

Bezirk Limbach-Burgstädt. Schwimmer Limbach—Schwimmer Burgstädt 1:2.

Hundert Faltboote

Dem Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Leipzig, ist eine Wasserwanderer-Sektion angeschlossen, die jetzt den Erfolg buchen kann, 101 Faltboote in ihren Listen zu führen. Damit kann sie sich an die Spitze aller Wasserwanderer-Vereinigungen stellen und den Beweis erbringen, daß gerade in ihren Reihen ein viel größeres Interesse für ein gesundes und vernünftiges Niveau zur Ausführung ihres Sportes vorhanden ist. Ueberall hin, kann man sagen, haben die Genossinnen und Genossen ihre Touren schon ausgeführt, und sind jederzeit bereit, Auskunft und Ratschläge zu geben, so zum Beispiel Elbe, Rhein, Weser, Werra, Donau bis Wien, Neckar, Main, Moldau, hinauf in die Wildwasserflüsse Oberbayerns und der Schweiz, Norwegen, Finnland, Frankreich, Holland, überall wehte der kleine rote Wimpel der Leipziger Naturfreunde-Paddler. Alle 14 Tage, jeden ersten und dritten Freitag im Monat, treffen sie sich im Leipziger Volkshaus und tauschen durch Lichtbildervorträge ihre Fahrterlebnisse aus. Technische Vorträge vervollkommnen unsere Kenntnisse. Damit ist der Beweis voll erbracht, daß der **wasserwandernde Arbeiter** in den bürgerlichen Vereinen, die ja immer betonen, das Privileg zu besitzen, nichts mehr zu suchen hat und seinen Weg endlich zur Arbeitersportbewegung finden soll. Zwecks weiterer Auskunft wende man sich an den Gen. Joh. Lehmann, Leipzig O. 28, Nabel 34, II, oder Kurt Kaitzsch, Leipzig N. 24, Löbauer Str. 12, 1.

Ein Schmugglerschiff versenkt

TU London, 23. März.

Der Befehlshaber der amerikanischen Küstenstreitkräfte, Admiral Billard, hat einen Bericht von Kapitän Campbell erhalten, wonach der Küstenkutter Alabama am Freitag **einen britischen Schoner an der Küste von Louisiana versenkte.** Es handelt sich um den Schoner „Imalone", der als Alkoholschmuggler diente und sich dem Befehl des Küstenkutters, zu halten, durch die Flucht nach Puerto an der mexikanischen Küste zu entziehen suchte. An der Verfolgung beteiligten sich später mehrere andere Küstenboote, die so lange feuerten, bis die „Imalone" sank, ohne sich zu ergeben. Die gesamte Besatzung bis auf einen Neger konnte gerettet werden.

Der britische Botschafter ersucht um Aufklärung

WTB Neuyork, 24. März.

Nach einer Meldung aus Washington sprach der britische Botschafter Sir Esme Howard beim Staatsdepartement vor und **ersuchte um sofortigen Bericht über den „Imalone"-Fall.** „Herald und Tribune" zufolge erklärte der Botschafter, er habe weiter keine Kenntnis von der Angelegenheit, als was er aus den Zeitungen erfahren habe. Der Vorfall könne jedoch eine ernste Bedeutung haben.

Familien-Nachrichten

Schnell und unerwartet starb unser Abteilungsleiter, Herr Oberwerkmeister

JOHANNES MAY

Soweit als es in der Zeit der kapitalistischen, menschenzerrüttenden Rationalisierung möglich ist, war er uns ein gerechter und guter Vorgesetzter.

Sein Andenken in Ehren!

Leipzig, den 25. 3. 1929.

Das Personal der Abt. II. Etage (May) Fritzsche-Heyer AG.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Sonnabend im Alter von 24 Jahren mein innigstgeliebter Mann und herzensguter Vater, mein geliebter jüngster Sohn, Schwiegersohn, unser bester Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Willi Reußner

Leipzig-Lindenau, Reuterstraße 57, III.

In tiefstem Schmerze

Lucie verw. Reußner geb. Trommer

im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 27. März, vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem Lindenauer Friedhof statt.

Nach längerem, schwerem Leiden verschied heute morgen schnell und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der Schriftsetzer

Clemens Zürner

im 68. Lebensjahre

Leipzig N 21, Bernburger Straße 16

In tiefer Trauer

Lina Zürner verw. gew. Köhler geb. Dix

im Namen aller Hinterbliebenen

Die Einäscherung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt

Statt Karten. Allen, die uns bei dem so plötzlichen Hinscheiden unseres lieben Vaters

Hermann Paul

ihre Teilnahme bewiesen und seinen Sarg so schön mit Blumen schmückten, herzlichen Dank. Besonders Dank seinen Chefs, Gebr. Brehmer, der Belegschaft der Sterbekasse, den lieben Hausbewohnern und dem Mittelblock des Bauvereins

L.-Kleinzschocher, am 23. März 1929.

Die Kinder.

Statt Karten.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen

Herrn Konrad Grafe

sagen wir an dieser Stelle allen Verwandten und Bekannten, den Kollegen und den Hausbewohnern unsern herzlichsten Dank.

L.-Stünz, den 25. März 1929.

Emilie verw. Grafe

nebst Angehörigen.

Als Frühjahrs-Kur bei Katarrh, Husten

Asthma

wirkt auch in veralteten Fällen der auffallend schleimlösende **Kemnitz-Asthma-Tee.**

Zu haben: **Engel-Apotheke,** Markt 12

Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck, auch Massenauflagen (Flach- und Rotationsdruck) für Gewerbe, Handel, Behörden und Private liefert pünktlich bei billigster Preisberechnung nur die

Leipziger Buchdruckerei AG.

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. — Fernspr. Nr. 72206

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19290325/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG